

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13808. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorteil 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

## Tageskalender.

Die angekündigte Aussperrung auf den Nord- und Ostseewerften ist zum größten Teil bereits erfolgt.

Auf der Strecke Straßburg—Basel wurden zwischen Magesheim und Benfeld im Gemeindebezirk Sand bei starkem Nebel von einem Personenzug sechs Gruppenarbeiter überfahren und getötet.

Im italienischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten wurden Miesenerntschleife entdeckt.

Als Gegenstoß gegen den russisch-japanischen Vertrag beschloß der chinesische Staatsrat, zwei Divisionen Truppen in die Mongolei zu verlegen, eine Eisenbahn von Peking in die Mongolei zu bauen und den Unterricht zu reorganisieren.

## 722 830.

Leipzig, 11. August.

722 830 organisierte Mitglieder zählt jetzt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Sie ist, wie wir gestern mitteilten, im letzten Jahre um rund 90 000 Köpfe (genau 89 521), das heißt um 14,13 Proz. gestiegen.

Im Jahre 1906 betrug die Zahl der organisierten Genossen erst 384 327, die im Jahre 1907 auf 530 466 angewachsen waren, um 38 Prozent. Ein ganz außerordentlich starkes Wachstum, das durch die Reichstagswahlen und die nach der Wahlschlappe mit besonderer Energie einsetzende Organisationsarbeit sich erklärt. Im Jahre 1908 stieg die Zahl nur auf 587 336, worin die inzwischen ausgebrochene Wirtschaftskrise deutlich zum Ausdruck kam. Im Bericht für den Leipziger Parteitag 1909 konnte der Parteivorstand konstatieren, daß die Mitgliederzahl auf 633 309 angewachsen sei. Die Gesamtzunahme betrug nur 45 973, was einem Prozentsatz von 7,8 entsprach. Auch in dieser verhältnismäßig nur geringen Zunahme zeigte sich noch deutlich die Spuren der Wirtschaftskrise. Das letzte Jahr hat die Partei ein gewaltiges Stück vorwärts gebracht. Die Zunahme der Mitgliederzahl hat sich relativ und absolut nahezu verdoppelt.

In dieser hoch erfreulichen Tatsache kommt nicht nur die leise Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur zum Ausdruck, sondern auch — und das in erster Linie — die größere politische Erregung des letzten Jahres! Bei den 90 000 neuen Kämpfern hat der Schnapsblock Vate gestanden. Sie sind eine Antwort auf die Reichsfinanzreform. Aber einen vielleicht noch größeren Einfluß hat sicherlich die preussische Wahlrechtsbewegung auf das Wachstum der Partei ausgeübt. Sie brachte neues Leben in die Partei, die Massen kamen in Bewegung, die

Macht und Größe der Sozialdemokratie trat sinnfällig in die Erscheinung, und der aktuelle, sich verschärfende Kampf gegen Polizeibrutalität und Willkür, der mit der offenen Ohnmachtserklärung des Polizeifabels endete, trieb das Blut schneller durch den Parteikörper. Hieraus ergibt sich für die Gesamtpartei die deutliche Lehre, daß wir um so stärker wachsen, je schärfer der Kampfscharakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommt, je offener wir den Krieg gegen die bestehenden Gewalten führen. Je größer das Vertrauen der Partei zu sich selber und ihrer Stärke wird, desto größer wird auch das Vertrauen der Masse zur Partei. Deshalb ist nichts für die Partei schädlicher, als die Furcht vor einer Verschärfung des Kampfes, diese Angst vor einer Niederlage und einer dadurch herbeigeführten Bloßstellung der Organisationen. Wir haben die Überzeugung: hätten die „maßgebenden“ Parteinstanzen in Preußen beim Wahlrechtskampf sich etwas weniger von diesen Gefühlen leiten lassen, etwas weniger gebremst und etwas mehr Selbstvertrauen und Initiative gezeigt, die organisatorischen Erfolge der Partei wären noch viel großartiger geworden. Zieht hieraus die Partei die richtigen Lehren, so wird ihr Wachstum im kommenden Jahre noch viel größer sein.

Es versteht sich, daß die kommenden Reichstagswahlen die Kadres der roten Armee ganz gewaltig anschwellen lassen werden, und wir halten es für keine überspannte Hoffnung, daß der Parteivorstand dem Parteitag, der nach den nächsten Reichstagswahlen zusammentritt, wird berichten können, daß wir rund eine Million politisch organisierter Genossen im Deutschen Reich zählen. Aber ebenso versteht es sich, daß dieser zu erwartende reiche Segen nicht Ausruhen auf dem Lorbeerbette, sondern im Gegenteil neue Arbeit bedeutet. Die Ereignisse in Baden haben uns erst in allerletzter Zeit gezeigt, daß es mit der bloßen Zunahme der Zahl nicht getan ist, daß die steigenden Zahlen sogar eine Gefahr für die Partei bedeuten können, wenn man es unterläßt, die neu Gewonnenen prinzipiell aufzuklären. Und wir haben bekanntlich Bezirke im Deutschen Reich, wo die neuen Elemente prinzipiell nicht aufgeklärt werden, wo man es grundsätzlich unterläßt, sie über den Klassencharakter und die Todesgefahr der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Gesellschaft zu unterrichten, wo man im Gegenteil mit bürgerlichen Parteien in ein Wettrennen um die Regierungsfähigkeit eintritt, wo man, wie in Baden, ganz selbig ist, wenn man das Zentrum in die Opposition gedrängt hat und mit der Fraktion Drehscheibe ein stillschweigendes Abkommen hat treffen dürfen. Derartige prinzipielle Unterlassungssünden rächen sich stets am Leibe der Partei und führen früher oder später unfehlbar zu so schweren Schädigungen, wie sie die letzte Budgetbewilligung in Baden darstellt. Deshalb ist gerade angesichts des bevorstehenden weiteren Anwachsens der organisierten Massen eine grundsätzliche Agitation und eine weitere Vertiefung der Parteipresse dringend nötig.

Das trifft um so mehr zu, als wir bekanntlich keine parlamentarische Partei im bürgerlichen Sinne sind, die

ihr Ziel auf parlamentarischem Wege erreichen zu können hofft. Unsere Stärke beruht lediglich in unserem Anhang in den Massen des unterdrückten Volkes. Alles andre ist Klause oder parlamentarischer Kretinismus. Und bei der Zuspitzung, der die politischen Verhältnisse im Reich, besonders nach einem sozialdemokratischen Wahlerfolg, zutreiben, kommt für die Partei alles darauf an, daß dieser Anhang in den Massen auch eine starke Belastungsprobe aushalten kann. Dann wird es sich zeigen, ob die Zahl der Parteigenossen erküftet, erschmeichelt, erhandelt ist auf Kosten der Grundsätze der Partei, oder erworben und gewonnen ist durch ehrliche grundsätzliche Agitation, die es verschmäht hat, ein bergendes Schleiertuch um den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie zu schlagen. Dann wird der Weizen sich sondern von der Spreu.

Insofern hat die kleinbürgerliche Revolte in Baden just in diesem Augenblick noch ein Gutes, indem sie der Partei in einer Situation, wo ihr große Erfolge winken, die Notwendigkeit prinzipieller Aufklärung der Massen erneut und deutlich vor Augen führt.

## Aus der Partei.

Aus sächsischen Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den 4. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Neustadt) hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Genosse Wirth, führte in seinem Geschäftsbericht u. a. aus: Unsere Genossen benutzten die politische Erregung der Massen zu einer intensiven Zeitungs- und Mitgliederagitation, so daß es uns gelang, in 10 Zeitungsagitationen 573 Abonnenten und in 8 Mitgliederagitationen 550 Mitglieder zu gewinnen. Im Jahresschluß gehörten dem Verein 8381 männliche und 777 weibliche Mitglieder an, im Summa 9158, gegen das Vorjahr demnach eine Steigerung um 1055 männliche und 44 weibliche Mitglieder, insgesamt also eine Erhöhung um 1099 Mitglieder. Auch der Abonnentenstand unserer Zeitung hat sich von 10 331 am 30. Juni 1909 auf 11 308 am 30. Juni 1910 gehoben. Naturgemäß war auch das Versammlungsleben sehr reger. Es wurden abgehalten 1 Gemeindevertreterkonferenz, 3 Parteiverfassungen, 121 Mitgliederversammlungen, 33 Volksversammlungen und 58 Landtagswahlversammlungen, während der Vorstand seine Arbeiten in 20 Sitzungen erledigte. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter ist durch einige Nachwahlen von 94 auf 104 gestiegen, während die im Kreise vorhandenen 12 Abholboten, die sich überall einer lebhaften Benutzung erfreuen, ihren Vorkerbestand um 281 Wände auf 6121 Wände erhöhten. — Die Gesamteinnahme des Vereins belief sich auf 61 000,00 Mk. Unter den Ausgaben sind besonders hervorzuheben 10 000 Mk. an den Parteivorstand in Berlin, 2500 Mk. für die ausgesperrten Arbeiter in Schweden, 500 Mk. für die Banarbeiter, 5540,59 Mk. für Offiziere der Beiträge, 5026,80 Mk. an das Agitationskomitee, 2151,07 Mk. für die Abholboten, 10 650,01 Mk. für die Landtagswahlen. An Extrabeiträgen wurden im vergangenen Jahre 2367,30 Mk. eingenommen, so daß die Gesamteinnahme für den Jahresfonds im 4. Kreis sich auf 3807,90 Mk. beläuft.

Ueber den Parteitag in Magdeburg referierte Genosse Stadtv. Kühn. Er führte zur dabischen Budgetfrage unter anderem aus, ein solches Hin- und Herschwanzen, wie es

## Seuiletton.

### Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Grellig.

30] Nachdruck verboten.

An den beiden Bildern seines Vaters und Großvaters hing Michael Senn mit ganzer Seele. Sie waren in schweren dunkeln Rahmen. Der Großvater in der alten Tracht von Anno neun. Ein stämmiger Mann mit breitem grünem Hut. Michael Senns Vater war in altmodischer bürgerlicher Gewandung.

In der Nähe der beiden Bilder hing ein alter Kugelhaken an der Wand. Das war noch ein Andenken an die Militärzeit Michael Senns, da er bei den Tiroler Landeschützen gedient hatte. Dort hatte er es bis zum Feldwebel gebracht. Den Stutzen nahm er dann mit heim und wies ihm einen Platz in der Nähe der beiden Bilder an. Dorthin schlen er ihm am besten zu passen.

Uebrigens stand der Stutzen bis in die letzte Zeit noch ab und zu in Verwendung, wenn sich Michael Senn an einem der alljährlich stattfindenden Scheibenschießen beteiligte. Nicht so sehr aus Passion, wie aus einem gewissen patriotischen Pflichtgefühl.

Als alter Tiroler Landeschütz war er natürlich auch Mitglied des Veteranenvereins in Brixen. Die Reservistenkolonne hatte ihn sogar zu ihrem Ehrenmitglied ernannt. Da wurde er denn zu den verschiedenen Scheibenschüssen regelmäßig eingeladen und mochte sich diesen Einladungen nicht immer entziehen.

Franz Senn hatte auf die Frage des Vaters tief Atem geschöpft. Dann nahm er einen Anlauf und sprach in einem erzwungen gleichgültigen und kühlen Ton, ohne den alten Mann anzusehen: „Ich hab' schon längst mit dir reden wollen, Vater. Aber ich hab' alleweil noch g'wartet, bis du einmal was sagst.“

Michael Senn erwiderte kein Wort. Er hatte noch immer keine Ahnung, über was Franz mit ihm reden wollte. Unwillkürlich gingen seine Blicke nach den zwei alten Bildern. Großvater und Vater schauten mit ihren großen blauen Augen, die der Vater fast zu blau gemalt hatte, ernst und festerlich aus den dunkeln Rahmen.

„Du mußt dir schon selber sagen, daß das nimmer so weitergehen kann —“ fuhr Franz Senn fort. „Ich bin jetzt schon ein guter Dreißtger.“

Nun sah Michael Senn auf den Sohn. Blitzschnell dämmerte in ihm die Erkenntnis auf, wohin das gehen sollte. Er sprach aber noch immer kein Wort, sondern wartete ruhig ab, was der Sohn weiter vorzubringen hatte.

„Und du in meinem Alter warst schon längst dein eigener Herr!“ sagte Franz. Michael Senn nickte stumm und stützte sich mit einem Arm auf den großen runden Eichentisch vor ihm. „Und deshalb hast du's nit durchzumachen gebraucht wie ich, alleweil der Ueberflüssige im Haus zu sein, der noch nit versteht vom G'schäft. Ich komm' mir vor wie dein Ang'stelter, viel abhängiger als der Christian Thaler. Der kann wenigstens mit sein' G'halt machen, was er will, und ist dir keine Rechenhaft schuldig. Ich bin nur Teilhaber an dem G'schäft, und der Herr bist du! Wenn ich mehr verbrauch', so fühl' ich's, daß ich's nit hätt' tun soll'n. Ich spür's, daß es dir nit recht ist und daß ich dir verantwortlich dafür bin!“

Franz hatte das alles in einem mürrischen, finstern, trostigen Ton zum Vater gesagt. Er war nun wirklich von allem, was er sagte, auch innerlich fest überzeugt.

Michael Senn stützte sich schwer auf den Tisch. Jetzt mit beiden Armen. Als ob er müd geworden sei.

„Hat dir das alles die Lina eing'lernt?“ fragte er bitter.

„Vater!“ Franz stand erregt vom Stuhl auf.

„Seh' dich nur nieder!“ sagte der Alte finstern mit einer gebieterischen Handbewegung, so daß der Sohn ohne weiteres der Aufforderung Folge leistete. „Eigentlich hast recht, Franz!“ sagte Michael Senn. „Ich hab' mir Zeit lassen, mit der Uebergab'. Ich hab' Angst g'habt ums Haus und ums G'schäft. Wenn das deine Frau unter die Klauen kriegt, dann —“

„Angst hast g'habt?“ frag nun der Sohn aufgebracht. „Bin ich denn wirklich der Schuldbub, für den du mich immer haltest? Hast du mich vielleicht amal's G'schäft selbständig führen lassen? Immer hast du kommandiert und ang'schafft, und ich hab' nur das tun dürfen, was du mich g'heizen hast! Wie kannst du überhaupt wissen, was ich leisten kann? Ich bin ja kein Dummkopf nit, und mir paßt so manches nit, was du eing'fürt hast. Du bleibst stehen bei deiner Zeit. Du bringst kein' Schwung in die Saag'. Und heututag' verlangt man viel mehr in unserer Geschäftsbranche. Ich seh's ja von den andern Firmen, wenn ich herumreis'. Wir bleiben alleweil auf dem alten Standpunkt. Wir stehen noch immer dort, wo dein Vater aufgehört hat.“

Franz hatte sich erhoben und ging erregt im Zimmer hin und her.

„Ich bin noch jung und kräftig!“ rief er nun laut,

die babilische Fraktionmehrheit geeicht habe, sei bisher in unserer Partei nicht Gebrauch gewesen, im Gegenteil haben wir immer die nationalliberale Partei wegen solcher Drehscheibenpolitik verpöchtelt. Aus mehreren Artikeln von hervorragenden süddeutschen Genossen in den dortigen Zeitungen und in den Sozialistischen Monatsheften gehe aber deutlich hervor, wo das Ziel dieser ganzen Bewegung liege. Ganz unverantwortlich sei auch die Beteiligung der sozialdemokratischen Abgeordneten an babilischen Veranstaltungen, denen sie sich ohne jeden Nachteil für ihre Stellung hätten entziehen können und die auch nicht die Billigung der babilischen Genossen gefunden habe. Auch den Zerstreuenden sei es klar, daß die Verhältnisse in Baden so verschieden von denen im Reich nicht seien, daß man das Verhalten der Abgeordneten damit rechtfertigen könne; die kapitalistischen Interessen sind dort genau so maßgebend für die Regierung wie anderwärts, während soziale Bestrebungen dort auf eben solche geschlossene Reaktion stoßen wie in Norddeutschland. Wegen des Artikels Gradnauers über die Haltung der babilischen Abgeordneten auf dem Standpunkt, daß man dem Genossen Gradnauer nicht verwehren könne, seine private Meinung zu diesen wichtigen Fragen zu präzisieren. Aber nur als solche sei der Artikel zu betrachten. Andererseits sei es aber, so führte Medner unter Zustimmung der Versammlung aus, Pflicht der Parteigenossen im 4. Wahlkreis, klipp und klar zu erklären, daß sie mit dem Inhalt dieses Artikels nicht einverstanden seien. Eine Lösung dieses Konflikts sei in Magdeburg nur dann zu erwarten, wenn die babilischen Landtagsabgeordneten erklären, daß sie sich eine Verschlingung haben zuschneiden lassen, die sich nicht wiederholen soll. Können sich diese Genossen hierzu nicht verstehen, so sei es unbedingt erforderlich, daß sie aus ihrer widersprechenden Haltung die Konsequenzen ziehen und zum mindesten auf die Ehrenämter der parlamentarischen Führerschaft verzichten. Nicht die staatsmännische Diplomatie, die man der Arbeiterklasse von revisionistischer Seite aufzwingen will, sondern die Reinhaltung unserer Prinzipien sichert uns das Vertrauen der Proletariermassen. In diesem Sinne unterbreite ich der Parteiverammlung folgende Resolution:

Die Parteiverammlung des 4. Reichstagswahlkreises erkläre in der Zustimmung der babilischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entschiedenste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die babilischen Abgeordneten außerhalb des Parteitagbeschlusses gestellt haben.

Die Teilnahme eines Teils der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten an babilischen Kundgebungen ist geächtet, den republikanischen Charakter der Partei zu verfallen und das demokratische Gefühl der Genossen auf das tiefste zu verletzen.

Die Versammlung erwartet, daß die 17 Landtagsabgeordneten aus ihrem Verhalten die Konsequenzen ziehen werden.

In der Diskussion verurteilten die Genossen Braune und Reichelt scharf das Verhalten der babilischen Fraktionsmehrheit, das als ein bewusster Vorstoß des Revisionismus zu bewerten sei. — Die Genossen Bud und Sebald wendeten sich gegen den Disziplinbruch und die Hofgängerlei, plädierten aber für mildernde Umstände, da die Absicht einer Parteischädigung nicht nachweisbar sei. — Genosse Eichhorn gab zu, daß die babilischen Abgeordneten sich wohl eine Disziplinverletzung haben zuschneiden können lassen, andererseits könne man aber wohl der Meinung sein, daß auf Grund der widerspruchsvollen Aufnahme der Erklärung der 68 süddeutschen Genossen in Nürnberg sie sich zu ihrer Stellung berechtigt hielten. Er ist der Meinung, daß die Abstimmung über die einzelnen Landesbudgets den betreffenden Landtagsabgeordneten zuzuschreiben müsse. — Nach einem Schlußwort Kühns, der nochmals betonte, daß die Stellungnahme der babilischen Landtagsabgeordneten als ein Ausfluß der Politik zu betrachten sei, die die Partei in den Stumpf des Revisionismus führe, wurde die Resolution Kühn in ihren ersten beiden Absätzen einstimmig und der letzte Absatz gegen 15 Stimmen angenommen. Als Delegierte werden gewählt die Genossen Kühn, Eichhorn, Franz und Frau Sule.

In der Generalversammlung des 9. Kreises (Freiburg-Baindichen-Deberan) konnte eine wenn auch geringe Zunahme der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und der Abonnenten der Parteipresse konstatiert werden. Den Hauptpunkt der Debatte bildete der Antrag des Vorstandes, den Abonnementpreis der Freiburger Volkszeitung von 55 auf 65 Pfg. zu erhöhen. Der durch die Erhöhung geschaffene Mehrertrag wird von der Geschäftsleitung für den 9. Kreis referiert und zur Anstellung eines wichtigen Parteigenossen, der als Lokalredakteur und als Agitator (ParteiSekretär) tätig sein muß, verwendet. Genosse Blasche begründete den Antrag damit, daß die übrigen Kreise mehr vorwärts gekommen seien. Der 7. Kreis stehe mit dem Verlag nur noch im Druckverhältnis, der 8. Kreis habe Lokalredaktion und Geschäftsleiter, die Kaufhäuser eine eigene Zeitung. Nach lebhafter Diskussion wurde der Antrag mit 62 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Ueber den Parteitag in Magdeburg referierte Genosse Pohl-Gattichen. Er verteidigte die Haltung der Badener und verlangte die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses. Dabei ersuchte auch die Haltung des Vorwärts und der Leipziger Volkszeitung, die der Genosse Pohl offenbar nie zu Gesicht bekommen hat, eine absprechende Kritik. In der Diskussion lehnten mehrere Redner die Pohl'schen Ausführungen entschieden ab. — Die Zustimmung, die Genosse Pohl nach seinem Referat

und dem Schlußwort fand, zeigt uns, schreibt die Freiburger Volkszeitung, welche große Verwirrung durch die babilischen Genossen in die Reihen der Parteigenossen eingebracht ist. Wir möchten aber doch nicht annehmen, daß die Mehrheit der Parteigenossen auf dem Standpunkt des Genossen Pohl steht. — Als Delegierter zum Parteitag wurde auf Vorschlag des Gesamtvorstandes Genosse Bieltzig, als Erfahmann Genosse Bruno Müller-Freiburg gewählt.

Zur Budgetfrage. Man schreibt uns aus Baden: Unter der Signatur zur Budgetfragen veröffentlichte Sie in Ihrer Nummer 182 vom 9. August d. J. eine Zuschrift aus Pforzheim, in der mit Bezug auf die Wahlkreisversammlung in Breiten u. a. folgendes behauptet wird:

„Denn auch am letzten Sonntag wurde im benachbarten Breiten Kreis, wo Genosse Pörtner aufgestellt war, vom Vorstehenden der Landesorganisation, Genosse Geis, der leise Versuch gemacht, eine Kandidatur Kolb unterzubringen.“

Sämtliche in diesem Satze ausgesprochenen Behauptungen der Zuschrift sind frei erfunden. Ich habe an der Wahlkreisversammlung im Auftrage des Landesvorstandes, der zu der Konferenz eingeladen war, teilgenommen. Weder von uns, noch von irgendeiner anderen Seite wurde auch nur der „leiseste“ Versuch gemacht, die Kandidatur des Genossen Pörtner zu hintertreiben oder „eine Kandidatur Kolb unterzubringen“. Genosse Pörtner, der ebenfalls auf Einladung hin auf der Konferenz erschienen war, wurde ohne jeden Widerspruch einstimmig als Kandidat des Wahlkreises aufgestellt. Der Vorsitzende der soz.-demokr. badischen Landesorganisation Geis.

Mit der badischen Budgetbewilligung beschäftigte sich auch eine Parteiverammlung in Nürnberg. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins schlug vor, die Budgetfrage nicht zu debattieren, sondern sie gänzlich dem Parteitag zu überlassen. Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine Debatte, in der er bekämpft wurde. Gen. Schneppenhorst griff die Frankfurter Tagespost heftig an; sie habe eine komische Haltung eingenommen und habe die Leser einseitig informiert. Er beantragte, die Tagespost solle einen Artikel des Gen. Kautsky über Baden abdrucken. Die Versammlung lehnte den Vorstandsantrag ab, ließ also Diskussion über Baden zu.

Der Referent Tren ging auf die badische Angelegenheit gar nicht ein, sondern behandelte nur die übrigen Tagesordnungspunkte, aus deren wichtigsten er die Wahrfestfrage bezeichnete. — Genosse König ergänzte die Ausführungen von Tren und verurteilte die babilische Landtagsmehrheit. Sie habe den Parteivorstand nicht gefragt, obgleich die Fraktion nicht einig war, das sei Disziplinbruch. Dann brandmarkt er auch den Hofgang und die Beteiligung an der parlamentarischen Schlußfeier. Das babilische Gemeindegeseh bringe gar keine Verbesserung und könne die Haltung der Fraktion nicht rechtfertigen. Er beantragt folgende Resolution:

„Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Vorbedingung zu dauernden Erfolgen der Sozialdemokratie nur in unerschütterlichem Festhalten an den Grundbesätzen der Partei und der Unterordnung aller Parteimitglieder unter die Befehle der höchsten Parteinstanzen begründet ist, verurteilt die heutige Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Kittendorf die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtags zum Budget auf das allerentschiedenste. Dagegen verurteilt die Versammlung die jedem demokratischen Gefühl ins Gesicht schlagende Hofgängerlei der babilischen Genossen. Die Versammlung erwartet von dem Parteitag in Magdeburg, daß er Mittel und Wege finden wird, um derartige Vergehens gegen die Parteidisziplin, wie sie in der badischen Landtagsfraktion begangen wurden, für die Zukunft zu verhindern.“

Der Medner sprach dann noch über die Haltung der Frankfurter Tagespost, die er ebenfalls verurteilte. Aus der Erklärung der 68 könne nie ein Recht zur Budgetbewilligung abgeleitet werden und betont, daß im Interesse der gewerkschaftlichen Disziplin die der Partei hochgehalten werden müsse. — Genosse Merkel führte zur badischen Angelegenheit aus: Was gegen Parteimitglieder verhängt, muß gleich behandelt werden. Daß sich die Minderheit der Mehrheit nicht füge, darf unter keinen Umständen gebührt werden. Wie würde es da in den Gewerkschaften ausfallen! — Chefredakteur Herzberg verteidigte die Frankfurter Tagespost. Es sei nicht wahr, daß sie die Nürnberger Genossen einseitig informiert hätte, sie habe eine Reihe Freistimmen für und gegen gebracht. Damit war die Sache erledigt, um nicht wieder innere Kämpfe hervorzuheben und weil, wie Genosse Ulrich auf dem Nürnberger Parteitag bemerkt hat, sie überhaupt nicht wichtig ist. Der Name der Frankfurter Tagespost sei nicht ausreichend (11), um Artikel Kautsky abzuzeichnen. Vor zwei Jahren hätten Münchener Post, Frankfurter Tagespost und Pflanzische Post erklärt, sie hätten seit an der Erklärung der 68 und sie müssen sich alle Schritte vorbehalten. Diese Haltung ist auch in Nürnberg schließlich gebilligt worden. Die „Schlußfeier“ sei eine gewöhnliche Landtagsfeier. Die Badener sollten in einem entscheidenden Moment ihre Großblockpolitik im Stich lassen?! — Die Erklärung der bayerischen Fraktion zum Finanzgesetz ist ebenso ein Verstoß gegen den Nürnberger Beschluß wie das Votum der Badener, sie erteilt kein Mißtrauensvotum, sondern sie stimmt dagegen, weil die Session dem arbeitenden Volke nachteilig war. —

Schneppenhorst begründete seinen Antrag. Der Kautsky-Artikel werde die richtige Aufklärung bringen, der Parteitheoretiker solle zum Wort kommen. Der Medner beauftragte die Budgetbewilligung vom Gewerkschaftsstandpunkt aus und wendete sich gegen die Ausführungen Herzbergs. Er sprach besonders den Wunsch aus, daß die Tagespost den Artikel des Genossen Lehmann-Mannheim zum Abdruck bringen möchte. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte machte weitere Ausführungen unmöglich. Genosse Landtagsabgeordneter Simon erklärte noch gegenüber einer Behauptung Herzbergs, daß die Erklärung in der bayerischen Landtagsfraktion mit 10 gegen 0 Stimmen gefaßt wurde.

Die Resolution König wurde nach einem Privattelegramm des Vorwärts mit 250 gegen 80 Stimmen angenommen. Unser Nürnberger Parteiblatt gibt merkwürdigerweise das Stimmenverhältnis, mit dem die Resolution beschloffen wurde, nicht an. Angenommen wurde auch ein Antrag an den Parteitag, der fordert, daß der 1. Mai nur durch Arbeitsruhe gefeiert werden darf.

Welches Schicksal der Antrag Schneppenhorst auf Abdruck des Kautsky'schen Artikels erlitt, geht aus der Frankfurter Tagespost nicht hervor.

Aus den Organisationen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Necklinghausen-Borken fand am Sonntag in Verten statt. Der Verein hat im verflossenen Geschäftsjahre eine Einnahme von 9715 Mk. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 9701 Mk. gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt 890 Mk., außerdem sind 2450 Mk. zinsbar angelegt. An Beiträgen wurden 5700 Mk. eingenommen. Die Mitgliederzahl beträgt 1750, davon 650 Abonnenten. Die Abonnentenzahl des Volksblattes beträgt im Kreise 2000. Sie hat im vergangenen Jahre um über 1000 zugenommen. — Der bisherige Kandidat des Wahlkreises, Genosse Pörtner, hat wegen Uebertretung zu einer anderen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung die Kandidatur niederlegen müssen. Die Generalversammlung ermächtigte den Vorstand, mit geeigneten Kandidaten in Verbindung zu treten.

Der zweite braunschweigische Reichstagswahlkreis (Wolfenbüttel-Deimledt) hielt am Sonntag in Wolfenbüttel seine Jahreskonferenz ab, die von 20 Delegierten besucht war. Der Kreis zählt 878 Parteimitglieder gegen 858 im Jahre zuvor, 2242 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegen 2199 Jahre 1909. Volksfreund-Abonnenten hat der Kreis 1610 gegen 1002 im Vorjahre. Der Jahreseinnahme von 1772.11 Mk. steht eine Ausgabe in Höhe von 1500.87 Mk. gegenüber. Ein Antrag, einen Agitator für den Kreis anzustellen, wurde dem Kreisvorstand zur Erwürdigung überwiegen. Um die Finanzen der Ortsvereinsklasse zu stärken, wurde beschlossen, zu dem Monatsbeitrag von 30 Pfg. vom 1. Oktober an einen Zuschlag von 10 Pfg. zu erheben.

Im Kreiswahlverein Straßund-Müden ist die Zahl der Mitglieder im verflossenen Jahre von 825 auf 942 gestiegen. Die Einnahmen betragen 3278.25 Mk., die Ausgaben 2464.45 Mk. Flugblätter und Broschüren wurden 40 000, Volkskalender 8150 verbreitet.

Der Zentralvorstand des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 6. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Pinneberg-Elmsborn-Glückstadt) hat für das abgelaufene Geschäftsjahr einen umfangreichen schriftlichen Bericht erstattet. Danach ist die bedauerliche Tatsache zu konstatieren, daß, während in den vergangenen Jahren die Mitgliederzahl ständig gestiegen war, im abgelaufenen Geschäftsjahre sie von 10 050 auf 9003 fiel. Dieser Verlust wird zum Teil auf größere Streiks, zum anderen auch auf die Streikung sämtlicher Jährlar zurückgeführt. Der Mitgliederverlust betrifft ausschließlich die männlichen Mitglieder; die Zahl der weiblichen hat sich um 305 vermehrt. Die Prozentzahl der politisch Organisierten, verglichen mit den Reichstagswählern von 1907 beträgt 41,53 Prozent. Abonnenten des Hamburger Echo waren im Kreise 6574, der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung 1905, der Neuen Zeit 88, der Gleichheit 850 und der Arbeiterjugend 202 vorhanden. Die Parteipresse hat von Jahr zu Jahr an Besetzen gewonnen. Versammlungen wurden 371 abgehalten, mit Einschluß der Mitgliederversammlungen. Die Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen brachten der Partei sehr günstige Erfolge. An den Stadtverordnetenwahlen beteiligten sich die Genossen in Ottenfen, Elmshorn, Pinneberg, Wedel, Barmstedt, Uetersen und Glückstadt. Acht Mandate wurden im Kreise erobert. Ottenfen wählte gemeinschaftlich mit Altona zum Stadtparlament, hier gelang es zum erstenmal fünf Sozialdemokraten durchzuführen. In Elmshorn wurden 2, in Pinneberg 3 und in Wedel 1 Sitze erobert, während in den anderen Orten Stimmengewinne zu verzeichnen waren. In den Landgemeinden sind 35 sozialdemokratische Vertreter vorhanden, gegen 34 im Vorjahre. Die Jugendorganisation zählt in Ottenfen 200, in Groß-Flottbek 20, in Klein-Flottbek 20 und in Blankenese 47 Mitglieder. Jugendauschüsse bestehen außer in den genannten Orten noch in Barmstedt, Osborn, Pinneberg und Uetersen. Die Gesamteinnahme der Kreiskasse balanciert mit 35 500.28 Mk.

Der Sozialdemokratische Verein für den 11. badischen Reichstagswahlkreis (Mannheim-Weinheim) hat für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910 einen schriftlichen Bericht erstattet. Die Mitgliederzahl stieg in dieser Zeit von 5908 auf 5941, die Zahl der sozialdemokratischen Bürgerauschussmitglieder in den Ortschaften des Kreises von 260 auf 338 und der Gemeinderäte von 13 auf 20.

„Glaubst, ich hab' nit auch an Ehrgeiz und möcht' 's Geschäft in die Höh' bringen? Soll ich warten, bis ich'n alter Kracher bin? Für was leib' ich denn?“

Michael Senn war während der erregten Rede seines Sohnes ganz ruhig geblieben. Es tat ihm bitter weh, daß Franz in diesem Ton sprach, daß er ihn fast brutal zur Uebergabe aufforderte. Der alte Senn fühlte es heraus, daß Franz ihn für selbstsüchtig und eigennützig hielt. Und da tat er ihm unrecht. Es schmerzte den alten Mann tief, von seinem eignen Kinde erkannt zu werden.

„Ich hab' keine Ahnung davon g'habt, daß es dir bei mir nit paßt!“ sagte nun Michael Senn. „Bis vorgestern, wo mir's die Lina g'lagt hat. Und heut' in der Nacht hab' ich's aus'macht mit mir selber. Ich übergleb' dir's Haus und's Geschäft. Aber schau' mir drauf, Franz. Schau', daß du's erhaltst, wie ich's erhalten hab'. Ich hab's nit weiter bracht als mein Vater, das ist richtig. Aber ich hab's erhalten auf dem gleichen Stand. Und das ist auch etwas, Franz. Kannst mir's glauben.“

Franz blieb nun stehen. Es reute ihn, daß er so heftig gegen den Vater geworden war. Und voreilig war er auch gewesen. Was hatte er gerade heute mit dem Vater reden müssen? In den nächsten Tagen hätte ihm der Vater die Uebergabe selbst angetragen. Da wäre ihm diese ganze peinliche Unterredung erspart geblieben.

Ein warmes Gefühl des Dankes für den Vater überkam Franz Senn. Aber nur für einen Moment. Als er den Vater anschaute und den unbeweglich finstern Ausdruck in dessen Gesicht sah, erstarrten ihm die versöhnenden Worte, die er gern gesprochen hätte.

So war es immer. Schon seit seinen Knabenjahren ließ das ernste, verschlossene Gesicht des Vaters den Sohn nicht mit ihm vertraut werden. Franz hielt seinen Vater

für eine kühle, gleichgültige Natur. Dieser Glaube mußte von seiner Mutter stammen, die dasselbe über ihren Mann zu denken schien.

Als Kind war Franz noch vertrauter mit dem Vater gewesen. Je mehr er jedoch zum Jüngling heranwuchs, desto fremder wurde er ihm. Schlechtlich kam es so weit, daß Franz sich unbehaglich fühlte, wenn er längere Zeit mit dem Vater allein sein mußte. Er wußte ihm nichts zu sagen. Ebenso wie seine Eltern sich nichts mehr zu sagen hatten.

Michael Senn war eine feine, vornehme Natur. Auch vornehm dem Sohn gegenüber. Als dieser zum Mann herangewachsen war, ließ ihn der alte Senn gewähren. Er begann es zu verwinden, daß der Sohn ihn fast wie einen Fremden behandelte. Der alte Senn wollte sich in nichts mehr einmischen und ja keine Gefühle erzwingen, die nun einmal nicht vorhanden waren. So hielt es Michael Senn.

Seinem Sohn kam er gleichgültig und hartherzig vor. Darum blieb Franz auch heute wieder, da er vor dem Vater stand, das versöhnende Wort, das die Männer hätte näherbringen können, in der Kehle stecken.

Der Vater fühlte ja doch nichts für dich — dachte Franz bei sich selbst in verhaltenem Groll. Es ist ihm ja ganz gleichgültig, wie du zu ihm redest. Vielleicht ist es ihm eher zuiwider, wenn du ihm ein gutes Wort gibst. — Und so sagte Franz gar nichts, kein Wort der Entschuldigung, kein Wort des Dankes.

Michael Senn sah auf seinem hohen Sessel, unbeweglich und unerschütterlich. Nur einen ganz dunkelroten Kopf hatte er, wie immer, wenn ihm etwas Unangenehmes widerfuhr.

„Wann soll denn nasser?“ fragte Franz in einem etwas verlegenen Ton.

„Ich übergeb' gleich. Nächsten Montag geh'n wir zum Notar.“ Michael Senn erhob sich. Fest und wuchtig, wie es seine Art war, schritt er der Türe zu. „Hast senk noch was zu reden?“ fragte er trocken.

„Nein!“ erwiderte Franz.

Dann gingen sie beide die hellen breiten Steintreppen hinunter ins Erdgeschos. Dort nahm Michael Senn, als wenn nichts geschehen wäre, seinen gewöhnlichen Platz ein, während Franz, dem der forschende Blick des alten Thaler unangenehm war, sich im Hof draußen zu schaffen machte.

Im Innern des alten Senn sah es nicht so ruhig aus, wie er sich den Anschein gab. Es nagte tief in ihm. Heute war es das erstmal gewesen, daß ihm der Sohn mit vollem Bewußtsein wehgetan hatte.

Michael Senn hatte mit seinem eignen Vater nie so reden können. Nein. Niemals. Und wenn sein Vater hundert Jahr alt geworden wär. Dann hätte er eben gewartet. Aber nie hätte er es den Vater fühlen lassen, daß er ihn für überflüssig halte. Wenn auch das herzlose Benehmen des Franz hauptsächlich durch dessen Frau veranlaßt worden war, ein Wort der Entschuldigung hätte der Sohn dem Vater gegenüber doch finden können.

Aber Franz hatte kein Wort für ihn gehabt. Kein einziges. Und der alte Senn hatte doch mit pochendem Herzen darauf gewartet. Er war dagelesen und hatte gewartet. Der Franz war ja sein einziges Kind, sein alles auf der Welt. Der mußte doch einsehen, wie weh er ihm tat. Der mußte ihm doch sagen, daß er ihn nicht habe kränken wollen. Aber der Franz war ruhig und fast geblieben. Fast wie Feinde waren sie voneinander abgeschieden.

(Fortsetzung folgt)

Die Leserschaft der Parteipresse ist fast stabil geblieben; sie betrug am Schluss des Geschäftsjahres 12.409. Die Einnahmen und Ausgaben blanzieren mit 1910.14 Mk.

**Sozialdemokratische Gemeindevahlfrage.** Aus Offenbach (Hessen) wird berichtet: Bei den Gemeindevahlen in Vieber und Oppertshausen sind in der dritten Klasse ausschließlich Sozialdemokraten gewählt worden und auch in Dreieichenhain besteht die Mehrzahl der gewählten Gemeindevorsteher aus Sozialdemokraten. Insgesamt sind von 33 Gemeindevorsteherstellen, die an 9 Orten durch Neuwahlen zu besetzen waren, 18 Sozialdemokraten gewählt worden und teilweise gelang es den bürgerlichen Parteien nur mit größter Mühe, ihren Kandidaten eine knappe Mehrheit zu sichern.

**Reichstagskandidatur.** Die am Sonntag in Floß (Oberpfalz) tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Weiden-Neustadt a. N.-N. stellte den Genossen Walter als Reichstagskandidaten auf.

**Kongress der sozialistischen Stadtverordneten.** Am 8., 9. und 10. September wird in Florenz der erste Kongress der sozialistischen Stadt- und Provinzialverordneten Italiens stattfinden. Die vom Parteivorstand festgesetzte Tagesordnung enthält die folgenden Thematika: 1. Das allgemeine Stimmrecht für die städtischen Wahlen; 2. Abgabenreform; 3. Sanitätspolitik und das Unterstützungswesen; 4. die Gemeindefunktion; 5. Wohnungspolitik und Lebensmittelverteilung; 6. die Übernahme der öffentlichen Dienste in Gemeindebetrieb; 7. der Verband der italienischen Kommunen und seine Beziehung zu den sozialistischen Stadtverwaltungen; 8. Vereinfachung des kommunalen Verwaltungswesens. An dem Kongress können teilnehmen: die Mitglieder sozialistischer Stadtverordnetenfraktionen, die einzelnen sozialistischen Stadtverordneten, auch wo keine Fraktion ihrer Partei im Stadtrat besteht, und schließlich die ehemaligen Stadtverordneten, soweit sie Parteigenossen sind. Der Kongress wird besonders infolgedessen Bedeutung haben, als er endlich einmal einen annähernden Ueberblick über die Anzahl der Mandate erlaubt, die unsere Partei in den städtischen und provinziellen Verwaltungen des Landes zu erobern vermocht hat.

**Eingelaufene Schriften.**

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 46. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Auch ein Arbeitswilliger. Von R. Kantak. — Innere Kämpfe in der österröschischen Sozialdemokratie. Von Otto Bauer. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Agneron Lee. (Schluß.) — Literarische Mundschau: A. v. Witte, Die Gewerkschaftsbewegung in Russland. Von W. Kaufmann. Gisela Michels-Eindner, Geschichte der modernen Gemeindebetriebe in Italien. Von Oda Olberg. — Zeitschriftenchau.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Polypostreure zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Aus der Jugendbewegung.**

Gegen die proletarische Jugendbewegung. Nach laugen Voruntersuchungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen haben drei Effen er Genossen Strafmandate in Höhe von 75 Mk. erhalten, weil sie den Vorschriften des Vereinsgesetzes über die Einreichung von Satzungen zuwidergehandelt und jugendliche Personen unter 18 Jahren in einem politischen Verein gebildet haben sollen. Gegen die Verfügungen ist Berufung eingelegt, da es in Effen keine feste Organisation der Jugendlichen, sondern nur Abkommen der Arbeiterjugend gibt.

**Gewerkschaftsbewegung.**

**Ein Niesenkampf auf den deutschen Seeschiffswerften.**

Auf den deutschen Schiffswerften der Nord- und Ostseeküste ist ein Kampf ausgebrochen, der von schwerwiegender Bedeutung zu werden droht. Die Hamburger Werftarbeiter haben an die Werftbesitzer Forderungen gestellt, die in Anbetracht der Lebensmittellieferung, der gesteigerten Mieten und des infolge des Wachstums der Städte immer länger werdenden Weges zur Arbeit vollständig gerechtfertigt sind. Die von den Unternehmerverbänden gespielte bürgerliche Presse findet natürlich die Forderungen der Arbeiter unerhört und die Werftbesitzer haben ihrerseits zu dem schärfsten Mittel gegriffen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter niederzuschlagen: sie haben 60 Prozent der Werftarbeiter an der Nord- und Ostsee ausgesperrt. Die Werftarbeiter haben an mehreren Orten diesen Schlag bereits mit dem Beschluß pariert, auf die Aussperrung mit der Arbeitsniederlegung aller Arbeiter zu antworten, und es steht zu erwarten, daß dieser Beschluß auf allen Werften durchgeführt wird. Damit aber erstet ein Wirtschaftskampf, der etwa ein halbes Hunderttausend Arbeiter und ihre Familien einberechnet, etwa eine Viertelmillion Menschen umfassen wird. Die Unternehmer laden sich damit eine schwere Schuld auf, denn an ihnen, die über die Forderungen der Arbeiter überhaupt nicht verhandeln wollten, liegt es, daß die unumgänglich notwendigen Forderungen der Arbeiter durch einen Kampf erzwingen werden müssen. Dafür lassen sie durch ihre literarischen Kulis der Öffentlichkeit verkünden, daß die Arbeiter mit diesem Kampf eine Machtprobe anstellen wollen, daß es nur ein Vorpiel für die kommenden Reichstagswahlen sei. So schreibt in einem wut-schäumenden Artikel das Organ des seligen Stumm, Die Post, der Kampf habe politische Tragweite. Denn wer die Vorspiele des Kampfes kenne und hinter die Kulissen zu schauen vermöge, müsse die Sozialdemokratie als den Hauptregisseur, als den Hauptträger des Kampfes erkennen; ihr komme es darauf an, ein Jahr vor den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen die Arbeiterschaft für ihre politisch-parlamentarischen Machtzwecke zu mobilisieren, für die Schlachten, die um die Reichstagsmandate geschlagen werden, zu rüsten und rechtzeitig für sich alle Kräfte einzustellen. Auf das sorgsamste sei darum der Gegner, wider den jetzt zunächst in scheinbarem Streit um bloß wirtschaftliche Fragen zu Felde gezogen werden sollte, ausgewählt, ausgekultiviert worden. Eine Machtprobe solle infolgedessen werden, die, wie sie auch verlaufen werde, ob sie zum Siege oder zur Niederlage der Arbeiter führe, als bahnbrechender agitatorischer Vorstoß für den zu erlangenden Machtzweck der sozialdemokratischen Partei ausgebeutet werde.

Es ist ein alter Trick dieses Scharfmacherorgans, jede wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter als einen politischen Kampf gegen die herrschende sogenannte Ordnung zu denunzieren, um so den Spießher Kopf zu machen.

Die Werftarbeiter werden sich natürlich dadurch nicht beirren lassen, an ihren Forderungen, die ja rein wirtschaftlicher Natur sind, festzuhalten und sie durchzusetzen. Und wenn die Mittelung der Kieler Neuesten Nachrichten stimmt, daß das Reichsamt des Innern Vermittlungsversuche anzubahnen gedente, so hat das ehrenwerte Blatt diesmal auch bei der Regierung vorbeigekommen. Allerdings ist den Leitern der Arbeiterorganisationen noch keine Mitteilung vom Reichsamt gemacht worden.

Inzwischen nehmen die Dinge ihren Gang, wie aus nachstehender Depesche zu ersehen ist:

Die Arbeiter der Weserwerften haben bereits beschlossen, sich mit den Entlassenen solidarisch zu erklären. Dadurch werden in Bremen die Aktiengesellschaft Weser und Kruppfabrik, in Bremerhaven die Werften Zellenburg, G. Seebek, C. M. Widmers und eventuell der Norddeutsche Lloyd, in Emden der Frerichs und in Vegesack die Vulkanwerft sofort stillgelegt. In Kiel werden die Arbeiter, die nicht ausgesperrt werden, aus besonderen Gründen eine abwartende Stellung einnehmen. Die nicht ausgesperrten 40 Prozent der übrigen Drie werden die Arbeitsplätze voraussichtlich innerhalb der nächsten 24 Stunden verlassen. Es werden also am Kampfe sich befinden in Bremen 3500, Bremerhaven 3000, Emden 1500, Kiel 5000, Lübeck 1500, Rostock 1200, Stettin 6000, Vegesack 1600 und in Hamburg 9500 Arbeiter. Das wären 33 500 Mann.

In Stettin beschloß eine Konferenz der Werftvertrauensleute, falls eine Aussperrung erfolgt, überall dort die Arbeit niederzulegen, wo es im Interesse der Gesamtbewegung liegt und billige Verhältnisse es gebieten erscheinen lassen. Betriebs- und Gruppenversammlungen dürften das Ergebnis haben, daß von den nicht ausgesperrten folgende Gruppen in den Sympathiestreit treten: auf dem Vulkan der Turbinenbau, die Dreherei und die Gießerei; auf den Oberwerken die Schiffbaugeschichte, die Rieterei, die Schmiede und die Tischlerei; bei Rueda dürfte es zum allgemeinen Ausstand kommen.

**Leipzig und Umgebung.**

**Das Personal der hiesigen Badeanstalten**

war am 10. August im Zwoll versammelt, um zu den Verhältnissen in diesem Gewerbe, insbesondere zu der Regelung der Schwimmbadfrage, die durch den Rat der Stadt Leipzig mit den Anstaltsbesitzern vereinbart worden ist, Stellung zu nehmen. Bekanntlich erhalten die Anstaltsbesitzer des Sophien-, Diana-, Karola- und Marienbades seit Mai dieses Jahres einen Zuschuß zu den Kosten der öfteren Reinigung und Reinigung der Schwimmbadassins in Höhe von 10 228 Mk. jährlich. An diese Vereinbarung ist zugleich eine Bedingung geknüpft worden, wonach bei jeder Subvention den Angestellten in der Frage kommenden Anstalten ein freier Nachmittag für die am Sonntag zu leistende Arbeit in der Woche zu gewähren sei. Das Einfügen dieser Bestimmung ist die Folge einer vorausgegangenen Bewegung der Badeangestellten um Verklärung bzw. Regelung der teilweise übermäßig langen Arbeitszeit, die in einer an den Rat gerichteten Eingabe ihren Ausdruck fand, vom Räte aber mangels gesetzlicher Handhabe nicht zu dem gewünschten Ziele — die Regelung der Arbeitszeit durch ein Gesetz vorzunehmen — gebracht werden konnte. Durch das Eintreten unserer Genossen im Ausschuss ist es nun gelungen, diese Bestimmung in die Vereinbarung mit einzufügen. Für die Angestellten ist es aber von Bedeutung, daß diese Bestimmung nicht nur etwa auf dem Papier steht, oder in einer Weise zur Ausführung gelangt, die die Vergünstigung illusorisch macht, sondern daß sie auch in den vollen Genuß der halbtägigen Ruhezeit gelangen. Wie es in der Praxis aussieht und in den Wärdern gegenwärtig die Einrichtungen dazu getroffen sind, kann man allerdings nicht sagen, daß dem so wäre. So ist in dem einen Bad die Freizeit auf den Vormittag, dem andern von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags und wieder in dem andern die Zeit von Fall zu Fall festgelegt worden, während im Marienbad in einzig richtiger Weise nach der Vereinbarung der halbe Tag nachmittags zur Geltung kommt. An der Spitze steht freilich der Rat der Stadt Leipzig, der seinen Angestellten im Städtischen Zentralbad gar keinen freien Nachmittag auf Grund dieser Vereinbarung zugute kommen läßt, obwohl auch in diesem Betriebe die Arbeitszeit eine gleich lange, wenn nicht noch längere ist, als in Privatbetrieben. Diese Feststellung ist schon damals bei der Beratung unserer Eingabe im Ausschuss gemacht worden, und daraufhin auch eine kleine Änderung durch den Dezerementen erfolgt. Wenn die Freizeit innerhalb der Arbeitszeit gewährt wird, hat sie wenig Zweck, da ein geraumer Zeiterbrauch für den Weg zur Wohnung und zurück nach der Anstalt schon dadurch verloren geht. Der eigentliche Zweck der sogenannten Ruhezeit wäre damit für die Räte. Die Versammlung beschloß deshalb, an alle in Frage kommenden Anstalten die Forderung auf vollständige Gewährung eines freien Nachmittags für die Angestellten zu richten und event. nur soweit technische oder geschäftliche Schwierigkeiten der Ausführung jeweils im Wege stehen sollten, diese Zeit dann auf den Vormittag bis 2 Uhr nachmittags zu verlegen. Die Versammelten verpflichteten sich, diese Forderung in geeigneter Weise mit Nachdruck zu vertreten. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde das Stellendernittelungsweisen, wie auch das Gebahren zweier Institute am Orte für Ausbildung in Krankenpflege und Massagebehandlung einer herben Kritik unterzogen und die Anwesenden vor einem Reinsfall dieser Art gewarnt. Zum Schluß wurde noch die Organisationsfrage besprochen, da die Kollegen im Sophienbad bis dato dieser Pflicht noch nicht genügt haben. Die Versammlung beschloß, diesem Bad ihre besondere Aufmerksamkeit widmen zu wollen, und hofft auf eine tatkräftige Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft.

**Um den Quätereien ein Ende zu machen . . .**  
Bei Stör u. Co., Abteilung Volkzimmerei, in Leipzig-Plagwitz, haben 52 junge polnische Arbeiter aus der Tag- und Nachtschicht wegen unmenschlicher Behandlung die Arbeit eingestellt.

Der Arbeiter D. . . war in der Nachtschicht unwohl und wollte nach Hause; er wurde aber nicht fortgelassen. Der Arbeiter J. hatte schlechte Arbeit und wollte nach Hause; er wurde vom Vorgesetzten Burkhardt deshalb geschlagen. Ein anderer Arbeiter, J., wurde von Burkhardt ins Gesicht geschlagen, weil er etwas versehen hatte. J. wollte zum Arzt; eine Passierkarte zum Austritt aus der Fabrik wurde ihm aber verweigert. Der Arbeiter K. hatte etwas versehen, er wurde vom Aufseher Burkhardt „Pollate“ geschimpft und dabei ihm mit der Faust in die Seite geknufft. Diese Angaben stehen sich noch bedeutend vermehren.

Vor etwa einem halben Jahre haben diese jungen Leute schon einmal wegen unmenschlicher Behandlung die Arbeit auf eine Stunde eingestellt. Das hat die Betriebsleitung nicht veranlaßt, die Leute nun besser zu behandeln. Die Vorgesetzten bei Stör u. Co., welche die Arbeiter oder Arbeiterinnen schlecht behandeln, stehen bei der Betriebsleitung im besten Ansehen. Es muß wirklich toll getrieben worden sein, ehe diese jungen Burschen, bei denen jede Organisation bis jetzt fehlte, dazu kamen, die Arbeit einzustellen.

Die jungen Leute verlangen eine menschenwürdige Behandlung. Die Arbeitszeit ist eine halbe Stunde Mittag in der Nachtschicht inbegriffen, eine 1 1/2 stündige pro Nacht. Am Tage wird 10 Stunden gearbeitet. Die Burschen verlangen hier in der Nacht auf eine Stunde Mittagszeit. Diese Forderungen sind so geringfügig, daß es nur an dem guten Willen der Firma liegt, diese Wünsche abzustellen.

Verband der Legilarbeiter, Filiale Leipzig.

**Deutsches Reich.**

**Die Hamburger Holzarbeiter im Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis.**

Die Hamburger Holzarbeiter haben den Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis erfolgreich beendet. Wenn auch die Unternehmer bis zur letzten Woche sich mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises wehrten, hatte doch in ihren eigenen Reihen nach und nach die Ansicht Platz gegriffen, daß die Einführung desselben nicht mehr verhindert werden kann. Und so entschlossen sich denn die einschüchteren Unternehmer, dem Kampf durch Nachgeben ein Ende zu machen. Damit ist ein für die Weiterentwicklung der Arbeitsvermittlung im Holzgewerbe bedeutungsvoller Kampf erledigt worden, wie er in seiner Art bisher einzig geführt wurde. Die Holzarbeiter Hamburgs erstreben die paritätische Arbeitsvermittlung länger als ein Jahrzehnt, und zwar weil man mit den Innungsnachweisen als Maßregelungsorganen trübe Erfahrungen machte. Es war jedoch recht schwer, eine durchgreifende Aenderung herbeizuführen, da nicht allein die Unternehmer dagegen waren, sondern auch eine große Anzahl Arbeiter von einer Regelung nichts wissen wollte. Hier mußte die Organisation erst die nötige Erziehungsarbeit leisten. Während nun die Arbeiter die paritätische Arbeitsvermittlung anstreben, war die Organisation der Unternehmer bestrebt, den Innungsnachweis obligatorisch zu machen. Im Vorjahre teilte der Schutzverband der Holzarbeiter Hamburgs dem Holzarbeiterverband mit, daß die Paritätischen Arbeitsvermittlung hätten, den Verbandsarbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes nicht mehr zu benutzen. Mit diesem Beschluß befaßte sich die Schlichtungskommission, die für das Hamburger Vertragsgebiet eingesetzt ist und beschloß einstimmig, daß die Sperre eines Arbeitsnachweises der einen oder andern Partei niemals als Vertragsbruch angesehen werden könne, da die Arbeitsnachweisfrage nicht durch den Vertrag geregelt sei.

Im Frühjahr dieses Jahres war eine große Nachfrage nach Arbeitskräften in Hamburg. Die Innung ersuchte den Holzarbeiterverband, für die Heranziehung von Arbeitern zu sorgen. Der Holzarbeiterverband teilte darauf der Innung mit, daß der Verbandsarbeitsnachweis Arbeitskräfte in jeder Zahl zur Verfügung stelle, man möge nur die Tischlermeister veranlassen, dort ihren Bedarf zu decken. Dies lehnte die Innung ab, worauf der Holzarbeiterverband den Arbeitsnachweis der Tischlerinnung sperre und das Umschauen verbot, gleichzeitig aber den Tischlermeistern durch Zirkular mitteilte, daß der Verbandsarbeitsnachweis Arbeiter in jeder Anzahl für alle Branchen zur Verfügung halte. Jetzt erschien der Arbeitgeberverband, mit dem der Holzarbeiterverband im Vertragsverhältnis steht, auf dem Plan, erklärte die Sperre des Innungsnachweises als Vertragsbruch und verlangte, daß das Umschauenverbot aufgehoben würde. Der Holzarbeiterverband verließ sich auf die Entscheidung der Schlichtungskommission und lehnte das Verlangen einfach ab. Darauf richtete der Schutzverband beim Landgericht Hamburg Klage ein wegen Vertragsbruch und beantragte einen Einheitsbefehl bezüglich der Sperre. Bis dahin waren Arbeitsbeeinträchtigungen im Kampfe gegen den Innungsnachweis nicht vorgekommen. Als jedoch die erneute Klage des Schutzverbandes gegen den Holzarbeiterverband bekannt wurde — es schwebt immer noch die Klage wegen der Maßfeier — bemüht sich der Arbeiter eine derartige Erregung, daß Hunderte von ledigen Kollegen ihre Entlassung nahmen und abreisten, ihnen folgten die verheirateten. Am 30. Juli schickten in den Werkstätten über 2000 Arbeitskräfte. Später erklärten dann die Unternehmer, daß sie zu Verhandlungen bereit seien. Der Holzarbeiterverband verlangte vor Aufnahme der Verhandlungen die Zurückziehung der eingereichten Klage und die schriftliche Verpflichtung, daß weitere Klagen aus dem Anlaß nicht erhoben würden; auch die weiteren Maßnahmen würde man aufheben. Auch hiermit waren die Unternehmer einverstanden. Die Verhandlungen wurden am 2. August ausgenommen und derartig gefördert, daß am 8. August Zwangsbefehl und Holzarbeiterverband zu dem Resultat Stellung nehmen konnten. Die Holzarbeiter stimmten dem vorgeschlagenen Regulator, das die obligatorische Arbeitsvermittlung für alle Mitglieder der beiderseitigen Organisationen vorsteht, mit 2000 Stimmen gegen eine Stimme zu. Auch bei den Unternehmern war in überfüllter Versammlung das gleiche Resultat zu verzeichnen. Die Vermittlung soll, so schnell es die weiteren Vorarbeiten erlauben, ausgenommen werden. Damit ist die Bewegung, die am 20. April eingeleitet wurde, erfolgreich beendet.

Die Fische waren während des ganzen Kampfes auf der Seite der Unternehmer zu finden.

**Holzarbeiteraussperrung in Freiburg i. B.**

Auf den Streit der Tischler und Maschinenarbeiter in Freiburg haben die Unternehmer in dem größten Teil der nicht bestreikten Betriebe mit der Aussperrung geantwortet. Am Montag wurde von den Meistern den noch arbeitenden Kollegen ein neuer Tarif vorgelegt; wer nicht unterschrieb, wurde ausgesperrt. Von der Aussperrung wurden in 18 Betrieben 88 Kollegen betroffen, so daß jetzt im ganzen 234 Kollegen im Kampfe stehen.

Wir ersuchen die Holzarbeiter an allen Orten, den Zugang von hier fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten. Die Streikkommission.

**Ausland.**

**Die Lage in Bilbao.**

Aus Bilbao wird gemeldet: Der Minister des Innern hat den streikenden Arbeitern und den Unternehmern einen Vergleichsvorschlag gemacht, nach dem die Arbeitszeit täglich um eine halbe Stunde gekürzt werden soll, bis durch die Cortes die endgültige Regelung der Arbeitszeit erfolgt. Die Unternehmer haben den Vorschlag angenommen, die Arbeiter ihn jedoch abgelehnt.

**Mauerer und Granitarbeiterstreik in Oesterreichisch-Schlesien.**

In den Orten Gaudsdorf, Kunzendorf, Rotwasser, Nidasdorf und Zuckmantel (Oesterreichisch-Schlesien) sind wegen der miserablen Lohnzahlung 600 Mauerer und Granitarbeiter in den Streik getreten. Es sind daran auch 85 Frauen beteiligt.

Zuzug nach diesen österreichischen Hungergebliden ist durch die deutschen Steinarbeiter fernzuhalten.

**Kleine Gewerkschaftsnachrichten.** Der Zentralverband der Schmiede erhebt auf die Dauer der Werftarbeiterbewegung, wenigstens aber auf 6 Wochen, einen Extrabeitrag von 50 Pf. wöchentlich.

**Eingelaufene Schriften.**

Bericht des Vorstandes des Verbandes der Schneider usw. an den 11. Verbandstag in Hamburg über die Geschäftsperiode 1908 bis 1910. Berlin 1910.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Perre in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Viller in Dorsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.

**Verband Deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgen.**  
 Büro: Volkshaus, Zimmer 3  
 Zahlstelle Leipzig und Umgegend  
 Telefon 13683

Sonntag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus (Café, Mitte)  
**Brauereiarbeiter-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1910. 2. Diskussion über den Bericht vom Verbandstag in Berlin. 3. Gewerkschaftliches.  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. [15143] Die Verwaltung.

**Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter (Filiale Leipzig).**  
 Sonntag, d. 14. August, nachmittags 3 Uhr  
**Grosses Sommerfest**  
 in sämtlichen Räumen der Goldenen Krone, L.-Connwitz  
 bestehend in **Konzert, Ball, Kinderspielen** sowie **Besichtigungen für jung u. alt.**  
 Freunde und Gönner ladet herzlich ein. [15140] Das Festkomitee.

**Sozialdemokratischer Verein für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis**  
 Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeitzer Str. 32, Portal rechts, Saalgebäude 1. Stg. Tel. 5078.  
 Bureauzeit: Montags von 12 bis 1 Uhr und 5 bis 8 Uhr, Sonnabends von 9 bis 4 Uhr.

**Döllitz-Dösen.** Sonnabend, 13. August, abends 9 Uhr, im Gasthof Friedenseiche, **Vortrag des Genossen Lehmann** über: Die Verfassung der Stadt Leipzig. Zahlreiches Besuch erwartet. D. V.  
**Donnerstag, den 18. August, abends 9 Uhr, Ausflug der Sänger-Abteilung nach Wachau.** Die Vereinsmitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen. [15212]

**Kleinzschocher.** Sonnabend, den 13. August, abends 9 Uhr, im Bürgergarten, **Vortrag: Die Sozialdemokratie im sächsischen Landtag.** Referent: Landtagsabgeordneter **A. Koimling.** Diskussion, Partei- und Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Besuch erwartet. [15175] Der Vorstand.

**Lössnig.** Sonnabend, den 13. August, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Stern. 1. Vortrag des Genossen **Pinkau** über: Londoner Straßenschilder. 2. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Beteiligung sieht entgegen. [15107] Der Vorstand.

**Markranstädt.** Sonnabend, den 13. August, abends 9 Uhr, **Versammlung** in der Parkstraße. Tagesordnung: Parteiangelegenheiten. Verschiedenes. — Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen. [15172] Der Vorstand.

**Möckern.** Sonnabend, den 13. August, abends 9 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Grenz** und Diskussion hierzu. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und ersucht um zahlreiches Erscheinen D. V.

**Schönau.** Sonnabend, 13. Aug., abends 9 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Alten Gasthof. D. V.

**Stötteritz.** Sonntag, den 14. August, **Grosses Sommerfest.** Sammelpunkt: Deutsches Haus, Punkt 2 Uhr. Mitgliedsblätter sind mitzubringen. Voranzeige. **Sonabend, den 20. August, Vortrag** des Herrn **Max Müller**, praktischer Vertreter der Naturheilkunde: Die Gesellschaft u. das Geschlechtsleben.

**Stünz.** Morgen Sonnabend, abends 9 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Landhaus. Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie und ihre Ziele. Referent: Genosse **Schuhmacher.** 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes. [15173] D. V.

**Metallarbeiter-Verband.**  
 Geschäftsstelle: Volkshaus Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.  
 Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr. Telefon 3784.

**Vertrauensmänner Norden.** Montag, 15. Aug., 1/2 7 Uhr, im Kaiser Friedrich.

**Vertrauensmänner Westen.** Freitag, 12. Aug., im Bürgergarten, Kleinzschocher. [15058]

**Osten.** Montag, den 15. August, abends 9 1/2 Uhr, **Vertrauensmänner-Sitzung** in der Eisbergpappel. Sommerfestprogramme und Gewerkschaftskarten abrechnen. [15142]

**Asphaltreue, Bappdecker**  
 Sonntag, den 14. August, nachmittags 3 Uhr  
**Mitgliederversammlung**  
 im Volkshaus, Zeitzer Strasse.  
 Tagesordnung: 1. Bericht des Ortskassen-Vertreters. 2. Gewerkschaftliches. [15134]  
 Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

**Gewerkschaftsfest Rötha**  
 Sonntag, den 14. August 1910.  
 Festplatz von der Stadt Rötha, an der Gerichtsstrasse gelegen, ist uns bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Sammeln der Mitglieder Punkt 2 Uhr im Gasthof Stadt Leipzig. 1/3 Uhr: Auszug nach dem Festplatz. Auf dem Festplatz: **Festrede** des Genossen **v. Lojewsky** Herren-, Damen- und Kinderspiele — **Tombola** **Preisschiessen** — Bei Dunkelheit **Lampionzug.**  
**Von 7 Uhr ab in Stadt Leipzig Festball.**  
 Es werden hierdurch alle organisierten Mitglieder zur Beteiligung, besonders am Festzug, eingeladen. Der Festausschuss.

Sofa, Matr., Schulranzen usw. Kupf. Hängel, N., Möbl. St. 22, I. \*

**50 Mark Belohnung.**  
 Am 30. vorigen Monats, früh in der 3. Stunde, wurde aus einer Wohnung im Erdgeschoss des Grundstücks Gottschiedstrasse 5, in die der Dieb durch ein geöffnetes Fenster eingestiegen war, eine Reisetasche mit Inhalt gestohlen, die nachmals im Rosental gewaltsam geöffnet aufgefunden worden ist. Aus der Tasche fehlen jedoch: ein Brilmenglas, Marke Reih-Silvamar Nr. 195802, sowie verschiedene Toilettenartikel, eine Browningpistole, ein Jagdmesser, eine Zigarrentasche, ein Paar Herren-Unterhosen, ein Oberhemd und eine Nachjade, gez. P. L., und ein Unterjäckchen.  
 Auf die Wiedererlangung der gestohlenen Sachen hat der Besondere eine Belohnung bis zu 50 Mark ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen zu Kr. V. A. 13381 erbeten.  
 Leipzig, den 11. August 1910.  
 Das Polizeiamt der Stadt Leipzig. [15150]

**Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig.**  
 Sonnabend, den 20. August, von abends 8 Uhr an im Felsenkeller, Plagwitz  
**Unterhaltungsabend mit Sommernachts-Ball und Tombola.**  
 Mitwirkende:  
 Sänger-Chor, E. West, Freie Turner, E. West, Freie Musiker-Vereinigung, Dir.: G. Schüge.  
 Eintrittskarten (im Vorverkauf 20 Pfg.) bei: Richter; Kamerun, Reichenstraße; Glanemann, Zwei Linden, Krübler, Bismarckstraße; Bismarckstraße; Filiale Volkszeitung, Köpcke Str.; Turnhalle, Lindenau.  
 An der Kasse 25 Pfg.  
 Hierzu ladet ein [15050] Der Vorstand.

**Ortsverein Leutzsch**  
 Sonntag, den 14. August  
**Kinder-Fest**  
 in der Burgaue zu Leutzsch  
 Abmarsch des Festzuges Punkt 2 Uhr nachmittags vom Vereinslokal Vater Jahn.  
 Zahlreiche Beteiligung der Kinder unserer Mitglieder erwartet. DER VORSTAND.

**Dramatische Abteilung L. Lindenau.**  
 Sonntag, den 14. August  
 nach der Burgaue, Leutzsch.  
 Abmarsch 3 Uhr vom Vereinslokal. [15170] Der Obmann.

**Gewerkschafts-Fest, Markranstädt**  
 Sonntag, den 21. August 1910  
 im Etablissement Gute Quelle.  
 Sammeln der Teilnehmer nachmittags 2 Uhr in der Parkschänke. 1/3 Uhr Festzug nach dem Festlokal. Dasselbst **Konzert, Gesang und turnerische Auführungen, Tombola, Preiskegeln, Verlosung** von Blumen und Stollen. 1/5 Uhr Festrede, gehalten vom Genossen **Panzer-Leipzig.** Von abends 8 Uhr an **Ball** in der Guten Quelle, Thüringer Hof, Stadt Leipzig u. Sonnenhof. Ende 1 Uhr. Eintritt 15 Pfg. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht. [15131] Der Festausschuss.

**Verein für Volksaufklärung über Gesundheitspflege Leipzig-West**  
 Sonntag, 14. August, nachm. 1/3 Uhr  
**Schlussfeier der Ferien-Milch-Kolonie** bestehend in Festzug, Konzert, Jugendspielen etc. in der Garten-Anlage an der Beerfäng-Rieselfstraße in Lindenau. Sammeln der Kinder zum Festzug 1 Uhr im Felsenkeller. Abmarsch mit Musik 2 Uhr. Wir bitten, alle Kinder am Festzug teilnehmen zu lassen. Abends **Illumination und Lampionzug.** Eintritt frei.  
 Sonnabend, 27. August, **Familienabend** im Vereinslokal, bestehend in Gesangs- und humoristischen Aufführungen, angeführt von der Sänger-Abteilung. Eintritt frei. Der Vorstand.

**Die feinsten Herren-**  
 Monatsgarderoben erhalten Sie nach wie vor im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Reichstraße 26. Für feinste Herrschaften von ersten Schneidern angefertigte, nur wenig getragene Maß-Anzüge u. Paletots Anzüge: Ser. I. A. 8.—Ser. II. A. 14.—Ser. III. A. 20.—Paletots: Ser. I. A. 6.—Ser. II. A. 12.—Ser. III. A. 18.—  
 Kaufhaus für Monatsgarderoben  
 Reichstraße 26. Abt. II Neue Garderoben.  
 Anzüge etc. werden billigst verlichen.

**Leipz. Verein d. Kinderfreunde (Kinderschutz) e. V.**  
 Geschäftsstelle: Hainstrasse 2, II.  
 geöffnet von 9—1 und 3—6 Uhr, nimmt Meldungen von Kinderesend und Mißhandlungen entgegen. [2518]

**Familienanzeigen.**  
 Die Verlobung ihrer Kinder **Johanna** und **Max** beehren sich anzuzeigen [15166]  
 Frau **Emilie Weiske** geb. **Pape**  
 Ww. des verstorb. Restaurateurs Herrn Ernst Emil Weiske  
 Frau **Sophie Schlüter** geb. **Wesoloh**  
 Witwe des verstorbenen Herrn H. C. F. Schlüter.  
 L.-Lindenau, Gundorfer Str. 46. Hamburg.  
**Johanna Weiske — Max Schlüter**  
 Verlobte  
 Leipzig-Lindenau August 1910 Hamburg.

Für die vielen Beweise inniger Anteilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester **Emma** sagen wir allen Hiedurch unsern herzlichsten Dank.  
 Leipzig-Anger-Crottendorf, am 11. August 1910.  
 [15200] **Familie H. Rübenack.**

Zurückgekehrt vom Begräbnis meiner früh dahingegangenen  
 Frau **Johanna Martha Müller** geb. **Herold** sage ich hiedurch allen Verwandten, Bekannten und Kollegen für die Beweise herzlichster Teilnahme, dem Gesangverein Untenberg für den erhabenden Gesang sowie dem Herrn Pastor für die trostreichen Worte am Grabe meinen herzlichsten Dank.  
 Leipzig, 11. August 1910. **Hermann Müller.** [15140]

Heute nachmittag verschied sanft nach langem Leiden mein heilgeliebter Mann, unser lieber Bruder, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel  
**Oskar Weigt**  
 im 20. Lebensjahr.  
 Dies zeigt schmerzgefüllt hiedurch an  
 L. Entritzsch, Hamburger Str. 48, den 11. August 1910  
**Marie Weigt geb. Renneberg**  
 im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 1/4 Uhr von der Kapelle des Neuen Meubnitzer Friedhofs aus statt. [15204]

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten hiedurch die schmerzliche Anzeige, daß meine liebe gute Frau und Mutter, meine einzige Tochter, Schwiegertochter, Schwägerin, Tante und Nichte  
**Margareta Hähner geb. Michl**  
 heute früh 1/9 Uhr im Alter von 24 Jahren nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Wer sie gekannt, wird unsern Schmerz ermessen.  
 L.-Lindenau, Marktstr. 10, den 11. August 1910.  
**Hugo Hähner Anna Michl**  
 zugleich im Namen der Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Sonntag, vormittags 1/2 11 Uhr, vom Trauerhause aus statt. [15153]

Am Mittwoch, den 10. August, verschied unser treues Mitglied  
**Karl Friedrich Wilhelm Blaubach**  
 Arbeiter im städtischen Krankenhaus. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
**Vorband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Leipzig.** [15147]

**Ortsverein Entritzsch.**  
 Am 11. August starb unser Vereinsmitglied  
**Oskar Weigt**  
 im 20. Lebensjahre. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren  
 Entritzsch, den 12. August 1910 Der Vorstand. [15170]

Politische Uebersicht.

Vom sozialdemokratischen Kleinbürgertum.

Nichts komischer als die Art, wie sich der Karlsruher Volksfreund mit den Resolutionen abfindet, die die Budgetbewilligung verurteilen. So donnert er gegen die Hamburger Genossen, deren Resolution er als Beleidigung der badischen Parteigenossen bezeichnet. Er erklärt sich jedoch gleichzeitig bereit, den Hamburgern Vorträge behufs „politischer Durchbildung“ zu halten, was sicherlich allenthalben mit dem nötigen Humor aufgenommen wird.

Besonders aber angetan hat's dem Volksfreund die Resolution, die der 22. sächsische Reichstagswahlkreis auf Vorschlag des Genossen Dr. Lensch angenommen hat. Er versucht, sich darüber lustig zu machen — ein Versuch, den man dem Volksfreund um so eher gönnen wird, da er ja durch seine amüsante doppelte Buchführung betreffs Monarchenhuldigung im Falle Ferris, die wir am Dienstag festgestellt haben, der Gesamtpartei selber Anlaß zu allgemeiner Selbsterleuchtung gegeben hat. Bisher hat der Volksfreund über diese seine doppelte Buchführung noch kein Wort der Erwiderung gefunden.

Diese doppelte Buchführung scheint überhaupt ein notwendiger Bestandteil revisionistischer Staatsmännerei zu sein. Auch in dem parteipolitischen Zwillingssblatt des Karlsruher Volksfreundes, dem Hessischen Volksfreund, wo bekanntlich Genosse Quessel die Feder schwingt, ist sie zu finden. Dort konnte man vor wenigen Tagen noch folgende Zurückweisung der von der Hessischen Zeitung der Sozialdemokratie angebotenen Selbstmordtaktik finden:

Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen in allen Kreisen kandidieren aufstellen, denn die Wähler haben das Recht, zu verlangen, daß ihnen Gelegenheiten geboten werden, sich im ersten Wahlgang zu jener Partei zu bekennen, der sie ihrer Überzeugung nach angehören. Dieses berechtigende und geschichtlich begründete Interesse der Wähler ist aber zugleich auch im höchsten Grade Interesse der sozialdemokratischen Partei, denn die sozialdemokratische Partei treibt keine bloße Mandatspolitik, sondern sie will die Köpfe der Wähler für sich gewinnen. So sehr sie auch den Vorteil einer starken parlamentarischen Vertretung zu schätzen weiß, so weiß sie doch, daß sie die Kraft, die sie zur Lösung ihrer gewaltigen Aufgaben benötigt, nur bei den großen Massen finden kann.

Der zahllose Bestand der Fraktion kann durch keine noch so schlaue Taktik garantiert werden, jede Partei hat es gleich der Sozialdemokratie erleben müssen, daß ihre Mandatszahl gelegentlich zurückging, die Sozialdemokratie aber hat solche Rückschläge immer mit Leichtigkeit überwunden, weil sie auf die stets steigende Zahl ihrer Anhänger hinweisen konnte und im Hinblick auf das Vertrauen, das ihr das Volk zuwandte, neues Selbstvertrauen, frischen Mut zur Arbeit fand. So durften wir — wie sich jetzt zeigt, mit gutem Grund — dem Spott unserer Gegner über den Verlust von drei Dutzend Mandaten im Jahre 1907 mit dem Hinweis auf die Viertelmillion neuer Wähler begegnen, die uns zuge wachsen waren, und es gibt keinen Sozialdemokraten, der es lieber gesehen hätte, wenn wir eine Viertelmillion Wähler verloren und jene drei Dutzend Mandate beibehalten hätten.

Die Herren Liberalen, die doch sonst so gute Geschäftleute sind, müssen doch wissen, daß es falsch ist, das Kapital zu verachten, um ein paar Jahre lang hohe Zinsen zu gewinnen. Was den Liberalen Geschäftsleuten ihr Kapital ist, das ist uns und unser Anhang in den Massen, und so lange der wächst, brauchen wir nicht bange zu werden, wenn einmal bei der großen Mandatslotterie der allgemeinen Wahlen unser Anteil etwas mager ausfällt. Sollen wir gar die Quellen unserer Macht verschütten, nicht um für uns, sondern für die Partei des Herrn Kopsch Mandate zu erobern? Im Ernst wird das niemand erwarten und verlangen. Wer solche unfinnige Forderungen stellt, der will gar nicht, daß sie erfüllt werden, sondern er will etwas ganz anderes. Und was die Volkszeitung und die von ihr vertretene Richtung der fortschrittlichen Volkspartei wirklich wollten, kann ja nach ihrer ganzen Geschichte gar nicht zweifelhaft sein.

Bravo! Bravo! Hessischer Volksfreund! In der Tat! Wer könnte so „unfinnige“ Forderungen stellen? — Unsers Wissens gibt es in der großen deutschen Sozialdemokratie nur einen einzigen Genossen, der diese „unfinnigen“ Forderungen aufgestellt hat! Nur einen! Aber es ist ein Quessel! Es ist jener — Chefredakteur des Hessischen Volksfreundes! In den sogenannten sozialistischen Monatsheften des Genossen Dr. Bloch schrieb Genosse Dr. Quessel:

Als weitere Erkenntnis ergibt sich für uns, daß das Proletariat noch so schwach ist, die Reaktion in Deutschland niederzuwerfen. ... Auf Grund der gegenwärtigen Wahlkreiserteilung kann eine Mehrheit der sozialdemokratischen und bürgerlichen Demokratie aber nur zustande kommen, wenn man das Stimmengleichgewicht nicht als der politischen Weisheit letzten Schluß ansieht und schon für die Hauptwahl zu Vereinbarungen gelangt, die es unmöglich machen, daß Wahlkreise, die im ersten Wahlgang eine antireaktionäre Mehrheit haben, in der Stichwahl der Reaktion anheimzufallen. Nur auf diesem Wege kann die Demokratisierung Deutschlands erreicht werden.

Immer ran, meine Herrschaften! In unserm politischen Warenhaus kommt jeder Käufer auf seine Rechnung. Radikale Politik parterre! Revisionistische Politik eine Treppe! Alles bei feenhafter Beleuchtung! Stück für Stück 50 Pf. Wir schlagen jede Konkurrenz! Immer hereinpagiert, der Salon ist geheizt!

Deutsches Reich.

Kronprinzliche Aufgaben.

Im Spätherbst dieses Jahres tritt, wie bereits bekannt, der Kronprinz eine Reise nach Indien und Ostafrika an. Gewisse Kreise scheinen auf diese Reise ganz gewaltige Hoffnungen zu setzen. So legt der Konfessionär dar, daß man dem Kronprinzen sachverständige Leute auf diese Reise mitgeben müsse, die ihm die nötigen Informationen für die Länder, die aufgesucht werden, geben können. Japan sei für den deutschen Export vollständig verloren und es müsse damit gerechnet werden, daß Japan in absehbarer Zeit dem deutschen Export als Konkurrenz gegenüber treten würde. Um so mehr aber sei von China zu erwarten, hier dominiere die amerikanische und englische Konkurrenz. Dort sei etwas für uns zu machen, denn der chinesische Markt sei ausichtsreich, wenn er in der geeigneten Weise bearbeitet wird.

In einem Briefe an einen Freund äußerte kürzlich der Kronprinz die gewohnte kronprinzliche Mißhoergrüßlichkeit über mangelnde Beschäftigung. Kann es ein rührenderes Zeichen der Monarchentreue geben, als daß die bürgerliche Presse sich sofort auf die Soden macht, um ein geeignetes Feld für kronprinzlichen Beiätigungsdrang zu finden? Und daß sie gleich ein so ernstes findet, wie es die Propaganda für deutsche Baumwolljaden, Petroleumlampen, Zündhölzer usw. ist?

Auf jeden Fall werden Zentrums- und konservative Blätter dagegen weniger einzuwenden haben, als gegen die Vorschläge der Panzerplattenblätter, wie der Rheinisch-Westfälischen Zeitung und der Post, die den jungen Mann, der künftig des Reiches Krone tragen soll, auf eine ähnliche Mission in China schicken wollten, wie sie Wilhelm II. mit so peinlichem Ausgang für das deutsche Renommee in Marokko unternommen hatte. Die Spuren schreien. Es spielen bei den heftigen Ausfällen der blau-schwarzen wie sonstigen bürgerlichen Presse gegen eine derartige kronprinzliche Mission zwei Momente mit. Einmal will die Bourgeoisie ihre Weltpolitik einigermaßen nüchtern besorgt haben: die romantischen Hohenzollernfahrten hatten bisher Erfolge, die die Bourgeoisie auf dem Soll-Konto zu buchen hatte. Dann aber könnte ein etwaiges Fiasko einer Marokkopolitik in China das Ansehen der Monarchie, das die Bourgeoisie für die Augenblendung des gemeinen Volkes braucht, einen kräftigen Stoß erhalten, der um so unerwünschter wäre, als es für einen Kronprinzen mißlich ist, mit einem Fiasko die glorreiche Laufbahn zu beginnen.

Die Vorschläge des Konfessionär sind da immerhin weniger riskant. Für uns haben sie noch den Vorteil, daß sie die Funktion der Monarchie im kapitalistischen Staate drastisch illustrieren.

Holland und die Schiffsabgaben.

Der preussischen Regierung ist es bekanntlich gelungen, unter rücksichtsloser Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Übermacht die holländischen Bundesstaaten so klein zu kriegen, daß der Schiffsabgabenvorlage ein ernstliches Hindernis in Deutschland nicht mehr im Wege steht. Wohl aber sperren sich Desterreich und Holland, deren Interessen mit der abgabenfreien Elbe- und Rheinschifffahrt aufs engste verknüpft sind, noch energisch gegen die preussischen Pläne. Die Stimmung insbesondere der holländischen Interessenten kommt in einem Artikel des Neuen Rotterdamse Courant zum Ausdruck, der sich mit dem im Bundesratsentwurf vorgesehenen internationalen Rheinstrombauverband befaßt.

„Da es für ausgeschlossen gelten kann“ so heißt es in dem Artikel, „daß wir Deutschland ein für allemal in Sachen der Rheinschifffahrt freie Hand lassen sollten, wodurch wir nicht allein das uns zustehende Mitbestimmungsrecht über ein niederländisches Lebensinteresse preisgeben würden, sondern und außerdem gegenüber der ganzen gebildeten Welt zu Mißbilligen an einem sehr reaktionären Schritt auf einem Gebiete machen würden, auf dem wir sonst stolz sind, voranzuschreiten, läßt sich die Mitwirkung Hollands — nur auf zwei Arten denken. Einmal können wir durch Vertrag — und das würde man in Deutschland am liebsten sehen — dem Rheinverband beitreten, in dessen beiden Organen (Verwaltungsausschuß und Strombeirat) man uns dann vielleicht die preussische Stimmengleichheit zugesichert würde. So sehr wir aber auch, wo es möglich ist, warme Fürsprecher internationalen Zusammenschlusses sind, ein unabhängiger Staat vermag sich nun einmal nicht einer Körperschaft anzuschließen, die mit Stimmensmehrheit über eine seiner Lebensinteressen Beschluß faßt. Niederland ist kein an Ueberstimmung gewöhnter deutscher Bundesstaat! Ferner ist die Aktionsphäre des Rheinverbands sehr zu autonomer Erweiterung geeignet und dies würde uns dann immer mehr in allgemeine politische Verührung mit deutschen Angelegenheiten bringen, deren Unerwünschtheit sich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts nur zu gut herausgestellt hat. Holland könnte aber, zweitens, auch mitwirken, indem es sich dem Rheinverband nicht anschließt, aber dem jetzt im Entwurf vorgesehenen Minimum der Abgaben zustimmt und sich zu jeder Maßregel der Verbandsorgane seine Genehmigung vorbehält. Auf diese Weise könnte selbstverständlich jede solche Maßregel durch uns genehmigt werden und von der Selbstständigkeit des Verbandes wenig übrigbleiben. Das würde notwendig ein fortdauernder Duell von Unannehmlichkeiten zwischen dem Haag und Berlin sein. Jederzeit, wenn wir eine Maßregel nicht aufheben, wird dann eine Prellion auf uns gelbt werden, soll das Zustandekommen anderer erwünschtester Dinge, die nichts mit dem Rheinzu tun haben, von unserer Nachgiebigkeit abhängig gemacht werden, kurz, es wird in unser Verhältnis zu Deutschland ein beständiger Stein des Anstoßes gebracht werden. Darum lieber eine einmalige Belagerung, wie wenig angenehm sie auch klinge, als fortdauernde Schwierigkeiten. Darum ist unsere Mitwirkung an dem Rheinstrombauverband, ganz abgesehen von der Prinzipienfrage der Schiffsabgaben, für Niederland in jedem Fall unannehmlich.“

Spiegelt der Artikel die Ansichten der holländischen Regierung wieder, was sehr wahrscheinlich ist, dann hat die Durchführung der Schiffsabgaben noch gute Wege.

Eine militärische „Reform“.

Die bürgerliche Presse macht ein großes Wesen wegen einer angeblich besonders zeitgemäßen Reform der militärischen Ehrengerechte. Die ganze „Reform“ besteht darin, daß bei Spruchverfahren über mit Pension zur Disposition gestellte oder mit Uniform verabschiedete Offiziere, zu Bestigern Offiziere derselben Kategorie berufen werden können. Von einer wirklichen Reform kann dabei wahrlich keine Rede sein, denn schließlich ist es ganz gleichgültig, ob der verabschiedete Offizier, der wider den heiligen Geist des Militarismus gesündigt hat, von seinen gleichfalls verabschiedeten Kameraden, oder wie bis jetzt von Offizieren des Beurtaubtenstandes verurteilt wird. An dem System wird absolut nichts geändert. Wenn der Spruch des Gerichts dem Gerichtsherrn nicht gefällt, dann braucht er ihn nicht zu bestätigen, und wenn verabschiedete Offiziere einen ihrer Kameraden, der sich etwa politisch unangenehm bemerkbar gemacht hat, freisprechen würden, dann könnte es ihnen selbst an den Krügen gehen. Die ganze Militärjustiz ist weit entfernt von dem, was man sich im Volke unter einer unparteiischen Justiz vorstellt. Verabschiedete Offiziere gehören eben nicht mehr unter die Militärjustiz, man will aber diesen Zustand aufrecht erhalten, damit die verabschiedeten Offiziere nicht etwa allzu frei über ihre Erfahrungen reden, die sie im Laufe ihrer Dienstzeit gesammelt haben. — Mit der großen Reform ist es also nichts, wenn man nicht, wie die bürgerliche Presse, jede „Reform“, die irgendeinem feudalen Jopf ein paar Härchen herauszieht, um ihn lebensfähiger zu erhalten, als einen großen Vorstoß zur Bürgerlichkeit unfrisiert.

Rebakteure im Gefängnis.

Unser Breslauer Parteiblatt hat nunmehr mit den angekündigten Veröffentlichungen über die Behandlung des Genossen Schiller im Gefängnis zu Wohlau durch den Direktor Leonhard begonnen. In dem Artikel wird in der Hauptsache Beschwerde darüber erhoben, daß der Gefängnisdirektor den Genossen Schiller überreden wollte, auf seine eigene Kleidung zu verzichten und Gefängniskleidung zu tragen. Als die Ueberredungsversuche schischlugen, drohte der Direktor, daß bei der geringsten Neuerung des Mißfallens von anderen Gefangenen Schiller die eigene Kleidung sofort abgenommen werden würde. Schiller mußte seinen täglichen, halbständigen Spaziergang in der Reihe mit anderen Sträflingen machen. Vielleicht hoffte der Direktor auf diese Weise eine solche Mißfallensäußerung auf leichte Weise zu erlangen. Unser Genosse hatte sich weiter darüber zu beschweren, daß ihm große Schwierigkeiten mit der Selbstbeschäftigung gemacht wurden. Diese war vom Regierungspräsidenten genehmigt, wurde aber dadurch fast illusorisch gemacht, daß man Schiller von 40 Wägern, die er zum Studium mitbrachte, nur 7 aushändigte, wodurch ihm natürlich ein planmäßiges Studium verwehrt war. Zurückgehalten wurde die Literaturgeschichte von Scherr, Kantors Buch über die Entstehung des Christentums, andere naturwissenschaftliche, physikalische und geschichtliche Abhandlungen, sowie von der Unterhaltungsliteratur die Werke von Zola und Gorki.

Man sollte meinen, daß selbst die preussische Regierung allmählich zu der Einsicht hätte kommen können, daß sie mit solchen kleinlichen Schikanen eine „Vesserung“ der sozialdemokratischen Preßkinder nicht erreicht. Wenn sie trotzdem an ihren alten Methoden der Behandlung politischer „Verbrecher“ festhält, so wird höchstens das eine erreicht, daß alle Welt von neuem die alte Wahrheit bestätigt findet: Preußen-Deutschland in der Welt voran — in kultureller Barbarei!

Von der Polenhehe.

Dem Schöffengericht in Joppot ist am 2. August der frühere Amtsrichter, jetzige Rentier, v. Schmielewski zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil in seinem Hause mit seinem Willen ohne behördliche Genehmigung polnischer Unterricht erteilt wurde, ferner weil er einen Polizeibeamten zunächst an dem Betreten der betreffenden Räume gehindert und ihn nachher zurückgestoßen hatte. Bei der Durchsicherung der Räume fand man, nach der Kölnischen Volkszeitung, nichts Verbotenes, sondern nur Bücher mit polnischen Kirchenliedern, die die anwesenden Kinder für eine Weihnachtsgeschenke einliefen. Der Anwalt hatte 300 Mk. Geldstrafe, eventuell 30 Tage Gefängnis beantragt. Das Gericht erkannte aber auf die oben erwähnte drakonische Strafe. Das Tollste an der Sache aber ist die Begründung der von der Polizei bei dem Angeklagten ungesetzlich vorgenommenen Hausdurchsicherung und des Urteils selbst. Das Gericht führte dazu nach der Kölnischen Volkszeitung aus:

Es ist richtig, daß Durchsicherungen auf Anordnung des Richters geschehen, hier aber war Gefahr im Verzuge, daher war die Polizei berechtigt, denn im vorliegenden Falle wäre das Gericht zu spät gekommen. Wichtig ist ferner, daß Gemeindebeamte oder Gemeindevorsteher hinzuzuziehen sind; das war in diesem Falle nicht notwendig, denn wegen der Gefahr war keine Zeit dazu. Das Gericht hat ferner angenommen, daß es sich hier um polnische Propaganda handelte, an deren Spitze der Angeklagte stehe, und daß dem Beamten gegenüber eine grobe Handlung vorliege. Der Tragweite seines Verhaltens mußte sich der Angeklagte als ehemaliger preussischer Amtsrichter bewußt sein. Auf eine Freiheitsstrafe wurde darum erkannt, weil Geld nicht von dem Angeklagten, sondern von Hintermännern bezahlt würde.

Diese Begründung mutet in ihrem zweiten Teil an, als ob sie gegen einen sozialdemokratischen Preßkinder oder sonstige Schwerverbrecher verbrochen worden wäre. Das Gericht verläßt damit, daß es die angelegte Straftat des Angeklagten nach seinen „Hintermännern“ bemittelt, selbst den objektiven Boden des Rechts und begibt sich auf das Gebiet der parteipolitischen Kämpfe. Noch schöner kommt dieses — vielleicht unbewußte — Vorgehen der Justiz, sich in den Dienst der hatatistischen Polenbekämpfung zu stellen, in den Sägen zum Ausdruck, in denen die unter Beileidenschaft der gesetzlichen Bestimmungen erfolgte Hausdurchsicherung gerechtfertigt wird. Mit solchen allgemeinen Behauptungen einer angeblich bestehenden „Gefahr“, die den Verzicht auf alle Rechtsgarantien gestattet, läßt sich natürlich jeder Polizeivergriff und jede behördliche Verletzung staatsbürgerlicher Rechte verteidigen. „A“

„Räpige“ Ausländer.

Der Maurer Johann Jochems, wohnhaft in Düsseldorf, Stadteil Gerresheim, erhielt folgendes Schreiben der Düsseldorfer Polizeiverwaltung:

Düsseldorf, den 2. August 1910.

Sie werden hiermit als Ausländer, welchem ein gesetzlicher Anspruch auf Festhaltung des Aufenthalts in dem Gebiet des preussischen Staates nicht zusteht, aus Preußen verwiesen und demgemäß aufgefordert, das Gebiet des preussischen Staates innerhalb vier Wochen zu verlassen.

Sollten Sie dieser Aufforderung nach Ablauf der gestellten Frist keine Folge geleistet haben, so wird auf Grund des § 132 Abs. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1888 gegen Sie eine hiermit angebrochte Polizeirekursionsstrafe von 100 Mk., an deren Stelle im Falle der Uneinziehbarkeit eine Haftstrafe von zehn Tagen tritt, festgesetzt und vollstreckt werden.

Unerlaubte Rückkehr wird nach § 301 Abs. 2 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

In Vertretung: Wülfing.

Der Maurer Jochems ist seit zehn Jahren in Düsseldorf-Gerresheim wohnhaft, hat stets seine Steuern pünktlich bezahlt, ist noch nie mit den preussisch-deutschen Gesetzen in Konflikt geraten, ist also, was man einen „völlig unbescholtenen Mann“ zu nennen pflegt. Ferner ist Jochems verheiratet mit einer deutschen Frau, die von ihrem ersten Mann, einem Deutschen, drei Kinder hatte. Auch gegen Frau und Kinder liegt nicht das geringste vor. Der Mann hat gegen die Ausweisung Beschwerde beim Regierungspräsidenten erhoben. Nach der Mann den preussischen Staat verlassen und will seine Familie nicht im Stich lassen, so würde also die Düsseldorf-Polizeiverwaltung durch ihre Ausweisung eine deutsche Frau und drei deutsche Kinder über die Grenze jagen.

Falls im Ausland ein Deutscher „schief angebläht“ wird, erheben unsere alldeutschen Patrioten ein fürchterliches Geschrei und Säbelgerassel — wenn das auf dem Wege der großkapitalistischen Interessenspolitik liegt. Aber nicht nur, daß eine Wühlpöbel von Ausländern durch die deutsche Regierung so kalt läßt: auch mit Deutschen darf die deutsche Regierung nach Belieben Schindluder treiben, ohne daß bei den „Patrioten“ ein Haß danach kräht.

Berlin, 12. August. In Brüssel wurde definitiv das Grenzabkommen zwischen England, Deutschland und Belgien wegen der Regulierung der Grenze am Rißsee und Ruffi (belgischer Kongo) unterzeichnet.

Ein Reil treibt den andern. Die deutsche Ausfuhr von Kunstprodukten geht seit einigen Jahren ständig zurück, was in der Hauptsache der durch die Zollrückstellungen hervorgerufenen geringeren Aufnahmefähigkeit der Vereinigten Staaten zugeschrieben wird. Während sich der Wert der ausgeführten Waren in den ersten fünf Monaten des Jahres 1907 noch auf 10,55 Millionen Mark bezifferte, betrug er 1908 nur noch 8 1/2 Millionen und im laufenden Jahre stellt er sich sogar nur noch auf 5,37 Millionen Mark. Die Industrie bekommt auf diese Weise den "Segen" der Zollpolitik voll zu spüren. Ein Land nach dem andern treibt seine Hölle in die Höhe und allen voran marschiert Deutschland, dessen Junker und Kartellmagnaten die materiellen Vorteile einer Politik einstecken, die die weiterverarbeitende Industrie zugrunde richtet.

Nein. Der Verband der Vereine deutscher Katholiken im Osten hält seine diesjährige Vertreterversammlung am 3. bis 5. September in Bromberg ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. folgender Antrag: Der Verband der Vereine deutscher Katholiken im Osten wolle an zuständiger Stelle dahin wirken, daß die königliche Anstaltskommission bei Aufstellung von Gütern in Härteren Maße als bisher deutsche katholische Anstalten berücksichtigen, um damit die Mitgliederzahl der Vereine deutscher Katholiken zu vermehren und den politischen Bestrebungen wirksamer entgegenzutreten zu können.

Die Anstaltskommission soll sich also als Werbebureau für die unter kirchlichem Kommando stehenden katholischen Vereine erheben, damit die Position des Zentrums im Osten gestärkt wird. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die ganze Germanisationspolitik nichts weiter ist als ein Vorwand, um die einflussreichsten Parteien und Klasseninteressen zu fördern. Daß man dies aber nur mit so naiver Offenherzigkeit zugibt, passiert doch nicht alle Tage.

Der konservative Abgeordnete Henning, Vertreter des Reichstagswahlkreises Kalau-Ludau will nicht von der politischen Bühne verschwinden. Es wurde kürzlich von ihm berichtet, daß er sich Alterswegen zurückziehen und bei der nächsten Reichstagswahl nicht mehr kandidieren werde. Die konservative Korrespondenz schreibt nun hierzu: „Die sind zu der Mittelung ermächtigt, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht. Herr Henning denkt nicht daran, aus dem parlamentarischen Leben auszuscheiden.“ — Dann werden ihm die Wähler selbst die nötigen „Gesundheitsbrüsketten“ beibringen.

Sanktische Kammernisse. Die Polen halten jetzt, wie die bürgerliche Presse bekümmert melden muß, auch in dem schlesischen Kreis Löwenberg ihren Einzug. Der Bankdirektor Sikorski aus Posen hat das Graupnerische Gut in Köhrsdorf und das 400 Morgen große Vorwerk in Merzdorf für die Firma Drzewski u. Langner (Martin Liebermann) in Posen gekauft, die es sofort mit Gewinn an den polnischen Landwirt Adalbert Nozel aus Mzemieniewice bei Schubin weiterverkauft hat.

Nationalliberale Auffassung. Der Vorsitzende des Varnher Jungliberalen Vereins, Stadtvorordneter Wesper, hat seinen Vorschlag niedergelegt und seinen Austritt aus der nationalliberalen Partei erklärt, um sich der fortschrittlichen Volkspartei anzuschließen.

Das splendide Väterchen Jar. Die Frankfurter Zeitung läßt sich aus Friedberg melden, Väterchen Jar wolle aus eigenem Beute die schweren Kosten der Herrichtung des Friedberger Schlosses zahlen, so daß das heftige Budget dadurch nicht belastet würde. Auch dieses Splendibitum wird die Sympathien für den blutigen Nikolai, der sich zitternd hinter diese Mauern und Ketten von Spiegeln verfrachtet, nicht heben.

Kleine politische Nachrichten. Der Zeichner Mikhael Ostaszkewicz aus Warschau ist unter dem Verdachte der Mitschuld an der Ermordung Rybals verhaftet worden. Das Verbrechen des Ermordeten hat in Krakau ohne Zwischenfall stattgefunden. — Durch kaiserliches Reskript wird die Auflösung des kroatischen Landtages angeordnet. — Die vorläufigen Verhandlungen über Spitzbergen, die seit dem 19. Juli zwischen den Delegierten der norwegischen, der schwedischen und der russischen Regierung gepflogen wurden, sind abgeschlossen worden. — Die persische Regierung hat sich bereit erklärt, sämtliche Verluste zu ersetzen, welche die russischen Unterthanen bei der am vergangenen Sonntag durch die Bakhtiaren erfolgten Plünderung ihrer Häuser erlitten haben. — Nach einer Depesche des Neuziger Herald aus Guatemala sind die Insurgentenführer Bonilla und Christinas mit 60 Mann in der Nähe der Küste von Regierungstruppen gefangen genommen worden.

## Rußland.

Nachkriegsleben durch die Cholera.

Aus Katerinoslaw wird unter dem 6. August telegraphisch: Die Cholera droht die Ernteergebnisse in Rußland zu paralysieren. Die Realisation der Ernte hat begonnen, die Exporteure bestellen täglich im Durchschnitt bis 400 000 Pud, während die Hafenarbeiter infolge der Choleraepidemie auseinanderlaufen.

Der Prozeß gegen die lettischen Revolutionäre.

Mga, 11. August. Im Prozeß der Frauenburger Revolutionäre ist die Verlesung der Anklage beendet worden. Die Hauptpunkte beziehen sich auf die Schlacht gegen die Regierungstruppen bei Kasenpoh, wo die revolutionäre Kenteigelder in Höhe von einer Million Rubel erbeutet wurden, aber völlig geschlagen wurden, auf die Beteiligung an dem Blutbade in Ludum, wo Regierungstruppen überfallen und bestialisch niedergemetzelt wurden, und auf die Beschickung von Militär in Altan. Die Anklageakte umfaßt 70 Seiten und behandelt ausführlich die revolutionäre Tätigkeit des Frauenburger Zentrums in jeder einzelnen Gemeinde, die in der Bildung von Bauernmilizen, in Waffenrauben für den Kampf gegen das Militär usw. bestand. Die Anklage lautet auf Teilnahme am bewaffneten Aufstand zum Zwecke der Errichtung einer lettischen Republik und droht fast allen mit der Todesstrafe.

## Italien.

Die Menterei der Carabinieri in Ronciglione.

Der römische Messaggero berichtet über eine Menterei, die unter einer Abteilung von Carabinieri ausgebrochen ist. Begreiflicherweise halten die Militärbehörden, von denen die Carabinieri abhängen, während die Polizisten dem Ministerium des Innern untergeordnet sind, die Sache auf das ängstlichste geheim. Ueber den Hergang weiß man nur, daß zu den letzten Kommunalwahlen am 3. Juli viele berittene Carabinieri nach Rom gezogen wurden. Nach dem Wahltag wurden sie in die Provinz verteilt, und einige 60 von ihnen wurden zu Pferde nach Ronciglione geschickt, kamen dort todmüde und hungrig nach einem Ritt von 60 Kilometern an und fanden weder Unterkunft noch Verpflegung. Hierüber entrüstet, beschloßen sie, den Dienst zu verweigern. Sie sollen dann den Befehlen des Hauptmanns passiven Widerstand entgegengelehrt haben. Erst längeren Zureden der Offiziere gelang es, die 60 Mann wieder zum Gehorsam zurückzuführen. Es steht fest, daß 12 Carabinieri unter der Anklage der Menterei am 8. d. M. in das Militärgefängnis von Rom übergeführt wurden. Man spricht auch davon, daß einige Offiziere bestraft werden sollen. Ob das die Offiziere sind, die den zum äußersten getriebenen Carabinieri ausgereicht haben,

oder jene andern, die die Mannschaften durch Uebermüdung und Mangel jeder Fürsorge zum äußersten trieben?

## China.

Ein Gegenschlag gegen den russisch-japanischen Vertrag.

London, 11. August. Die Morning Post aus Schanghai meldet, daß der Staatsrat mit Rücksicht auf den russisch-japanischen Vertrag Maßregeln erwog, um die Integrität der Mongolei sicherzustellen, und beschloßen, zwei Divisionen moderner Truppen dorthin zu verlegen, den Unterricht nach dem chinesischen System zu reorganisieren und eine Eisenbahn von Peking aus durch die Mongolei zu bauen. Der Armeeetat ist mit der Ausarbeitung eines Projekts für die Reorganisation und Vermehrung der chinesischen Armee beschäftigt.

Die Lage in Tibet.

Simla, 11. August. In Darjiling eingelaufene Nachrichten besagen, daß sich die Lage in Tibet bessert. Da die chinesischen Truppenbewegungen abnehmen, so wird es jetzt zweifelhaft, ob es nötig ist, daß die britischen Truppen, welche kürzlich Befehl erhielten, sich für den Einmarsch in Tibet bereit zu halten, die Grenze überschreiten.

## Argentinien.

Von der Anarchistenhege.

Buenos Aires, 11. August. Dem Corriere della Sera wird aus Buenos Aires berichtet, daß dort der russische Arbeiter Romanow und der italienische Händler Menzo unter dem Verdacht, die Bomben im Colon-Theater geworfen zu haben, verhaftet wurden. Bei den Festgenommenen sollen Papiere gefunden worden sein, die auf ein geplantes Attentat gegen König Viktor Emanuel hindeuten.

## Sächsische Angelegenheiten.

Nationalliberales Lohwaboju.

Unmittelbar nach Zimmermanns Tode erschienen die Reformen mit der Kandidatur Frischie im 20. Wahlkreis auf der Bildfläche. Die Nationalliberalen erklärten nach der Proklamierung dieser Kandidatur, daß sie für einen Frischie nicht eintreten könnten. Die Reformen antworteten auf diese Absage, daß sich bereits eine ganze Anzahl namhafter Nationalliberaler bereit erklärt habe, schon in der Hauptwahl für Frischie einzutreten. Und als die Nationalliberalen darauf die Nennung von Namen verlangten, traten die Reformen mit den Namen zweier Männer hervor, die die Nationalliberalen allerdings ohne Sorge den Reformen und Blindern überlassen konnten. Der eine war ein Fabrikant, der bis 1906 dem Landtag angehört hat, in den er als Konservativer gewählt wurde. In der letzten Tagung des Dreiklassenlandtags gehörte dieser Herr zu dem Fahnlein der sieben freikonservativen Aufrechten, das sich zwar nicht von den Konservativen getrennt hatte, aber doch eine besondere Gruppe innerhalb der konservativen Partei bildete. In der letzten Landtagswahlbewegung trat dieser Herr zur nationalliberalen Partei über, weil in einigen Versammlungen gegen die Konservativen opponiert worden war und er nur durch diesen Uebertritt sich das Mandat glaubte retten zu können. Dieser Gesinnungswechsel hat ihm jedoch auch nichts genützt, er hatte nur zur Folge, daß er nicht nur von den Konservativen, sondern auch von den Nationalliberalen fallen gelassen wurde. Wenn die Reformen diesen Herrn, der gern eine politische Rolle spielen möchte, jedoch selbst nicht weiß, was er ist und was er will, als hervorragenden Nationalliberalen ausgeben, so konnte die Fraktion Drehscheibe diesen Politiker allerdings mit einer leichten Handbewegung zu den Reformern abschieben. Nicht anders steht es mit der zweiten nationalliberalen Leuchte, die sich im Vorhinein für die Reformenkandidatur erklärt hat. Es ist dies ein Lehrer namens Richter, der nach den Angaben nationalliberaler Blätter einem konservativen Verein angehört soll und in der Tat, namentlich in schulischen Fragen, als ein Erzkonservativer aufgetreten ist.

Nun sind aber die Reformen mit einer ganzen Liste von Namen hervorgetreten, die die Herren von der Fraktion Drehscheibe nicht so leicht abtun können, wie die oben erwähnten beiden Herren. Wir lassen diese Liste hier folgen: Kaufmann Karl Blüher sen., Kaufmann Gerhard Reupert, Bankier Felix Neubert, Hoflieferant Mühl, Hoflieferant Beyer, Fabrikbesitzer Paul Wittig und Fabrikbesitzer Oskar Wittig in Lengsfeld, Ingenieur Richter in Weinsdorf, Vertreter der dortigen Firma Günther u. Richter, Fabrikbesitzer Böttcher in Wartenbüchel (Firma Böttcher u. Söhne), Buchhalter Oswald Weiker in Wolfenstein, Schriftführer des Reichstreuen Vereins für den Amtsgerichtsbezirk Wolfenstein, Fabrikbesitzer Max Weihenborn in Oberau bei Wolfenstein, Fabrikbesitzer Otto Bollert in Streckwalde bei Wolfenstein, Amtsrichter Franz Zimmer in Sanda, Bahnverwalter Binz in Sanda, Fabrikant Hofmann in Friedebach b. Sanda, beide letztere Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei bei der letzten Landtagswahl.

Diese Liste ist schon seit einigen Tagen bekannt. Bis jetzt haben jedoch die Nationalliberalen noch nicht Stellung dazu genommen. Es kann also kein Zweifel mehr sein, daß sich eine ganze Anzahl Nationalliberaler offen nach rechts geschlagen haben und auf die liberale Abmachung mit dem Freistinn pfeifen. Das braucht jedoch weiter nicht zu verwundern, denn das in der nationalliberalen Partei organisierte Großunternehmertum sucht auch heute noch Anschlag nach rechts, wie auch die nationalliberale Landtagsfraktion unter der Führung Hettner in der letzten Tagung ununterbrochen nach rechts geschickt hat. Jedenfalls beweist die reformerische Repetition nationalliberaler Konservativer, daß auf die Nationalliberalen als Bundesgenossen kein Verlaß sein kann. Für das zukünftige Verhältnis zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler wird die reformerische Enthüllung nicht ohne Einfluß sein, denn sie gibt den Fortschrittler das Recht, von den auch für die nächsten ordentlichen Wahlen getroffenen Abmachungen für den 20. und 21. Wahlkreis zurückzutreten und Herrn Stresemann im 21. Wahlkreis seinem Schicksal zu überlassen. Aber freilich, unter den Fortschrittler steht es nicht besser aus, als unter den Nationalliberalen. Wie diese von den Konservativen, so können jene von den Nationalliberalen nicht lassen. Die Reaktion kann mit solchen politischen Wittern nicht bekämpft werden. Das erkennen auch die Wähler immer mehr. Deshalb wenden sie sich wie gegen die Konservativen und Nationalliberalen, so auch gegen die Fortschrittler. In Schöppau-Marienberg haben die Fortschrittler, die ehemaligen Spittentottenhockhären

ihre an und für sich ungünstige Position durch die Verbindung mit den Nationalliberalen nur noch weiter verschlechtert. Das wird der 24. August mit aller Deutlichkeit lehren!

Kasernenkultur.

M. Wegen Mißhandlung, vorchriftswidriger Behandlung und Verleumdung eines Untergebenen stand der Unteroffizier Semveer vom 103. Inf.-Regiment vor dem Kriegsgericht Dresden. Der Angeklagte scheint eine besondere Neigung zu Brutalitäten zu haben, denn er ist bereits wegen vorchriftswidriger Behandlung vorbestraft. Während des Festens hatte die Korporalschaft des Angeklagten einen Befehl mißverstanden und ging insolgedessen in Lauschritt über. Darüber geriet der Unteroffizier in Erregung. Er lief vor die Front und brüllte den Soldaten Wenzel mit erhobener Hand an: „Weiben Sie stehen, sonst hau' ich Ihnen ein paar runter, daß Sie sich in Ihrem eigenen Mist fischen!“ Außerdem fielen Schimpfworte. Als die Soldaten einige Zeit danach im Exerzierhause angegetreten waren, mußte sie auf Befehl des Angeklagten längere Zeit in Frechterschritt stehen und dabei den linken Arm nach vorn strecken. Diese „Übung“ war sehr anstrengend und dem Soldaten Wenzel fing der Arm an herunterzusinken. Das bemerkte der Angeklagte, er trat auf Wenzel zu und versetzte diesem mit den Worten: „Sie Roy-junge, drehtiger, großschauziger“, einen kräftigen Schlag mit der Faust auf den linken Oberarm. W. trug einen blutunterlaufenen Fleck davon und hatte mehrere Tage Schmerzen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß gemeine Ausdrücke und Schimpfworte täglich vom Angeklagten gebraucht wurden. Das Gericht nahm einen „minderschweren“ Fall an, verurteilte die Erregung des Angeklagten und warf ganze 10 Tage mittleren Arrest aus.

Eine ähnliche Erziehungsmethode wendete der Oberjäger Schomer vom 13. Jäger-Batall. an. Er machte eines Tages die Wahrnehmung, daß zwei Soldaten vom Stubendienst ihre Arbeit zu spät begonnen hatten. Sie wurden zur Rede gestellt und gehörig angefnauzt. Einer der Soldaten wurde tüchtig abgeschüttelt und dann zur Tür hinausgeworfen; der andere erhielt Stöße vor die Brust, so daß er zwei Meter zurück gegen einen Schrank slog und dort zusammenstürzte. Verletzungen an Schulter und Hüfte, sowie verstauchte Daumen und einige Tage Dienstunfähigkeit waren die Folgen der Mißhandlung. Der als tüchtiger Unteroffizier geschilderte Angeklagte will die Soldaten „nur etwas geschoben“ haben. Auch für diese Brutalität warf das Dresdener Oberkriegsgericht unter Annahme eines „minderschweren“ Falles ganze 10 Tage mittleren Arrest aus. Das sind keine Strafen, die die Soldatenschinder von Brutalitäten abzuhalten geeignet sind!

Ein betrügerisches Gemeindeoberhaupt. Der Gemeinderat zu Briesenly beschäftigte sich mit der Wasserunterziehungsangelegenheit des früheren Gemeindevorstandes Feigenreff. Gemeindevorstand Winkler beantragte, Feigenreff als Mitglied aus dem Wasserleitungsausschusse auszuschließen. Herr Richter erweiterte diesen Antrag dahin, daß Feigenreff nicht nur aus dem Ausschusse, sondern aus dem Gemeinderate ausgeschlossen werde. Das Amt eines Gemeindevorstandes sei ein Ehrenamt. Herr Schwene beantragte, Strafantrag wegen Betrugs zu stellen. Die Anträge wurden einstimmig angenommen. Die Amtshauptmannschaft wird über diese Anträge zu befinden haben. Feigenreff war etwa 20 Jahre lang Gemeindevorstand in Briesenly, er soll in seinem Walschaufe widerrechtlich einen zweiten Ablaufhahn haben einbauen lassen, um ohne Kontrolle Wasser für seine Zwecke zu verwenden.

er. Die Strafe der Gerichtskosten. Am 16. Oktober v. J. fuhr der Kaufmann Haase aus Hohneln mit seinem Kraftwagen von Hohneln nach Weisig bei Riesa. Durch verschiedene Unvorsichtigkeiten und einem Teil von Glatteis soll er die vorgeführte Schnelligkeit bei weitem überschritten haben. Auf Grund von §§ 17, 28 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 10. September 1906 erhielt Haase ein Strafmandat in Höhe von 40 Mk. oder 8 Tagen Haft. Auf die beantragte richterliche Entscheidung reduzierte das Schöffengericht die Strafe auf 20 Mk. oder 4 Tagen Haft. Das Gericht hatte angenommen, daß Haase durch mehrere Unvorsichtigkeiten übermäßig schnell gefahren sei. Der Angeklagte legte nunmehr Berufung vor dem Landgericht ein und bestritt das übermäßig schnelle Fahren. Das Gericht nahm eine Befristung der Strafe vor und setzte die Strafe auf 10 Mk. oder 2 Tagen Haft herunter. Es war nur ein zu schnelles Fahren durch einen Drübel von Glatteis übrig geblieben. Trotzdem sich die Strafe immer mehr reduziert hatte, waren die Kosten des Verfahrens, hauptsächlich durch die Befristung durch das Gericht, ins Ungemessene gestiegen und standen in gar keinem Verhältnis zur Sache. Haase legte Revision beim Oberlandesgericht ein und hoffte, da die Strafe bis jetzt immer geringer geworden war, ihrer ganz ledig zu werden. Und damit der bedeutenden Kosten ebenfalls. Er machte eine Verjährung des Strafbefehls geltend, da die Anklage von verschiedenen Taten, d. h. das zu schnelle Fahren durch mehrere Unvorsichtigkeiten, spreche. Das Landgericht habe aber nur in einem Falle eine Uebertretung festgestellt. Außerdem müßte, selbst wenn es bei dem einen Falle bliebe, ein Teil der Kosten wegsfallen. Die Revision wurde kostenpflichtig verworfen. Der Verjährungseinwand entzehrte jeder Basis, da das zu schnelle Fahren durch den einen Drübel auch im Strafbefehl Erwähnung gefunden habe. Diese Tat sei ebenfalls Gegenstand der landgerichtlichen Verurteilung gewesen. Wenn auch verschiedene Unvorsichtigkeiten in Frage kämen, so handle es sich doch nur um eine Fahrt, also um eine Handlung. Eine Trennung der Kosten sei deshalb nicht möglich. Interessant an dieser Sache ist der Umstand, daß sich die Strafe in jeder Instanz um die Hälfte reduziert hat, während die Kosten um mehr als das Fünffache gestiegen sind.

Chemnitz. Umfang und Wirkung der Fleischbeschau werden recht deutlich aus dem Berichte der Fleischbeschau über den Schlacht- und Viehhof. Von 16 134 Rindern wurden 72 zur gänzlichen Vernichtung verurteilt, während von 8879 einzelne Teile beschlagnahmt werden mußten, so daß u. a. 7170 ohne jede Beanspruchung blieben; diese betragen also 55% Proz. bei Rindern. Bei den übrigen Tiergattungen ist sie bedeutend geringer. Am kleinsten mit etwa 1%, und 5 Proz. bei Kälbern und Ziegen, springt sie bei Schweinen, Pferden und Schafen auf reichlich 12, bezw. 16 und 18 Proz. und erreicht bei den Hunden die nur von der Rinderbeanspruchung übertroffene Höhe von mehr als 30 Proz., neben denen also die oben erwähnten 55% Proz. stehen. Auf 148 988 Schlachtungen ergaben sich somit 20 080 Beanspruchungen einschließlich 155 Vernichtungen. Von reichlich 1000 Tieren fällt demnach eins der völligen Vernichtung anheim. Die Tuberkulosestatistik weist die höchsten Ziffern auf gegenüber anderen Erkrankungen und zeigt weiter, daß die Stalltiere leichter und häufiger an Tuberkulose erkranken als die, sagen wir Freilufttiere. Von Schafen, Pferden und Hunden weisen nur 0,03, 0,11 und 0,14 Proz. Tuberkulose auf, von Schweinen schon 5%, Proz. Beim Rindvieh scheint die Statistik der Tuberkuloseerkrankungen auf über 48 Proz. in die Höhe. Allerdings zeigt die Statistik auch die unbedeutendsten Krankheitsfälle an, denn von beinahe 7000 als krank bezeichneten Rindern mußten nur 25 vernichtet, 165 der Freibank überwiegen werden (dazu 30 wegen anderer Krankheiten), die weitaus meisten sind also immer noch bankwürdig. Schweine wanderten 144 auf die Freibank (wegen Tuberkulose 330), welche insgesamt für reichlich 60 000 Pf. Fleisch im Gewicht von 152 800 Pfund







Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. August.

Geschichtskalender. 12. August 1720: Der Schauspieler Konrad Ehsop, der Schöpfer der deutschen Schauspielkunst, in Hamburg geboren († 1778). 1848: George Stephenson, der Hauptbegründer des Eisenbahnwesens, in Waptonhouse bei Chesterfield gestorben (\* 1781). 1874: Fritz Reuter gestorben. 1871: Kongress in Dresden. 1901: Der Polarforscher Adolf Erik Nordenskiöld auf seinem Landgute Dalbyd bei Sund gestorben (\* 1832).

Sonnenaufgang: 4,37, Sonnenuntergang: 7,31. Mondaufgang: 12,44 nachm., Monduntergang: 10,4 nachm.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 13. August. Südwestwinde, heiter, wärmer, trocken.

Die Frauen in den Krankenkassen.

Man schreibt uns: Die rapide Zunahme der Frauen-erwerbsarbeit spiegelt sich naturgemäß auch in der steigenden Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder. Hier tritt die steigende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft sogar am schnellsten in die Erscheinung und hier läßt sie sich auch am schnellsten statistisch erfassen. Je größer die Zahl der weiblichen Kassenmitglieder, desto ernster aber wird für sie das Pflichtgebot, sich an der Verwaltung der Kasse, an der Ausgestaltung ihrer Leistungen zu beteiligen. Denn hierzu ist den Frauen die Möglichkeit gegeben, weil sie als Krankenkassenmitglieder das aktive und das passive Wahlrecht zu dem Vertreterkörper haben.

Bei Krankenkassen mit 500 und mehr Mitgliedern bilden bekanntlich nicht die Mitglieder die Generalversammlung der Kasse, sondern die Mitglieder haben Vertreter zu wählen, und diese bilden die Generalversammlung. Die Frauen, die Mitglieder der Krankenkasse sind, haben nun, genau wie die männlichen Mitglieder, das Recht, diejenigen ihrer Kollegen und Kolleginnen als Vertreter vorzuschlagen und sie zu wählen, zu denen sie das meiste Vertrauen haben. Sie haben aber auch das Recht, als solche Vertreter vorgeschlagen und gewählt zu werden. Im Interesse der Frauen, ja der Gesamtarbeiterschaft liegt es nun, daß die weiblichen Mitglieder in ausgiebiger Weise von diesem Recht Gebrauch zu machen. Warum das? Die Generalversammlung (1/2 Unternehmer, 1/2 Arbeiter) hat das Statut der Kasse festzulegen und event. zu ändern, und sie hat den Vorstand zu wählen. Zwei wichtige Aufgaben der Verwaltung! Wie wichtig die sorgfältige Auswahl der Vorstandsmitglieder ist, bedarf keines weiteren Nachweises. Neben ihrer geschäftlichen Tüchtigkeit kommt es vor allem auf ihr soziales Verständnis, ihren sozialen Weitblick an. Nun aber zu den Statutänderungen: Durch eine Statutänderung können die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse um ein ganz Beträchtliches erhöht werden. So kann z. B. bestimmt werden, daß Krankenunterstützung von 28 Wochen auf 52 Wochen verlängert wird, daß das Krankengeld vom ersten Tage der Erkrankung an und auch für Sonn- und Festtage zu zahlen ist, daß das Krankengeld von 1/2 bis zu 3/4 des durchschnittlichen Tagelohns zu erhöhen ist. Es kann den Erkrankten neben Kur und Verpflegung im Krankenhause ein Krankengeld bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Tagelohns auch dann gewährt werden, wenn er nicht den Unterhalt von Angehörigen aus seinem Lohn zu bestreiten hat. Für die Dauer eines Jahres, nach Beendigung der Krankenunterstützung kann eine Fürsorge für den Genesenden gewährt, dieser namentlich in einem Genesungsheim untergebracht werden. Den Schwangeren, denen heute nach den gesetzlichen Mindestleistungen keine Unterstützung zusteht, kann durch Statut eine solche auf die Dauer von 6 Wochen gewährt werden in der Höhe der Hälfte bezw. 3/4 des durchschnittlichen Tagelohns. Die Wöchnerinnenunterstützung für 6 Wochen kann gleichfalls von 1/2 auf 3/4 des durchschnittlichen Tagelohns erhöht und ärztliche Behandlung sowie Hebammendienste freigestellt werden.

Schwangerenunterstützung in der gleichen Höhe, desgleichen freie ärztliche Behandlung kann auch den Frauen der Mitglieder gewährt und den sonstigen nicht versicherungspflichtigen Familienmitgliedern kann ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel gewährt werden.

Durch Statutänderung kann das Sterbegeld verdoppelt, das heißt auf den vierzigfachen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns erhöht werden, und es kann beim Tode der Ehefrau oder eines Kindes eines Versicherten gleichfalls ein Sterbegeld gewährt werden. Ein großer Teil jener Leistungen, die wir als Obligatorium fordern, kann also schon heute durch Statut festgelegt werden. Die Frauen könnten ferner dafür eintreten, daß weibliche Ärzte und weibliche Kontrolleure in größerer Zahl angestellt werden. Damit ist unsern Genossinnen wohl hinlänglich bewiesen, von welcher Wichtigkeit die Zusammenfassung der Generalversammlung ist, die das Statut zu beschließen hat, wie wichtig also die Ausübung des Wahlrechts bei den Vertreternwahlen zur Generalversammlung ist. Doch neben diesem praktischen Nutzen, den die Ausübung des Frauenwahlrechts und die Teilnahme der weiblichen Mitglieder an der Kassenverwaltung ihnen bringen kann, erzielen sie auch noch einen hohen ideellen Vorteil. Der besteht darin, daß die Frauen durch ihre Mitbeteiligung die soziale Gesetgebung kennen lernen, daß ihr soziales Empfinden und Verfehlen geweckt und entwickelt wird und daß der Gedanke von der Wichtigkeit und der Bedeutung des Frauenwahlrechts nicht nur zu den Krankenkassen, sondern des Frauenwahlrechts zu allen gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften weitere Kreise erfährt und festere Wurzeln schlägt.

Aus diesen Erwägungen heraus ist deshalb im vergangenen Jahre vom Parteivorstand und der Generalkommission an alle örtlichen Parteileitungen und Gewerkschaftskartelle ein Zirkular gegangen, das zur Propaganda unter den weiblichen Kassenmitgliedern auffordert. Ein populär gehaltenes Flugblatt, das die Frauen zur Ausübung ihres Wahlrechts in den Krankenkassen aufrief,

ward gleichzeitig vom Frauenbureau zur Verfügung gestellt. In 160 000 Exemplaren ist das Flugblatt verlangt worden. Gewiß viel zu wenig. Aber immerhin erleichtert man an dieser Zahl schon, was von der offiziellen Notiz zu halten ist, die am 6. August in der Deutschen Tageszeitung und der Post gebracht und von den meisten Parteizeitungen übernommen und mit einer kritischen Fußnote versehen ward. Es hieß in dieser Notiz unter anderem:

„Die Wählbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsträger der Krankenversicherung zugelassen war, soll entsprechend dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die den Frauen in erster Linie zugute kommende Hinterbliebenenversicherung auch auf die Versicherungsträger der Unfallversicherung, die Berufsgenossenschaften, und auf die Invalidenversicherungsanstalten ausgedehnt werden. Nun fordert allerdings ein Teil der Frauenvereine auch das Wahlrecht zu allen Versicherungsbehörden. Wenn aber die Reichsregierung dieser Forderung grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, so ist sie dabei in der Lage, sich auf die Tatsache zu berufen, daß die Wahlbeteiligung der Frauen bei den Krankenkassen, wo sie seit 27 Jahren das Wahlrecht haben, ganz gering gewesen ist. So hat bei den Krankenkassenwahlen in Leipzig von 42 000 Frauen keine einzige gewählt. Ebenso war in Hamburg-Altona eine völlige Wahlenthaltung der Frauen zu verzeichnen. In Frankfurt a. M. wählten von 20 000 versicherten Frauen 132. In der Berliner allgemeinen Ortskrankenkasse beteiligten sich von 40 000 Frauen 24 an der Wahl.“

Daß der reaktionäre Offiziosus, der diese Notiz verbrach, ganz elend geschwindelt hat, beweist auch die Tatsache, die uns aus Hamburg bekannt ist, daß bei der kaufmännischen Ortsklasse die Beteiligung der weiblichen Wähler seit Jahren sehr gut ist, das gleiche ist zu melden von der Berliner kaufmännischen sowie von der Schneider-Ortskrankenkasse. In Leipzig sind 1907 nicht weniger denn 3129 Frauen zur Krankenkassenwahl gegangen, wie auf der Frauenkonferenz in Mannheim berichtet ward, wobei zu berücksichtigen ist, daß ein großer Teil der weiblichen Kassenmitglieder in noch nicht wahlfähigem Alter steht. 1908 betrug die Mitgliederzahl 162 480, darunter 115 659 Männer und 46 830 Frauen. In Chemnitz wählten im selben Jahr 1716, und in Dresden war im Jahr 1909, dank der starken Beteiligung der Frauen, ein glänzender Sieg der vom Kartell aufgestellten Kandidatenliste zu verzeichnen. Außer den freilorganisierten Arbeiterinnen hatten sich auch die christlichen Arbeiterinnen an der Wahl beteiligt. Immerhin muß die Beteiligung in Zukunft noch eine weit bessere werden aus den oben dargelegten Gründen. Geht es das, dann ist den reaktionären Parteien auch gleichzeitig die Möglichkeit genommen, die laue Beteiligung der Frauen an den Wahlen auszuspielen gegen eine Erweiterung des Frauenwahlrechts.

Ausdehnung der Sonnabendveranstaltungen bis 2 Uhr nachts. Der Vorstand des Landesverbandes der Saalinhaber hat an das Ministerium des Innern folgende Eingabe gerichtet:

Nachdem die beiden hohen Ständekammern des letzten Landtages die Infrage Brodhaus und Genossen: Abkürzung der stillen, geschlossenen Zeiten vor Ostern und Weihnachten, als auch Verringerung des Sonntagbrunnenfestes vom 10. September 1870 in den Wenzelskirchen sowie im Vereinigungsverfahren mit verschiedenen Änderungen angenommen und die Staatsregierung durch ihre hierzu berufenen Vertreter die Erklärung abgegeben hat, im Sinne der gesuchten Beschließung Entschlüsse zu treffen, auf dem Verordnungswege Bestimmungen hierüber herauszugeben, erwartete man in gewerblichen Kreisen eine recht baldige Erledigung dieser Angelegenheit. Unsere Wünsche haben sich bedauerlicherweise nicht erfüllt, auf mündliche Erkundigung mußten wir in Erfahrung bringen, daß sich der Zeitpunkt noch nicht bestimmen lasse, an welchem die Verordnung in Kraft trete. Dem unterzeichneten Vorstand liegt völlig fern, einem geehrten königlichen Ministerium zu nahe treten zu wollen, jedoch drängt die bevorstehende Winterferien heftig auf die Befreiung der Säle zu Vergnügungen an Sonnabenden dazu, allen Verbandsmitgliedern endgültigen Bescheid zukommen zu lassen, mit welchem Tage das abgeänderte Sonntagbrunnenfest in Kraft tritt. Wir bitten deshalb eine hohe Staatsbehörde, uns recht bald im gewünschtesten Sinne Bescheid zu geben, wofür wir uns schon heute zu Dank verpflichtet fühlen.“

Wenn jetzt das Ministerium dem in Ergebnis erstehenden Saalinhaberverband den Wunsch nicht erfüllt, dann hilft kein Mittel mehr, es zur Erfüllung des Wunsches zu veranlassen.

Unfälle durch Kraftfahrzeuge. Nach der Statistik hat im Jahre 1909 die Zahl der Unfälle durch Kraftfahrzeuge sich von 4864 auf 5000 gehoben. Die Zahl der deswegen unabhängig gemachten Strafverfahren hat dagegen von 480 (1908) auf 402 abgenommen. Ebenso ist die Zahl der Verurteilungen von 314 auf 290 zurückgegangen. Auf Verurteilungen kommen 335 Unfälle, 110 Strafverfahren und 76 Verurteilungen. Im ganzen wurden 2055 Verurteilungen von männlichen Personen (187 Führer, 208 Insassen, 1500 dritte Personen) gezählt. Geädert wurden im ganzen 110 (12 Führer, 19 Insassen, 79 dritte Personen). Auf das weibliche Geschlecht treffen „nur“ 570 (ein Führer, 121 Insassen, 448 dritte Personen) Verurteilungen, und 31 tödliche Unfälle (3 Insassen, 29 dritte Personen).

Großes Feuer in der Sternwartenstraße. Gestern nachmittag in der 4. Stunde entstand in dem alten Gebäude Sternwartenstraße 65 Feuer, und zwar in einem mit altem Gerüst gefüllten Keller. Die Feuerwehr, die gegen 3/4 Uhr an der Brandstelle erschien, fand schon eine gefährliche Sachlage vor. In dem Keller hatten sich vermutlich Gas entwickelt, und als nun eine Frau, die den Brandgeruch wahrgenommen hatte, mit offenem Licht den Keller betreten wollte, erfolgte eine Explosion mit großem Knall. Bei der Explosion zersprangen eine ganze Anzahl Fenster, und im Augenblick war auch das Treppenhaus so vollständig verqualmt, daß ein Betreten desselben unmöglich wurde. Da bekannt wurde, daß noch Menschen in den Wohnungen waren, wurden sofort von außen die Rettungsleitern angelegt und die Wohnungen von den Feuerwehrleuten durchsucht. Im zweiten Stock fand ein Feuerwehrmann zwei Kinder, die er über die Leiter in Sicherheit brachte. In der dritten Etage besand sich noch eine ganze Familie, Eltern und drei Kinder, die in der Angst auf das Dach des Hauses und von dort auf das flache Dach des Nebenhauses geflüchtet waren. Erst als man Gewißheit hatte, daß keine Menschen mehr in dem Grundriß waren, wurde an die

Löschung des Feuers gegangen, die ebenfalls noch durch den starken Qualm große Schwierigkeiten bereitete. Mehrere Feuerwehrleute wurden mit dem Stoschen Rauchhelm ausgerüstet, und nun erst konnte mit der Dampfstrike und einer Schlauchleitung energisch gegen das Feuer vorgegangen werden, das denn auch nach etwa einstündiger Arbeit gelöscht war. Der entstandene Schaden ist sehr bedeutend, da nicht weniger als 30 Fensterscheiben teils durch die Explosion, teils durch die Feuerwehr zertrümmert wurden, außerdem hat das Treppenhaus stark gelitten. Kurz nach 5 Uhr rückte die Feuerwehr wieder ab.

Ein kleiner Brand entstand gestern noch im Hause Weisenburgstraße 21, wo Brickets durch Wärmeübertragung in Brand geraten waren. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte das Feuer schnell löschen.

Sundewettrennen. Der Neue Leipziger Tierchutzverein er- sucht uns um Aufnahme des folgenden:

Ein Sundewettrennen unter den Veranstaltungen des S. Wettin-Bundeschießens in Großenhain! Wie in aller Welt kommt der Festausschuss auf den Gedanken einer solchen Veranstaltung und was bezweckt er mit ihr? Der Hundezucht wird er doch nicht etwa aufhelfen wollen. Erstens ist das nicht nötig. Noch nie ist irgendwie ernstlich behauptet worden, daß man Wettrennen zur Förderung der Hundezucht brauche. Und zweitens wäre dazu ein Schützenbund wohl die zulezt berufenen Stelle. Dafür sind hunderte von Hundezucht- und Hundeliebhabervereine im Reiche da. Es bleibt also nur die Vermutung, daß damit eine Volksbelustigung geboten werden soll. Gegen einen derartigen Sinn- und zwecklosen, Menschen und Tiere in gleicher Weise entwürdigenden Mißbrauch von Tieren erheben wir hiermit protestierend und warnend unsere Stimme, in der festen Überzeugung, daß wir damit bei dem denkenden und gesund empfindenden Teile unserer Mitbürger Zustimmung finden werden. Tiere, immer wieder Tiere, nichts als Tiere für öffentliche Schaustellungen, Tiere als Gauner, Wägenmacher und Handwerker! Hat sie denn die Natur dazu geschaffen oder glaubt man, daß es der Menschheit, eines Kulturvolkes, das wir zu sein behaupten, des Volkes der Dichter und Denker, wie wir uns so gern nennen, Aufgabe und würdig ist, sie dazu zu machen? Gibt es wirklich für den Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts, des hochgeprägten, nichts anderes, nichts edleres? Vielleicht — der Schritt ist nicht groß — veranstaltet man das nächste Mal einen Dornentanz, oder man versucht so ein kleines Stiergefecht durchzuführen und sich so den Wölfen nahezubringen, auf die man im Gefühle seiner sittlichen Überlegenheit so sehr von oben herabzublicken beliebt. Wir bebauern aufs tiefste, daß das Fest eines großen und angesehenen Bundes eine derartige Begleiterscheinung aufweist, und wir haben das königliche Ministerium des Innern gebeten, in letzter Stunde die Abhaltung des Hundewettrennens zu verhindern, wenn ihm die Möglichkeit dazu gegeben ist. An unsere Mitbürger aber richten wir die Bitte, sich unserm Widerspruch anzuschließen, auch dadurch, daß sie sich dem unedlen Schaustpiel fernhalten.

Veranstaltungen der Jugendvereine vom 12. bis 18. August.

Leipzig, Freitag, den 12. August, zwei Vorträge von zwei Genossen aus dem Kursus: Die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit. Sonntag, den 14. August, Bahnausflug nach dem Feiler Forst. Treffpunkt früh 7 Uhr an dem Wagwitz Bahnhofs. — E. Connewitz. Sonntag, den 14. August, Spelandsflug. Treffpunkt um 8 Uhr am Sächsischen Haus. — E. Gutzwiller. Sonntag, den 14. August, Tagespartie in die Dahleiner Heide. Donnerstag, den 18. August, Les- und Diskussionsabend. — E. Gohlis. Sonntag, den 14. August, abends 8 Uhr, Bunter literarischer Abend. Donnerstag, den 18. August, Abendspaziergang. Treffpunkt 1/9 Uhr am Vereinslokal. — E. Meisinghofer. Sonntag, den 14. August, zweites Stiftungsfest in der Windmühle. Beginn 5 Uhr. Mittwoch, den 17. August, Spielabend im Freien. Treffpunkt 1/8 Uhr an der Windmühle. — E. Mödtern. Sonntag, den 14. August, Bahnausflug nach Zeit. Näheres wird noch bekannt gegeben. Donnerstag, den 18. August, Vortrag über Heinrich Heine. — E. O. Sonntag, den 14. August, Bahnausflug ins Mühlthal. Abfahrt 8 Uhr 55 Minuten von Zwickauer Bahnhof. Die Teilnehmer gehen um 6 Uhr vom Bahnhofsborser Markt ab. Die nicht mitfahrenden Mitglieder beteiligen sich am Sommerfest des Ortsvereins im Schützenhaus und Albertgarten. Mittwoch, den 17. August, findet der angelegte Vortrag über Wilhelm Liebknecht statt. — E. Wagwitz. Lindenau-Schießtag. Sonntag, den 14. August, Bahnausflug nach dem Feiler Forst. Treffpunkt früh 1/5 Uhr am Wagwitz Bahnhofs. Abfahrt 4 Uhr 34 Minuten. Für die, die am Bahnausflug nicht teilnehmen können: Tagesausflug nach den Parkwäldungen. Abmarsch Punkt 7 Uhr von Karl-Heine-Platz. Jeder Teilnehmer sorge für reichlichen Proviant. Wiederlicher nicht vergessen! Freitag, den 19. August, Diskussionsabend. — E. Siederer. Sonntag, den 14. August, Beteiligung am Sommerfest des Ortsvereins. Treffpunkt um 2 Uhr im Deutschen Haus. — E. Thonberg. Sonntag, den 14. August, Waldfest im Oberholz. Große Ueberzählungen. Früh 7 Uhr Treffen am Ostplatz. — Wählig-Engenberg. Sonntag, den 13. August, Nachtansflug nach Bötzig. Abmarsch 8 Uhr von Nebels. Wiederlicher mitbringen. Mittwoch, 24. August, abends 1/9 Uhr, im Restaurant zur Bärle (Angermann): Vortrag über Erziehungsweisen. — Schnefeld. Sonntag, den 14. August, Gefelliger Abend im Vereinslokal, Bad Nothfeld. Donnerstag, den 18. August, Experimentavortrag über die Elektricität. — Bahren. Sonntag, den 14. August, Tagespartie nach Rodlitz. Abmarsch früh 4/4 Uhr vom Vereinslokal. Mittwoch, den 17. August, abends 8 Uhr, Vorlesungen. — Schenk. Sonntag, den 14. August, nachmittags 3 Uhr, Spiele im Freien (Bürgergarten). Abends 7 Uhr, Besuch des Wiederabends des Sängervereins Vorwärts im Stadigarten (Salkische Straße). Donnerstag, den 18. August, abends 8/8 Uhr, im Deutschen Haus, Vortrag über: Ehret die Frauen.

Dem gehört das Tuch? Ein Unbekannter machte sich am vergangenen Dienstag auf dem Weyerschen Bahnhofs an einem dort stehenden mit Ziegeln beladenen Wagen zu schaffen. Als er sich von Bahnbeamten beobachtet sah, ergriff er die Flucht. Beim Nachsehen fand man dann in der Schloßkammer des Wagens einen E. K. 67 002 gezeichneten kleinen Ballen Tuch, der offenbar gestohlen ist.

Festgenommen. Am 8. August wurde ein Handwerker im König-Albert-Park von einer Anzahl Schulmädchen darauf aufmerksam gemacht, daß sie von einem Herrn auf dem am Ende des Parkes und der Sachsen-Allee liegenden Promenadenstängel dadurch belästigt worden seien, daß ihnen derselbe eine Anzahl gemeiner Bilder gezeigt habe. Der Handwerker veranlaßte die Festnahme des Menschen, eines 35 Jahre alten, hier wohnenden Architekten, und wurden eine ganze Anzahl derartiger Abbildungen bei ihm vorgefunden. Der Kriminalpolizei liegt es nun daran, die Schulmädchen zu ermitteln, die den Handwerker auf den Namen aufmerksam machten, und ist es erwünscht, wenn diese sich bald melden.

Taschendieb. In einem Warenhause am Königsplatz entdeckten Taschendiebe einer Dame ein Portemonnaie mit über 100 Mark.



Der Kampf gegen Reliquien.

Im Anschluß an den Artikel der Genossin Luxemburg: Der Kampf gegen Reliquien, in der Dienstagsnummer der Volkszeitung schickte man uns gestern folgenden Brief aus Steglitz, den wir hiermit abdrucken:

Steglitz-Berlin, 10. August 1910.

An die Redaktion der Leipziger Volkszeitung Leipzig.

In Ihrer Nummer vom gestrigen Tage veröffentlichten Sie eine Polemik der Genossin Luxemburg gegen einen von mir verfaßten Leitartikel der Neuen Zeit, die von der Redaktion der Neuen Zeit zurückgewiesen worden ist. Ich bin formell dafür nicht verantwortlich, mache aber kein Hehl daraus, daß ich, wenn mir die Entscheidung zugestanden hätte, ebenso gehandelt haben würde.

Bei dem hohen Wert, den ich auf die Ansicht der Genossin Luxemburg lege, hatte ich mich gegen einen schweren Vorwurf, den sie meiner Tätigkeit für die Neue Zeit macht, rechtfertigen zu sollen geglaubt. Wenn sie mich nun zur Strafe für diese Verwegenheit mit einer Futur zener blendenden Geistesblitze überschüttet, in denen sie unbestritten Meisterin ist, so würde die Redaktion der Neuen Zeit, soweit ich sie kenne, dafür wohl unter andern Umständen, schon aus ästhetischem Wohlgefallen an diesem anmutigen Rätselspiel, einen bescheidenen Platz übrig gehabt haben. In der gegenwärtigen Zeit jedoch, wo die Genossin Luxemburg den immerhin beschränkten Raum einer Wochenschrift in einem Maße beansprucht und auch eingeräumt erhalten hat, die objektiv zur ärgsten Ungerechtigkeit gegen andre Mitarbeiter wird — innerhalb zweier Monate hat sie über 54 Druckseiten zur Polemik gegen die Redaktion verfügen können — so hat diese Redaktion, wie ich annehme, schließlich doch eine Grenze ziehen müssen, wo die Klärung sachlicher Streitfragen aufhört und nur die Befriedigung rein persönlicher Empfindungen ins Spiel kommt.

Sollte ich auch nur rein persönlichen Empfindungen gehorchen, so würde ich bei meiner Verehrung für die Genossin Luxemburg mir daran genügen lassen, ihre Freude darüber, daß sie durch den Abdruck ihrer Polemik in der Leipziger Volkszeitung nun doch ihr Ziel erreicht hat, aus treuem Freundesherzen zu teilen. Aber da es den Leipziger Parteigenossen, soweit ich sie aus vergangenen Tagen kenne, auch um ein Urteil in der Sache zu tun sein wird, so muß ich schon erfragen, den beistehenden Artikel, auf den sich die Polemik der Genossin Luxemburg bezieht, wörtlich abdrucken, ebenso wie diese Zeilen.

F. Mehring.

Der Artikel der Neuen Zeit hat folgenden Wortlaut:

Die Art, wie im Vorwärts und an dieser Stelle die Erhöhung der preussischen Zivilliste besprochen worden ist, hat im vorigen Heft der Neuen Zeit einen herben Tadel erfahren. Es ist gesagt worden, nicht von der politischen Seite, sondern hauptsächlich als Geldfrage, als Frage des Einkommens der Familie Hohenzollern sei die Erhöhung der Zivilliste behandelt und mit mehr oder weniger Witz dreitgetreten; nicht mit einer Silbe sei die republikanische Lösung in unsern beiden leitenden Organen ausgebeugnet worden. Und man hat daran die Frage geknüpft, mit welchem punktierten Objektiv Karl Marx wohl diese „Zinse“, diese Art Republikanismus, innerhalb der Grenzen des politisch Erlaubten und politisch Unerlaubten belegt haben würde. Gleichwohl ist die Antwort auf diese Frage sehr leicht. Hätten der Vorwärts und die Neue Zeit die Erhöhung der preussischen Zivilliste bemerkt, um die republikanische Lösung ausgebeugnet, hätten sie die Kostspieligkeit der Monarchie als Selbstzweck für die Republik angemahnt, etwa am französischen oder nordamerikanischen Staatshaushalt verglichen, was unsre dreißig und mehr Duodezblätter zählen müssen, um verwallt und gemahregelt zu werden, so würde Marx von den, postierenden Anschlägen einer eingebildeten Demagogie“ gesprochen haben.

Nämlich, um mit Heine zu reden: „Das alles, meine Silbe, ist uns schon einmal geschehen.“ Zur Zeit, wo Karl Heine die Parole ausgab: „Ihr wollt den Akt der Zeit auf soziale Fragen legen, und ihr seht nicht ein, daß es keine wichtigere soziale Frage gibt, als die nach Königtum und Republik.“ Ohne Zweifel war Marx Republikaner und ohne Zweifel ist die deutsche Sozialdemokratie republikanisch gesinnt, woraus jedoch noch nicht folgt, daß sie die Monarchie vom verkehrten Ende zu bekämpfen braucht. Etwas weniger wie man einem Ritter, der sein Pferd nicht am Schwanz ausführen mag, deshalb den Vorwurf machen darf, daß er nicht reiten will.

Der Vorwärts und die Neue Zeit haben die Erhöhung der Zivilliste allerdings auch von der politischen Seite bekämpft: als eine neue Belastung der ohnehin bis auf Haut und Knochen ausgepowerten Volksmassen, als einen Anspruch der Monarchie, der sie diesen Massen, so unerschütterlich macht. Aber darüber hinaus sind sie nicht gegangen, aus dem einfachen Grunde nicht, um die Ziele des proletarischen Klassenkampfes nicht zu verfeinern, um nicht den trügerischen Anschein hervorzurufen, als ob es sich bei der Frage: Monarchie oder Republik? darum handle, daß jene etwas lustspieliger und diese etwas wohlfeiler wirtschaftet. Dies Problem war wohl geeignet, die vorwärtigen Vorkämpfer der Demokratie zu laffen, die, um mit Marx zu sprechen, jenem idiotischen Kaufmann gleichen, der die Kaufmannskriege seines reichen Nivalen kopieren wollte, um durch diese Kopie auch in den Besitz des beneideten Reichtums zu gelangen, aber für den proletarischen Klassenkampf ist es ganz nebensächlich.

Indem Marx und Engels schon vor der Märzrevolution absehnten, daß in diese nebensächliche Frage zu verbeissen, wurden sie von Heinen und Genossen beschuldigt, daß sie „den Fäusteln eine revolutionäre Fontanelle schürten“ wollten. Darauf antwortete Marx: „Die deutschen Arbeiter wissen sehr wohl, daß die absolute Monarchie keinen Augenblick schwankt oder schwanken kann, sie im Dienste der Bourgeoisie mit Kanonengütern und Peitschenhieben zu verwalten. Warum sollten sie also die brutale Plakerei der absoluten Regierung mit ihrem halbfeudalen Gefolge der direkten Bourgeoisie vorziehen? ... Die Arbeiter wissen, daß die Abschaffung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse nicht herbeigeführt wird durch die Erhaltung der feudalen. Sie wissen, daß durch die revolutionäre Bewegung der Bourgeoisie gegen die feudalen Stände und die absolute Monarchie ihre eigene revolutionäre Bewegung nur erleichtert werden kann. Sie wissen, daß ihr eigener Kampf erst andrenken kann an dem Tage, wo die Bourgeoisie gesteht hat. Trotz alledem teilen sie die bürgerlichen Illusionen des Herrn Heinen nicht. Sie können und müssen die bürgerliche Revolution als eine Bedingung der Arbeiterrevolution mitnehmen. Sie können sie aber keinen Augenblick als ihren End-

zweck betrachten.“ Wenn also Marx, da er einmal zum Schiedsrichter über den Vorwärts und die Neue Zeit ausgerufen worden ist, anders recht hat, so besteht das Verbrechen dieser armen Sünden darin, daß sie sich keinen „bürgerlichen Illusionen“ darüber hingegeben haben, wie der Kampf gegen die Monarchie zu führen ist.

Nun soll „die rührende Einmütigkeit sämtlicher bürgerlicher Parteien bei der byzantinischen Verhandlung der Vorlage (über die Zivilliste) wieder einmal drastisch gezeigt haben, daß die republikanische Lösung in dem heutigen Deutschland zum Erkenntniswort der Klassencheidung, zur Parole des Klassenkampfes“ geworden sei. Wenn dem so sein sollte, so ist die sozialdemokratische Partei allerdings von jeder auf Irwegen gewandelt. Denn diese „rührende Einmütigkeit sämtlicher bürgerlicher Parteien“ besteht schon sehr lange. Hören wir auch darüber Marx, der ja nun einmal Schiedsrichter sein soll: „Nur durch persönliche Vorurteile sind den Fäusteln die Hände gebunden durch eine ganze Zivil-, Militär- und Passenbureaukratie — Bestandteile der absoluten Monarchie, die ihre herrschende Stellung keineswegs mit einer dienenden gegen die Bourgeoisie vertauschen wollen. Andererseits halten die feudalen Stände zurück, bei denen es sich um Sein oder Nichtsein, das heißt um Eigentum oder Expropriation handelt. Es ist klar, daß der absolute Monarch trotz aller servilen Subdigungen der Bourgeoisie auf Seite dieser Stände steht.“ Die Bureaokratie und die feudalen Klassen bewilligen der Monarchie als ihrem Werkzeug gern ein paar Milliarden jährlich mehr, und die liberale Bourgeoisie tut das gleiche, aus „serviler Subdignung“, in der kindlichen Hoffnung, die Monarchie dadurch für sich zu gewinnen.

Von dieser „servilen Subdignung“ haben wir eben jetzt ein erbauliches Stückchen erlebt. Vor einigen Wochen war an dieser Stelle die preussische Königin Luise erwähnt worden: mit ausdrücklicher Zurückweisung der übertriebenen Anschuldigungen, die Alexander v. Humboldt gegen ihren Charakter gerichtet, aber unter Anerkennung der historischen Tatsache, daß sie sich mit dem gemeinsten Paar von Bureaokraten und Junkern verbunden hat, um den Reformminister v. Stein zu stützen, weil er sich gewiegert hatte, öffentliche, für die Wiederherstellung der Provinz Disziplin bestimmte Gelder anzuwenden für die Unkosten einer prunkhaften Bergbauausstellung, die die Königin nach Petersburg, an den Hof ihres „einzigen Alexanders“ plante. Diese Tatsache ist ganz unanfechtbar, dudenfalls bezeugt gerade durch preussische Patrioten, wie dem Feldmarschall v. Boyen; aber trotzdem beist sie die Nationalliberale Korrespondenz, das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, unter einer Flut gemeiner Schimpfworte, die wir der edlen Volkspartei für Besch und Bildung gern schenken, die Neue Zeit dem Staatsanwalt wegen „Beleidigung des preussischen Königshauses“ zu denunzieren.

Auf eine ähnliche Denunziation eines Liberalen oder gar freisinnigen Blattes hin, auch der besagten Luise wegen, wurde vor einiger Zeit der Genosse Marxwald von der Königsberger Volkszeitung zu einer ungläublich hohen Strafe verurteilt, wenn wir nicht irren, zu fünfviertel Jahren Gefängnis. Gegenwärtig steht Genosse Marxwald wieder vor den richterlichen Schranken, weil er in den Debatten über die Erhöhung der Zivilliste den ganz harmlosen und, wie uns scheinen will, recht zweckmäßigen Vorschlag gemacht hat, daß wenn fünfzehn Millionen Mark jährlich nicht ausreichen, um eine wachsende Zahl verheirateter Prinzen zu unterhalten, diese erlauchten Persönlichkeiten ja eine produktiv nützliche Tätigkeit entfalten könnten, sei es auf dem Gebiet der Wissenschaft — einer von ihnen hat ja wohl seinen Doktor gemacht, und noch dazu mit einer rühmlichen Geschwindigkeit, die kein profaner Sterblicher je erreicht hat —, sei es auf dem Gebiet der Industrie, denn daß alle preussischen Prinzen ein Handwerk lernen müssen, ist uns allen schon als Beweis für die Zweckmäßigkeit ihrer Existenz auf den Schulbänken eingepaukt worden. Ob Genosse Marxwald auch in diesem Falle das Opfer einer liberalen Denunziation geworden ist, wissen wir im Augenblick nicht; immerhin hielten wir es für nicht, auch diesen Fall mit heranzuziehen, da unsern Erwähnung bisher die Parteipresse noch nicht genügend Marx geschlagen hat über einen Akt bürokratischer Verfolgungssucht, den wir unerschrocken nennen würden, wenn überhaupt noch etwas in der preussischen Bureaokratie unerhört sein könnte.

Also die rührende Einmütigkeit, womit sich alle bürgerlichen Parteien um die Monarchie und deren reichliche Verjüngung scharen, ist eine alte Geschichte, wenn sie auch immer neu bleiben mag. Sie beweist aber nicht, daß die Klassengesellschaft um die Monarchie als ihren Schwerpunkt kreist, sondern nur, daß die Monarchie je nachdem das bequemste Werkzeug der Klassenherrschaft ist. Wo immer die Monarchie besteht, ist sie — und je stärker sie ist, um so mehr — die Gefangene der herrschenden Klassen, und wenn sie je einmal nach Art eines Gefangenen an ihren Ketten rüttelt, so sind die herrschenden Klassen die ersten, den Heiligenschein zu zerbrechen, den sie, um die beherrschten Klassen zu nachführen, durch die schnurrichtigen Legenden und die verwegensten Majestätsbeleidigungsprozesse um die Monarchie zu weben pflegen.

Indem wir den Kampf gegen die Klassenherrschaft führen, führen wir auch den Kampf gegen die Monarchie, aber vor den Kampf gegen die Monarchie führt, braucht deshalb noch lange nicht den Kampf gegen die Klassengesellschaft zu führen. Aus diesem einfachen und klaren Grunde ist es ein taktischer Fehler, die Monarchie zur Parole des Klassenkampfes zu machen, und eben aus diesem Grunde hat Marx die Heinen und Genossen weidlich verpöttelet.

Wer ein verfallenes Gemäuer niederreißt, sorgt hinlänglich dafür, daß der Adler, der auf dessen First horstet, sich wo er sonst mag eine neue Stätte suchen muß. Aber das ganze Geschick auf das Nest des Adlers konzentrieren, heißt mit Kanonen auf, nur ja auf Adler schießen.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Brüssel, 9. August.

Der erste Gegenstand der sachlichen Beratungen des Kongresses ist die Forderung von

Arbeiterinspektoren.

Eine Resolution der deutschen Delegation verlangt „von den Arbeitern gewählte und vom Staate besoldete Grubenkontrolloren, die das Recht haben müssen, so oft sie wollen, oder so oft die Arbeiter es verlangen, die Gruben zu inspizieren.“ Eine englische Resolution beschränkt sich auf die Forderung einer Vermehrung der Zahl der Inspektoren, die aus der Arbeiterklasse auszuwählen seien.

Susemann-Voßum erinnert an Raddob. Das Ermittlungsverfahren gegen den verantwortlichen Leiter der Grube Raddob ist noch in der Schwebe, und niemand weiß, wann es zum Abschluß kommen wird. Das Jahr 1909 ist ohne größere Unglücksfälle im Bergbau verlaufen; dennoch sind über 100 000 Unfälle vorgekommen, darunter 12 770 schwere und tödliche. Das neue Gesetz hat den preussischen Bergarbeitern die „Sicherheitsmänner“ gebracht; aber diese Einrichtung, mit der der Minister Delbrück die „Seelen der Arbeiter“ gewinnen wollte, ist durchaus unzulänglich. Den Sicherheitsmännern sind die Hände gebunden; nur in Gegenwart von Beamten dürfen

sie einfahren. Es steht beinahe so aus, als sollte die Einrichtung nur benutzt werden, um den Arbeiterkontrolloren die Schuld an Unfällen aufzubürden; bei der Grube Neeben hat man ähnliches erlebt. Trotz alledem werden die Bergarbeiter von der neuen Einrichtung Gebrauch machen und die öffentliche Meinung aufrufen, um sie auszubauen und so zu einem wirksamen Mittel zur Verminderung der furchtbaren Unfallgefahr im Bergbau zu gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Brace (England): Die englische Resolution legt der Forderung, daß die Bergarbeiter selber die Grubeninspektoren wählen sollen, geringere Wichtigkeit bei. Die Hauptsache ist uns, daß die Zahl der Arbeiterinspektoren vermehrt wird. Der Bergbau Großbritanniens fordert in jedem Jahre 1000 Tote, 140—150 000 Unfälle kommen in jedem Jahre vor, wobei nur diejenigen Unfälle gezählt sind, wo die Verletzung der Verwundeten länger als eine Woche gedauert hat. Angesichts dieser schrecklichen Ziffern muß die Forderung größerer Sicherheit in den Gruben nicht als parteipolitisch, sondern als humanitär gelten. Wir haben nun Aussicht, demnächst die Zahl der Arbeiterinspektoren vermehrt zu erhalten. In der letzten Session des Unterhauses haben Edwards und ich eine Resolution beantragt, die die Vermehrung der Inspektoren fordert. Der Minister des Innern hat versprochen, unserm Verlangen nachzukommen. (Beifall.)

Cordier (Paris de Calais): Seit dem Unglück von Courrières ist die Grubeninspektion in Frankreich bedeutend verbessert worden. Die Selbständigkeit der Arbeiterinspektoren, ihre Unabhängigkeit von den Grubenvorwaltungen ist sichergestellt und ihre Funktionen sind erweitert worden: so haben diese von den Arbeitern gewählten Inspektoren die Kontrolle über die Ausführung des Gesetzes von 1900 — Kinderarbeit in den Bergwerken — und des Gesetzes von 1905 — Einschränkung der Arbeitszeit in den Gruben. Ebenso liegt in ihren Händen die Prüfung der Gesundheitszustände in den Bergwerken. (Beifall.)

Vallas (Belgien): Das belgische Gesetz von 1807 über die Grubenkontrolle befriedigt nicht, vor allem nicht die Art, wie die Arbeiterinspektoren ernannt werden. Der Minister hat sie auf Grund einer Liste auszuwählen, die von den Handels- und Industrieministern aufgestellt wird. Diese Industrieminister setzen sich aus Arbeitern und Unternehmern zu gleichen Teilen zusammen; natürlich gelangen sie nie zu einer gemeinsamen Liste. Es werden also zwei Listen dem Minister vorgelegt, und dieser wählt die Arbeiterdelegierten regelmäßig aus der Unternehmerrliste. Die Bergarbeiter haben daher gar kein Vertrauen zu den Grubenkontrolloren, deren Wirksamkeit noch dadurch beschränkt wird, daß sie nur in Gegenwart eines Grubenvorwärters einfahren dürfen. Die einzige Abhilfe erwarten wir von der Durchführung der deutschen Resolution. (Lebhafter Beifall.)

Elfers (Holland): Der holländische Bergbau, dessen Arbeiter zum erstenmal auf einem internationalen Bergarbeiterkongreß vertreten sind (Beifall), ist jung, aber die Zahl seiner Unfälle ist bereits beträchtlich. Im Jahre 1906 ist ein Bergwerksreglement geschaffen worden, wonach sich Arbeiterkontrolloren mit der Sicherheit und Hygiene in den Gruben befassen sollen. Aber es ist sehr ungenügend durchgeführt. Die allgemeinen Gewerbeinspektoren, die häufig nicht das geringste vom Bergbau verstehen, sind vielfach mit der Grubenkontrolle betraut. Die Frage wird von den holländischen Bergarbeitern jetzt eifrig studiert; wir werden in nächster Zeit mit bestimmten Vorschlägen im Sinne der deutschen Resolution an unser Parlament herantreten. Die deutsche Resolution verdient, da sie präziser ist, den Vorzug vor der englischen. (Lebhafter Beifall.)

Koramooff (Bulgarien): Auch die bulgarischen Bergarbeiter sind zum erstenmal hier. (Beifall.) Unsere Organisation ist jung, aber sehr eifrig. Noch liegt alles im Argen. Von Arbeiterkontrolloren ist in Bulgarien noch nicht die Rede. Wir haben zwar Inspektoren, die die Durchführung des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit zu beobachten haben, aber sie werden vom Minister ernannt. Nur die deutsche Resolution könne uns genügen. Niemand darf man einer Regierung die Auswahl der Grubenkontrolloren überlassen. Die besten Hüter der Arbeiterinteressen sind die Arbeiter selbst. (Bravo!) Der englische Delegierte meinte, die Frage der Sicherheit in der Grube sei keine politische, keine Parteifrage, sondern eine humanitäre Frage. Diese Auffassung scheint mir nicht der Wirklichkeit zu entsprechen: sie war immer eine politische und eine Parteifrage. Die einzige sichere Hilfe für die Arbeiter ist eine zielbewusste Arbeiterpartei. (Lebhafter Beifall.)

Die Engländer stehen darauf ihre Resolution zugunsten der deutschen zurück, und diese wird einstimmig von allen auf dem Kongreß vertretenen Nationen (England, Belgien, Frankreich, Deutschland, Bulgarien und Holland) angenommen.

Die nächste Frage, die den Kongreß beschäftigt, ist die der Nationalisation der Bergwerke.

Eine Resolution der Belgier, die Lomba begründet, wendet sich gegen den Brauch, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, privaten Finanzleuten und Kapitalisten Bergwerkskonzessionen zu erteilen und fordert, daß die Bergwerke zum Nutzen der ganzen Gesellschaft betrieben werden.

Eine französische Resolution fordert gleichfalls, daß die Bergwerke nicht Privatpersonen überlassen werden sollten und daß das nationale Interesse ihre Ausbeutung zum Nutzen der ganzen Nation erheischt.

Choquet (Frankreich) stellt fest, daß in seinem Lande in dieser Frage kaum Fortschritte erzielt worden sind. Die sogenannten sozialistischen Minister Viviani und Briand sind eben im Begriff, neue Konzessionen für Kohlenfelder im Pas de Calais, im Departement Aisne et Moselle und vor allem in Nordafrika an Privatkapitalisten zu erteilen. Die sozialistische Fraktion wird äußersten Widerstand leisten und die Kohlenarbeiter werden sie darin unterstützen. Handelt es sich doch besonders bei den Bodenschätzen in Algier um Milliarden, die der Nation entzogen werden.

Polo rny-Voßum: Der Gedanke der Verstaatlichung der Bodenschätze dringt immer weiter vor; selbst breite Kreise des Bürgertums verschließen sich ihm nicht länger. Der Privatkapitalismus treibt Raubbau mit den Dingen und den Menschen. Man braucht nur an die ungeheuren Unfälle und Krankheitsfälle und an die Masse von Not und Elend zu denken, die sich in den Bergwerksdistrikten aufgehäuft hat, um die Notwendigkeit der Verstaatlichung einzusehen. Im Ruhrbecken sind 10 Familien die unumschränkten Herrscher über 350 000 Bergarbeiter, 150 000 Hilfsarbeiter und andre Arbeiter, aber ihre Familienangehörigen, über ein Heer von Beamten und zahllose kleine Geschäftsleute. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wenn diese kleine Gruppe sich mit ihren Kollegen, die die andern Reviere beherrschen, verbündet, dann schießt sie sich stark genug, der politischen Gesetzgebung, dem Staate, Widerstand zu leisten. So ist sie ein Damm gegen jeden vernünftigen Fortschritt in der Arbeiterschaftsgesetzgebung, in der Arbeiterverehrung, so getraut sie sich jeden Minister, der bei ihr in den Verdacht kommt, zu arbeiterfeindlich zu sein, zum Teufel zu jagen. Deutschland ist kein parlamentarisch regiertes Land, wie England und Frankreich. Die Minister werden vom Monarchen eingesetzt, aber abgesetzt werden sie — das steht nach der Geheimkonferenz im Berliner Palasthof fest — von den Grubensbaronen. Dort ist gesagt worden, wenn die Regierung es wagen sollte, den Wünschen der Bergarbeiter entgegenzukommen, dann schießt der erste Minister, und nicht das

nichts, dann der zweite, dritte, vierte Minister und so fort, bis wir einen haben, der uns gehorcht. Unheilvoll ist der Einfluß dieser Grubenlords auf unser ganzes politisches Leben, und ihre wirtschaftliche Uebermacht, ihr Bestreben, alles von sich abhängig zu machen, wird auch dem großen Heere der Konsumenten sehr bemerkbar. Deshalb wüßte ich in diesen Kreisen der Gebante, möglichst bald zu einer Verstaatlichung zu gelangen. Diese Stimmung müssen wir möglichst zu nähren suchen. Wie weit wir sind, hat sich bei der Beratung des Kallgesetzes gezeigt. Da spielte der Gedanke der Verstaatlichung eine große Rolle. Dem Wirken Dués und der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu danken, daß bei dem Kallgesetz auch die Interessen der Arbeiter einigermaßen berücksichtigt worden sind. Immer mehr dringt die Erkenntnis durch, daß die Schätze des Bodens der Nation gehören und nicht einer kleinen Gruppe von Leuten, die keine Grenze für ihre Profitlust kennen. (Lebhafte Beifall.)

**Gilmor (England):** Die Verstaatlichung der Bergwerke ist noch ein Ideal, aber es ist gut, wenn die Bergarbeiter es immer vor Augen haben. Was heute noch Ideal ist, kann morgen schon Wirklichkeit werden. Die Frage der Alterspensionen schien in England bis vor kurzem ganz außerhalb des Bereichs der praktischen Politik zu stehen, heute steht sie im Beginn der Verwirklichung. Freilich stehen der Nationalisierung der Bergwerke zumal in England noch große Schwierigkeiten gegenüber. Nicht nur die Ausgaben müssen abgedeckt werden, die dem Grundbesitzer für die Bergwerksgerichte zu zahlen sind, das ganze Land muß ihnen, wenn sie wollen, erst abkauft werden, bevor man an die Erbschätze herankann. Dazu sind gewaltige Summen erforderlich, und eine Verdoppelung der nicht kleinen englischen Staatsschuld würde gering gerechnet die Folge sein. Was hilft aber auch die bloße Verstaatlichung der Gruben, so lange das kapitalistische System existiert. Auf den preussischen und österreichischen Staatsgruben sind die Löhne niedriger als auf den Privatgruben. Es gilt also, das ganze kapitalistische System zu stürzen. Die englischen Arbeiter bewundern die deutsche Sozialdemokratie, die von Sieg zu Sieg schreitet. Sie hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo sie das Heft in Händen hält. Folgen wir Engländern diesem Beispiel! (Lebhafte Beifall.)

**Rymer (Verusvereinigung der polnischen Bergarbeiter)** gibt folgende Erklärung ab: Wir begrüßen die Forderung der Freunde, die Bodenbesitzer zum Gemeingut zu machen. Augenblicklich aber sind die Arbeiter in den sozialistischen Bergwerken in keiner benedicten Lage. Der Grubenbesitzer ist kein müßiggänger, er verdient seinen Lohn. Vor allem sucht er auch die politische Ueberzeugung seiner Arbeiter zu knechten. Darunter haben wir Polen besonders zu leiden. Wir können für keine Resolution stimmen, die uns einen Arbeitgeber gibt, der viel schlechter ist, als der gegenwärtige private, und werden deshalb, obwohl wir prinzipiell mit der Forderung einverstanden sind, uns der Stimme enthalten.

Mit dieser Ausnahme werden die beiden Resolutionen einstimmig angenommen. Es folgt die

#### Lohnfrage.

Hierzu liegt ein Antrag Deutschlands vor, der den Ausschluß von Tarifverträgen auch im Bergbau empfiehlt. Rymer (polnische Verusvereinigung) begründet den Antrag und bezieht sich auf zwei Anträge der Belgier und Franzosen auf gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes. Bisher haben die Unternehmer noch immer versucht, in Zeiten der Krise die Bergarbeiterherde herabzudrücken, leider meist mit Erfolg. Solche Lohnherabsetzungen sind zumal in der gegenwärtigen Zeit recht unangenehm, wo neue Steuerlasten auf die arbeitende Klasse abgewälzt worden sind. Not und Elend müssen da Platz greifen. Daher müssen Tarifverträge abgeschlossen werden, die dieser Unternehmervilligkeit einen Damm entgegensetzen. Man sagt, Tarifverträge wären im Bergbau nicht möglich. Dahinter steckt nur die Furcht, daß es dann mit dem Herrim-eigenen-Hause sein in Ende haben wird. Als beim Kallgesetz nicht alles so kam, wie die Herren es sich dachten, da kündigten sie auch flugs eine Lohnherabsetzung an. An den Arbeitern wollten sie sich schädlos halten. Glücklicherweise trat in Reichstag die Arbeiterabgeordnete dagegen auf, und wenn ihnen auch nicht alles gelang, etwas kam doch heraus. Wir müssen nun versuchen, in Zukunft mehr zu erreichen. Wir stimmen für alle drei Anträge. (Beifall.)

**Cadeaux (Frankreich)** verweist auf die gerade jetzt sehr lebhaft Agitation unter den französischen Bergarbeitern auf Einführung eines Minimallohnes in Höhe von 0,75 Frank den Tag. Die Unternehmer bestreiten davon einen Rückgang der Produktion, während sie selbst heute durch Einstellung ungeliebter Hilfsarbeiter einen solchen Rückgang verschuldet haben. Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch vertagt. Den Vorschlag führt morgen Hagemann-Vossum.

## 8. Bundestag des Arbeiterradfahrbundes „Solidarität“.

k. Frankfurt a. M., 10. August.

### Vierter Verhandlungstag.

Die Beratung allgemeiner Anträge wird fortgesetzt. Die meisten Anträge haben kein Allgemeininteresse. Erwähnenswert ist, daß über einen Antrag, nach dem jedes Mitglied gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein muß, und nicht organisierte Mitglieder sich innerhalb sechs Monaten der Verus- oder politischen Organisation anzuschließen haben, zur Tagesordnung übergegangen wird. Es wurde aber vorher aus gesprochen, daß in diesem Sinne gewirkt werden solle. Angenommen wird eine Resolution, die den Vereinsmitgliedern empfiehlt, Fahrradhändler nicht zu Vereins-, Bezirks- und Gaufunktionären zu wählen. Begründet wurde hierzu ausgeführt, daß die Fahrradhändler, die Mitglieder sind, oft gegen die Interessen des Bundesgeschäfts Fahrradhaus Frisch auf und für ihr eigenes wirken.

Dann wurden interne Angelegenheiten behandelt, wobei fast endlos über die kleinsten Sachen diskutiert wurde. So kritisierten ein halb Duzend Delegierte mit viel Empase, daß der Bundesvorstand Schranken anfertigen ließ, die nicht auf dem Submissionswege vergeben wurden. Derartige „wichtige“ Punkte und manche persönliche Dinge wurden stundenlang breitgetreten. Auch die Gehaltsregulierung der Hilfsarbeiter im Bundesbureau zeitigte eine längere Debatte. Nach dem Vorschlag des Vorstandes und Ausschusses soll das Gehalt der Hilfsarbeiter 1800 Mark, steigend bis 2400 Mark, betragen. Diese Gehälter sind zwar auch einzelnen Delegierten zu hoch, die Vorklage findet aber schließlich doch einstimmige Annahme. Ferner sollen sämtliche Angestellte des Bundes nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse bekommen. Die Anstellung zweier weiterer Beamten für das Hauptbureau wird abgelehnt.

Hierauf gibt Ripmann dem Bericht der Beschwerdekommision, die sich mit 15 Fällen zu beschäftigen hatte. Die einzelnen Beschwerdefälle haben kein Interesse für die Allgemeinheit. Den Vorschlägen der Kommission wird in den meisten Punkten zugestimmt.

Die Verhandlungen werden dann vertagt.

In dem gestrigen Bericht soll es nach der Debatte zum Pressebericht selbstverständlich nicht heißen, daß dem Kassierer für seine Tätigkeit Anerkennung ausgesprochen wurde, sondern dem Redakteur.

k. Frankfurt a. M., 11. August.

### Fünfter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit Entgegennahme des Berichtes der Statutenberatungskommission, den Harms-Bremen erstattet. Die Kommission habe die Hauptpunkte im Statut, die Unzufriedenheit bei den Mitgliedern hervorgerufen haben, zum Teil ausgemerzt und auch sonst Änderungen zugunsten der Mitglieder vorgenommen. Die Kommission sei mit dem Vorstand der Ansicht, daß eine Beitragsberhöhung vorzunehmen sei und schlage vor, den monatlichen Grundbeitrag von 20 auf 25 Pfg. zu erhöhen. Die Gauseinteilung solle wie bisher bleiben.

Die Beratung des Statuts wird paragraphenweise vorgenommen. Festigen Widerspruch findet der Vorschlag auf Beitragsberhöhung. Die Abstimmung hierzu ist namentlich, mit 53 gegen 52 Stimmen wird die Beitragsberhöhung beschlossen. Als monatlicher Beitrag dürfen nun höchstens 45 Pfg. (früher 40 Pfg.) pro Mitglied erhoben werden, wovon 25 Pfg. (früher 20 Pfg.) an die Bundeskasse abzuführen sind. Bundesmitglieder, die länger als einen Monat krank oder arbeitslos sind, sind von den Beiträgen befreit. Die Radunfallunterstützung bleibt wie bisher, sie beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft 1 Mk. bis 2 Mk. pro Tag. Das Sterbegeld beträgt 30 bis 75 Mk.; ein Antrag auf Erhöhung der Säge wurde abgelehnt. Nachschuß kann den Mitgliedern in Streitfällen gewährt werden, die ein gerichtliches Verfahren zur Folge haben und für das Nachfahrwesen und den Bund von prinzipieller Bedeutung sind. Dem wird neu hinzugefügt: „Ausgeschlossen vom Nachschuß sind Ueberretungen, die durch Fahrlässigkeit oder eigenes Verschulden herbeigeführt sind, sowie Privatlagen rein persönlicher Natur.“ Ferner wird neu bestimmt, daß Mitglieder, die bei Nachschuß von Nachschuß durch willkürlich falsche Angaben über den Sachverhalt Genehmigung erzielt haben, für die Kosten des Verfahrens haftbar gemacht werden. Die Gauseinteilung des Bundes bleibt wie bisher. Der Bundesvorstand soll aber auf Antrag und nach Anhörung der Beteiligten und nach Rücksprache mit dem Ausschuss eine Teilung oder anderweitige Abgrenzung der Gause vornehmen. Von der weiteren Statutenberatung — die oft sehr erregt verläuft — ist noch erwähnenswert, daß den Vertretern des Bundesvorstandes, des Ausschusses, der Redaktion und der Veruskommission entgegen dem Vorschlag der Kommission das Stimmrecht auf dem Bundeskongress genommen wurde. Dieser Beschluß entsprang unzweifelhaft der Verärgerung, die die beschlossene Beitragsberhöhung — für die diese Vertreter stimmten — bei der Minorität hervorgerufen hatte, und bewirkt, daß sich die nunmehrige Majorität dabei nicht von Objektivität und Sachlichkeit leiten ließ.

Einige Punkte des Statuts wurden zurückgestellt und zuerst der Bericht der Kommission bezüglich des Fahrradhauses Frisch auf entgegengenommen. Nach den Vorschlägen der Kommission soll der Sitz des Fahrradhauses mit Schluss des Geschäftsjahres 1910 nach Offenbach a. M. verlegt werden und als offene Handelsgesellschaft bestehen bleiben. Für das Geschäft soll in Offenbach ein eigenes Gebäude errichtet werden, in dem auch der Bundesvorstand untergebracht wird. Die Kontrolle der Geschäftsleitung soll ein aus 11 Personen bestehender Ausschuss ausüben. Zur Anbringung des nötigen Kapitals soll ein obligatorischer Extrabeitrag von 1 Mk. erhoben werden, und zwar 50 Pfg. am 1. Oktober 1910 und 50 Pfg. am 1. März 1911. Dieser Extrabeitrag wird — so wird vorgeschlagen — vom 1. April 1914 ab auf Verlangen zurückgezogen. Die Kommission beantragt ferner, aus Rücksicht auf diese Extrabeiträge die beschlossene Beitragsberhöhung erst am 1. Juli 1914 in Kraft treten zu lassen.

Die Vorschläge der Kommission stießen zum Teil auf heftigen Widerspruch, besonders werden die obligatorischen Extrabeiträge bekämpft. Die Mehrzahl der Delegierten stimmte aber sämtlichen Kommissionsvorschlägen zu, die dadurch beschloffen sind.

Nach einigen weiteren Änderungen des Statuts wurde dieses en bloc gegen 12 Stimmen angenommen. Die befohlenen Bundesfunktionäre wurden wiedergewählt. Der Sitz des Vorstandes bleibt Offenbach a. M., der Sitz des Ausschusses Dresden. Damit waren die Arbeiten des Bundestages beendet.

## 10. Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands.

k. Halle a. S., 11. August.

### Vierter Verhandlungstag.

Die heutige Vormittagsagung wird noch ausgefüllt mit der Diskussion der Anträge auf Beitragsberhöhung. Es bietet sich das selbe Bild wie gestern. Die Vertreter kleinstädtischer und ländlicher Zahlstellen legen mit wenigen Ausnahmen vorwiegend Gewicht auf das Unterstützungswesen, sträuben sich aber andererseits gegen eine Beitragsberhöhung um 10 Pfg. Schönbeger-Beiten a. V. bekennt ausdrücklich, daß der Verbandstag in München mit der Festlegung der hohen Unterstütlungssätze falsch operiert habe, sträubt sich aber dennoch gegen jede Beitragsberhöhung. Wenn es nicht anders mehr gehe, möge der Vorstand Extrabeiträge ausschreiben. Ebenso erklärt Hagemann-Einshorn, daß der Verbandstag in München schon höhere Beiträge hätte beschließen müssen in Anbetracht der hohen Unterstütlungssätze, aber trotzdem will Redner nur 5 Pfg. zugefassen, bei anderweitiger Regelung der Unterstütlungssätze. — Partikel-Hannover meint, es sei ein Irrtum, wenn man glaube, durch höhere Beiträge eine Stabilität herbeizuführen, es werde dem Vorstande gehen wie dem Staatssekretär, je mehr Geld bewilligt werde, desto mehr würde verbraucht. Der Verbandstag möge eine Reorganisation in dem Sinne vornehmen, daß alle Mitglieder aus den nicht zuständigen Agitationsgebieten „abgestoßen“ würden, dann werde die Verbandskasse auch nicht mehr so viel bei Lohnbewegungen anderer Organisationen in Mitleidenschaft gezogen, und dann könne auch die Agitation in den zuständigen Gebieten verstärkt werden. Um den sogenannten „Kostgängern“ des Verbandes das Handwerk zu legen, möge man diese in eine niedrigere Beitragsklasse versetzen. Redner glaubt auch nicht an größere Kämpfe, da die Fabrikarbeiter nicht mit einem geschlossenen Unternehmertum zu tun hätten, wie andere berufliche Organisationen, sondern nur Einzelunternehmern gegenüberstünden. (Große Beifall.) Redner bedauert, daß aus agitatorischen Gründen überhaupt Gewicht auf das Unterstützungswesen gelegt werden muß, bestränkt eine erhebliche Kürzung und meint, daß dann eine Beitragsberhöhung von 5 Pfg. genüge. — Frey legt noch einmal dringend die Notwendigkeit einer Beitragsberhöhung um 10 Pfg. dar, betont, daß die Vorklage Verschlechterungen im Unterstützungswesen nicht bringe, daß aber auch noch über eine anderweitige Festlegung der Unterstütlungssätze geredet werden könne. Er weist ferner auf die Beiträge anderer Organisationen hin und betont gegenüber dem Leipziger Delegierten, daß es doch einen eigenartigen Eindruck hervorrufe, wenn man fortwährend von idealer Opferbereitschaft rede und diese dann von 5 oder 10 Pfg. Beitrag abhängig mache. Frey legt dann den Ausführungen von Partikel gegenüber klar, daß dessen Auffassung über das Unternehmertum völlig falsch ist. In der chemischen Industrie, der Papierindustrie und der Zementindustrie seien mit Sicherheit Kämpfe zu erwarten. Wenn Partikel glaube, das Unternehmertum dieser Industrien sei nicht solidarisch untereinander, so verneine er die Situation vollständig. Mit einer 5-Pfg.-Erhöhung sei der Verband nicht instand, den kommenden Aufgaben gerecht zu werden. — Auch Martens-Harburg betont, daß der Vorstand sich vielfach deshalb bei Lohnbewegungen großer Reserven habe beschließen müssen, weil mit den vorhandenen Mitteln große

Kämpfe nicht zu führen waren. Bewillige der Verbandstag dem Vorstande nicht die notwendigen Mittel, so bedeute das eine Ablenkung der Agitation. Redner weist dann noch auf andere Organisationen mit erheblich höheren Beiträgen hin. Schließlich, nachdem 77 Redner zu der Sache gesprochen, macht ein Schlussantrag der weiteren Debatte ein Ende. In seinem Schlusswort versucht dann der Berichterstatter Hagemann nochmals eingehend die Notwendigkeit der Beitragsberhöhung um 10 Pfg. zu begründen, er verweist darauf, daß dieselben kleinstädtischen Verbände, die hier aufgezeigt, immer und gegen jede Beitragsberhöhung einer xbeliebigen Organisation vorgeführt würden, um nachher als falsch dazustehen. Beitragsberhöhungen führen regelmäßig zu einer Stärkung der Organisationen. Indes, alle Mühe ist umsonst. Bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung wird die Beitragsberhöhung um 10 Pfg. mit 65 gegen 55 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird die Einführung von Staffelnbeiträgen, jedoch nur mit 70 gegen 46 Stimmen.

Angenommen wird dagegen mit 78 gegen etwa 12 bis 15 Stimmen die Beitragsberhöhung um 5 Pfg. für alle Mitglieder mit der Motivierung, daß die gesamten 5 Pfg. der Hauptkasse anfließen sollen.

Die Statutenberatungskommission wird nunmehr mit der Ausarbeitung einer neuen Unterstütlungsliste beauftragt.

In der Nachmittagsagung wird dem Antrage auf Dechargerteilung zunächst einstimmig entsprochen. Da die Statutenberatungskommission mit der Ausarbeitung einer neuen Vorklage noch nicht fertig ist, so wird vorweg der 5. Punkt der Tagesordnung: Stellung des Verbandstages zur Reichsversicherungsordnung, erledigt. Hierzu hat Stille-Hannover das Referat übernommen. Er geht ausführlich auf die Entstehung der sozialen Gesetzgebung, ihren Zweck und die Handhabung der Gesetze ein, kritisiert scharf die arbeitereindlichen Tendenzen der neuen Novelle und unterbreitet dann am Schluß seiner Ausführungen dem Verbandstage folgende Resolution:

„Der Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung, wie er dem Reichstage vorliegt, genügt den Anforderungen der Versicherten nicht. Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung unter voller Selbstverwaltung der Versicherten, eine der wichtigsten Forderungen einer gesunden Fortentwicklung der Versicherungsgesetzgebung, wird durch die Vorklage nicht herbeigeführt. Neben geringfügigen Verbesserungen enthält die Vorklage erhebliche Verschlechterungen der Rechte der Versicherten. Eine unumgängliche Notwendigkeit ist die Zusammenfassung der gesamten arbeitenden Bevölkerung in eine Zwangsversicherung.“

Der 10. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands schließt sich den Beschlüssen des außerordentlichen 7. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands an, dessen Forderungen das Mindestmaß dessen sind, was verlangt werden kann. Der Verbandstag erwartet vom deutschen Reichstage, daß diese Vorschläge Berücksichtigung finden.“

Der Verbandstag nimmt die Resolution ohne Diskussion einstimmig an. Der Verbandstag tritt nun in die Beratung des

4. Punktes der Tagesordnung: Der internationale Kongress in Kopenhagen, ein. Hierzu gibt Frey das einleitende Referat. Er teilt zunächst die Tagesordnung des vom 28. August bis 3. September nach Kopenhagen einberufenen Kongresses mit und führt dem Verbandstage dann vor Augen, wie wichtig eine internationale Verständigung der Arbeiterkraft für die zu erledigenden Punkte ist. Das Verhältnis zwischen Partei und Genossenschaften, die Arbeitslosenfrage, Schiedsgericht und Abklärung, internationale Stellungnahme gegen die Todesstrafe und Betätigung internationaler Solidarität, das alles seien Fragen von eminent kultureller Bedeutung. Auf Grund des Stärkeverhältnisses stehen der Organisation fünf Vertreter zu. Der Verbandstag beschließt, vom Vorstande die Genossen Frey und Schneider nach Kopenhagen zu delegieren. Die Abstimmung über weitere drei Delegierte erfolgt geheim. Inzwischen erhält das Wort Genosse Klinge vom dänischen Bruderverband aus Kopenhagen. Er führt aus, daß sich in seiner Heimat die Verhältnisse wieder derart zugespitzt haben, daß er noch vor Schluss des Verbandstages abreisen müsse. Er gibt dann seiner Freude Ausdruck über die deutsche Solidaritätsbekundung und betont, daß die nordische Arbeiterkraft längst eingesehen habe, daß nur die internationale Solidarität der Arbeiterkraft und starke Organisationen imstande seien, dem arbeitereindlichen Kapitalismus entgegen zu treten. In Dänemark seien zwar nur 21 000 Fabrikarbeiter in der Organisation, aber das seien 90 Prozent der Organisationsfähigen. (Bravo!) Redner hofft, daß es auch der deutschen Bruderorganisation gelingen möge, ein ähnlich günstiges Verhältnis herbeizuführen und erwartet vom Kopenhagener Kongress eine Festlegung der Solidarität des internationalen Proletariats. — Genosse Wicha-elsen vom schwedischen Bruderverband aus Stockholm spricht zunächst seinen Dank aus für die deutsche Hilfe im vorjährigen Kampfe der schwedischen Arbeiter. In Schweden sind die Organisationen nach deutschem Muster aufgebaut. Zu den Kämpfen im Vorjahre seien die schwedischen Arbeiter durch das Unternehmertum gezwungen, daß die Organisationen der Arbeiter habe zerfallen wollen. Es sei falsch, von einer Niederlage der schwedischen Arbeiterkraft zu reden. Das Unternehmertum habe wollen die Arbeiter für 5 Jahre auf minderwertige Tarife festlegen, das sei nicht in einem einzigen Falle gelungen. Wohl hätten die Organisationen gelitten, doch seien die Herzen schon bald verheilt. Der schwedische Bruderverband, der 38 000 Mitglieder zähle, sei wohl auf 20 000 reduziert gewesen, doch sei in nächster Zeit die alte Höhe schon wieder erreicht. Die schwedische Arbeiterkraft sei durch den Kampf gekräftigt und hoffe, bald die deutsche Hilfe zurückzahlen zu können. Redner teilt dann noch mit, daß in schwedischen Unternehmern die Bauarbeiterausperrung als eine Niederlage der Unternehmer auf der ganzen Linie bezehnet worden sei. Hieran sei aber auch die Mahnung geknüpft, nach schwedischem Muster gegen die deutsche Arbeiterkraft vorzugehen. — Nachdem dann der Vorsitzende Frey den Dank des Verbandstages an die nordischen Delegierten ausgesprochen, wird der Punkt der Tagesordnung für erledigt erklärt.

Nunmehr unterbreitet Hagemann im Namen der Statutenberatungskommission dem Verbandstage eine neue Vorklage zur Regelung des Unterstützungswesens. Der Wunsch, diese neue Vorklage nun aber unverändert anzunehmen, wird nicht erfüllt. Es setzt wieder eine lebhaft Diskussion ein, die bis zum Abend andauert und zu einer Verlängerung der Sitzung führt.

## Vereine und Versammlungen.

### Gemeindearbeiter.

Am 5. August hielt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Leipzig, im Volkshaus eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: 1. Soziale Aufgaben der Stadtgemeinde als Arbeitgeber, Referent: Genosse Klittich; 2. Welchen Wert hat die Hausagitation für uns; 3. Gewerkschaftliches. Die Ausführungen des Genossen Klittich wurden mit großem Beifall aufgenommen. Dem 2. Punkte brachte die Versammlung durch eine anregende Diskussion ein hohes Interesse entgegen und meldeten sich eine Anzahl Kollegen, die sich dieser Aufgabe unterziehen wollen. Kollege Schuchardt weist noch auf den Gasarbeiterstreik in Nordhausen hin und warnt, sich zum Streikbrecher etwa verhalten zu lassen. Eine Sammlung für einen kranken Kollegen ergab die Summe von 20,20 Mk. Nachdem noch zur vollständigen Beteiligung an dem am Sonntag, den 14. August, in der Goldenen Krone in Connewitz stattfindenden Sommerfeste aufgefordert war, fand die Versammlung ihr Ende.

Die Stellmacher

hielten am 6. August eine Versammlung ab, in der Kollege Stephan über den Untergang des Kleinbetriebes sprach.

Bezirksversammlungen der Bantischler.

Die Sektionsleitung der Bau- und Möbeltischler hielt in der vergangenen Woche 5 Bantischlerbezirksversammlungen ab.

erkannt, daß die Sektionsleitung durch das Arrangieren der Bezirksversammlungen das Richtige getroffen hat.

In der Versammlung im Westen wurde ein Antrag, Ueberstunden bei Werkstellen- und Bezirksversammlungen zu unterlassen, bei demnächst stattfindenden Bau- und Möbeltischler-Versammlung überwiesen.

Zu allen Versammlungen wurde lebhaft für die Leipziger Volkzeitung und für die politische Organisation agitiert.

zukommen. Weiter wurde auf die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen hingewiesen, die in wenigen Wochen stattfinden.

Gewerkschaftsartikel Schreudih.

Nach Erledigung der Eingänge wurde zur Wahl des 2. Vorsitzenden geschritten, als solcher wurde Genosse E. Schreudih gewählt.

Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen. Osten. Engelsdorf, Lindenstr. 5. West. Laden f. all. pass., m. gr. od. kl. Wohn-, gr. Kell., sof. zu verm.

Monats-Garderoben sind v. best. Leut., Millionären u. Studenten sehr wenig getr. nach Maß gearbeitete Sachen.

Bohn Herren-Konfektion Anzüge und Paletots in allen Größen und Preislagen, nur moderne prima Verarbeitung.

Zimmerer. Für den Neubau des Königs Albert-Bades in Plauen (Sachl.) werden auf sofort gute Zimmerer gesucht.

Moderne nur solide Fussbekleidung in höchster Vollendung. Preisliste: 6.50, 7.50, 8.90, 10.50, 12.50.

Günstiger Einkauf bietet sich für Jedermann während meines Saison-Räumungs-Verkaufs!

Kaiserkrone (beste Frühkartoffel) wird in Burghausen, an der Feldscheune nahe der Merseburger Straße täglich nachmittags von 1-5 Uhr...

Kartoffel-Ausgabe an der Chauffee links vor Sommerfeld. Gutsverw. Zrampe (Abt. Sommerfeld).

Wegen vollständiger Ausgabe des Badengeschäfts verkaufe meine Vorräte in Stickereien, Wäsche, Schürzen, weiß u. bunt.

Teppiche mit kleinen Webfehlern, spottbillig zu verkaufen. Salzgässchen 7, Hof 1.

Räumungs-Verkauf. W. Räum. mein. Ladens u. Messe werd. Kinder u. Sportw., Leitorw. Heisefürbe sowie all. and. Korbwar. g. bef. billig vert.

Arbeitsmarkt. Stellen-Angebote Offene Stellen finden erfolgreiche Aufnahme in der Leipziger Volkszeitung.

Achtung! Nur v. feinst. Herrschaften, Millionären, Kapitänen, Studenten wenig getragene Sachen.

Jeder staunt! v. Student, Kavaf., Doktor, u. nur von best. Herrsch. wen. getrag. Anzüge.

Reelle neue Betten Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 Mk., 5. Selmar Kraft, Lindenau, Markt.

Kinderwagen. Einige Kinderwagen weg. Pflanzmangel billig zu verkaufen. Spielwarengeschäft, Querstr. 2.

30 Maurer und 30 Bauarbeiter finden sofort bei 50 bzw. 40 Pfg. Lohn u. 11stündiger Arbeitszeit dauernde Beschäftigung.

Achtung! Neue u. getrag. Anzüge, Wäsche, Herren-Schuhe taufst m. gut u. bill. bei Max Junghans, Talstr., a. Nr. 28.

Handelshof Erstlingswäsche Hemdchen von 15 an Jäckchen von 20 an Steckbettchen v. 125 an

Möbel-Gelegenheitskäufe in neu u. gebraucht, aller Art, zu wirklich billigen Spottpreisen.

Fahrräder, Ersatzteile während unfres Ausverkaufs wegen Geschäftsvorlegung bei uns kaufen. - Teilzahlung. Eigene Reparatur-Werkstelle.

Lücht. Uniformschneider gesucht. [15201] Rosstr. 22, IV. 1. Geschicktes gewedtes Mädchen, 14-15 Jahre, w. zu Hause wohnt.

Hauschild Grosse Fleischergasse 21. Herren-Garderobe wenig getragen, so gut als neu.

Handelshof Hugo Blum Reichsstrasse - Handelshof. Wäsche-Blum

Dauerb. Bettstellen mit guten Matrassen (beste Arbeit) 25 Mk. G. Böhm Tap. vis-à-vis Theateron Dresden Str. 23.

Leiterwagen einzelne Räder = billigst = Karl Sebarschmidt, L. Ulmer Str. 37.

3 Mark Belohnung. Junger Kater, hellgrau, unten weiß, verlaufen. - Abzugeben [15202] Konradstr. 56, pl. 1.

# Grosser Total-Ausverkauf

wegen Aufgabe meines **Herren- und Knaben-Garderobe- und Schuhwaren-Geschäfts**. Sämtliche Waren werden zu **enorm billigen Preisen** ausverkauft und dauert der Ausverkauf **nur kurze Zeit**.

Herren-Anzüge	früher 12.00	jetzt Mk. <b>8.00</b>
Herren-Anzüge	früher 16.00	jetzt Mk. <b>12.00</b>
Herren-Anzüge	früher 20.00	jetzt Mk. <b>16.00</b>
Herren-Anzüge	früher 25.00	jetzt Mk. <b>20.00</b>
Herren-Anzüge	früher 30.00	jetzt Mk. <b>22.00</b>
Burschen-Anzüge	früher 10.00	jetzt Mk. <b>6.00</b>
Burschen-Anzüge	früher 18.00	jetzt Mk. <b>12.00</b>
Knaben-Anzüge	von Mk. <b>1.50</b> an.	
Herren-Paletots	früher 12.00	jetzt Mk. <b>8.00</b>
Herren-Paletots	früher 16.00	jetzt Mk. <b>12.00</b>
Herren-Paletots	früher 22.00	jetzt Mk. <b>18.00</b>
Herren-Paletots	früher 30.00	jetzt Mk. <b>22.00</b>

Herren-Stiefel Boxcalf	früher 10.00	jetzt Mk. <b>6.75</b>
Herren-Wichsleder-Schnürstiefel	früher 8.00	jetzt Mk. <b>6.25</b>
Herren-Wichsleder-Schnürstiefel	früher 6.25	jetzt Mk. <b>4.75</b>
Elegante Damenstiefel	früher 10.50	jetzt Mk. <b>6.50</b>
Elegante Damenstiefel	früher 7.50	jetzt Mk. <b>4.50</b>
Damen-Spangenschuhe schwarz	früher 3.75	jetzt Mk. <b>2.50</b>
Damen-Schnürschuhe	früher 5.00	jetzt Mk. <b>2.95</b>
Braune Damen-Schnür- und Knopfstiefel	früher 7.00	jetzt Mk. <b>3.50</b>
Kinderstiefel Boxcalf	Grösse 31-35 27-30 25-26	<b>4.45 3.95 3.25</b>
Kinder-Wichsleder-Schnürstiefel	Grösse 31-35 27-30 25-26	<b>3.10 2.75 2.45</b>

Sämtliche Berufsbekleidung zu spottbilligen Preisen.  
Hosen von Mk. **1.25** an. Jacketts von Mk. **1.00** an. Pantoffeln von **28** Pfg. an. Reform-Hausschuhe von Mk. **2.25** an.

**S. Neumann, Nürnberger Str. 7, Ecke Johannisgasse.**

**Das Neueste!** Unterzeichnete Firma ist in der Lage, dem p. t. Publikum eine vorzügliche Qualitäts-Zigarette zu empfehlen unter dem Namen (15007)

**Sascha-Taurida**

Die Zigarette ist nur mit folgendem Aufdruck echt:



Sascha-Taurida Zigaretten-Fabrik Taurida Nr. 3

im Preise von 3/4 Pfg. = 10 St. 35 Pfg. Geschmack und Aroma hochfein. **Sascha-Taurida-Zigaretten** wird in vorzügl. Qual. aus den feinsten türkischen Tabaken mit u. ohne Mundst. hergestellt. Jeder verwöhnte Raucher überz. sich selbst durch vorurteilsfreien Vergleich mit andern eventuell teuren Zigaretten von der Güte dieser Ware Nr. 3 - 3/4 Pfg. St. Nr. 4 - 4 Pfg. St. Nr. 5 - 5 Pfg. à Stück

Ein Versuch bringt Gewinn! Nur Qual., keine Ausst. I in den durch Plakate kennl. Spezialgeschäften erhältlich Zigaretten-Fabrik „Taurida“, Tel. Nr. 9490

Siehe ist zur

**Massen-Verbreitung** erscheinen:

**Müssen wir die Idee des Generalstreiks propagieren?**

von **Emil Lüdke** mit einem Vorwort von **Henriette Roland-Holst.**

Preis **15 Pfg.**

Zu haben in der **Volksbuchhandlung Leipzig** Tauchaer Strasse 19/21.

**Schul-Stiefel**

grosse Auswahl, billige Preise



**Damen-Stiefel** 5.00  
**Herren-Stiefel** 5.75

Braune Stiefel und Schuhe elegant und billig.

Radfahrer-Schuhe . . . . . 3.50  
Damen-Zeugstiefel mit Kappen 3.50  
Dachdecker-Schuhe . . . . . 75 ¢

**N. Herz** Man achte genau auf **Reichsstr. 19.**

**Dauerwäsche-Whiteolin**

ist das **Praktischste** und **Schönste**, was man sich nur denken kann. Stets sauber. Nicht zu unterscheiden von der bisherigen Wäsche. Katalog steht gern zu Diensten.

Neue farbige, abwaschbare Garnituren

1 Serviteur u. 1 Paar Manschetten

**1 75 2 25 2 75**

Ermässigte Preise für Krawatten.

Selbstbinder, Regattes und Diplomaten **40 65 und 75 ¢**

**Nur Hainstrasse Nr. 9**  
**Max Sabatzky.** [14800]

**Teilzahlung!**

**Sie wählen richtig**

wenn Sie unter den vielen Angeboten als günstigste Bezugsquelle für **Waren und Möbel**

**auf Kredit**

nur dem **grossen und leistungsfähigsten** Kredithaus von

**Philipp Loewe**

Brühl 5, I. u. II. Et. **den Vorzug geben.**

1 Zimmer-Einrichtung Anz. 6 Mk.  
2 Zimmer-Einrichtungen Anz. 12 Mk.  
3 Zimmer-Einrichtungen Anz. 20 Mk.

Herren-Anzüge Anzahlung v. 5 Mark an  
Dam.-Kleider Kostüme Röcke Blusen Anzahlung v. 3 Mark an  
Manufakturwar. Kleiderstoffe Teppiche wöchtl. 1 Mk.

**Einzelne Möbel** von 2 Mk. Anzahlung an

Goethe. Faust I. und II. Teil, in Liebhaber-Einbd. 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Bürgerliches Gesetzbuch 30 Pfg. Volksbuchh. Leipzig u. Filialen.

**Bericht über den Schlachtviehmarkt** auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 11. August 1910.

a) Auftrieb:

180 Rinder u. zwar 13 Ochsen, 11 Kalben, 54 Kühe, 52 Bullen;  
825 Ferkel;  
320 Stück Schafvieh;  
1775 Schweine;  
3058 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Markt:

Züergattung	Bezeichnung	Preis
Ochsen	1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren	85
	2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	75
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	64
	4. gering genährte jeden Alters	64
Kalben und Kühe	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts	75
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	64
	3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	64
Bullen	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	64
	5. gering genährte Kühe und Kalben	63
Ferkel	1. vollfleischige höchsten Schlachtwerts	78
	2. mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	78
Schafe	3. gering genährte	45
	1. feinste Mast- (Wollmisch-Mast) und beste Saugtälber	62
	2. mittlere Mast- und gute Saugtälber	57
Schafe	3. geringe Saugtälber	48
	4. ältere gering genährte (Fresser)	45
Schweine	1. Mastlamm und jüngere Masthammel	42
	2. ältere Masthammel	36
	3. mäßiggenährte Hammel u. Schafe (Mastschafe)	36
Schweine	1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	70
	2. fleischige	67
	3. gering entwickelte	62
	4. Saunen und Eber	62

c) Verkauf: 124 Rinder und zwar 12 Ochsen, 11 Kalben, 51 Kühe, 50 Bullen  
827 Ferkel  
285 Schafe  
1771 Schweine

d) Geschäftsgang: mittelmäßig, mittelmäßig, mittelmäßig, mittelmäßig

**Halt! Achtung! Halt!**

**Unerreicht billige Gelegenheitskäufe**

in neuen und wenig getragenen Anzügen (auch für Start-beleibte), Frack- und Gesellschaftsanzüge, Paletots sehr billig u. leichw., Pelzröcken, neue und getragene einzelne Hosen, **100e!!** Sommer, Herbst- u. Winter-Überzieher in allen Größen, auch in Selbstweiten, Samtmäntel verkaufen zu jedem Preis billig. Auch empfehlen wir Emolind, Frack, schwarze Jacketts, Hosen, Westen, blaue Arbeitsanzüge, englisch Lederhosen, Dress-Jacken, Hosen, Segel- und Wasserlatten, getragene Eisenbahnmäntel, Pelze, Zoppen, Rangschäfer, Schafstiefel, Militärstiefel, stets großes Lager in neuen Schuhwaren für Männer, Frauen und Kinder, Hüten, Minge, Theatergläser, Koffer, Handtaschen, Waren durch Einkäufe von Pfand- und Leihhaus-scheinen und Partiepösten. [19888]

**Gebrüder Cohn (Gegr. 1882)**  
Nikolaistrasse 27, 1. Treppe.  
(Vom 1. Oktober Nikolaistrasse 8 1 Treppe.)

Kein Laden! Keine Ladenmieten! Keines Geschäftsspesen! daher jedes Paar ein

**Gelegenheitskauf**

Wichsleder-Kinderstiefel genagelt, prima Ober- und Unterleder 27-30 31-35 **2.70 3.20**

Leht Boxcalf-Kinderstiefel Natura-Form 27-30 31-35 **3.90 4.40**

Restbestand! Elegante braune Kinderstiefel mit Lackkappe 27-30 31-35 **4.40 4.90**

Sandalen, feinste Qualität, alles Ia Leder 23-26 27-30 31-35 36-39 **2.40 2.75 3.20 3.70**

Damen-Lederhausschuhe mit fester Ledersohle u. Fleck, braun u. schwarz **2.25**

**J. Fränkel, 25 Tauchaer Str. 25, I. Et.** gegenüber Battenberg.  
Kein Laden. Kein Laden.



**Ernst Enge**  
Grümmalcher Steinweg 8.  
Neuhöhen  
Portemonnaies  
Damenhandtaschen  
Rucksäcke  
Hosenträger  
Spazierstöcke  
100 Laternen  
von 50 Pf. an  
Prämien

Sportpreise, Tombola-Gewinne  
Haus- u. Wirtschaftsgegenstände  
= Jubiläum-, Beschrifts- u. Geschenk-Artikel. =

Bitte zu beachten!  
**80 Mark-**  
on hochfeine Zigarren zur Auswahl zum Preise von 5, 6, 7, 8, 10, 12 bis 30 Pfg. Zigaretten, Rauchtobak, Pfeifen. [11005\*]

**E. Nippolt, L.-Neustadt**  
Einerstr. 5, Ecke Ludwigstr.

Gegenseitige Hilfe in der Tier- u. Menschenwelt.  
Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk.  
Volksbuchh. Leipzig und Filialen

## Die Vetter.

Eine Geschichte von der Hausmaus, der Waldmaus, der Feldmaus, der schwarzen und der braunen Ratte.

Von Karl Ewald.

„Nachdruck verboten.“  
Dann verging wieder einige Zeit, und es wurde Winter. Alle die Vögel, die fortzogen sollten, waren auch fort; die Bäume waren entblättert, und es hatte gefroren und geschneit. Der Wald war weiß und schön gewesen, und dann hatte sich alles wieder in häßlichen Morast verwandelt, so wie es nun einmal im Winter der Fall ist. Der Förster ging selten in den Wald seit der Ankunft des Forstlandkandidaten. Er sah meistens in dem alten Buchstisch in der warmen Stube und ordnete seine Rechnungsbücher und dachte an die alten Zeiten, als er noch jung und leichtfüßig war und nie danach fragte, ob es warm oder kalt sei. Er liebte es auch sehr, von den alten Zeiten zu erzählen. Und selbst wenn er seine Geschichte schon so und so oft erzählt hatte, so nahm man ihm das doch nicht böse, weil er eben schon so alt war, hörte ihm vielmehr geduldig zu.

Jens ging seiner Arbeit nach, die im Winter nicht gerade sehr mühselig war, und das Fräulein hatte in Küche und Speisekammer zu tun. Der Kammerjäger war dagewesen, und nach vielen Anstalten und nachdem man ihn gut bezahlt hatte, wieder abgereist. Vierzig schwarze Ratten waren in den Schränken aus Eßkorn und Getreide hervorgezogen worden, aber nur zwei braune, und zwar ein paar ganz junge, und gar keine Mäuse. Aber sofort nach der Abreise des Kammerjägers starb der alte Rater vor Alter und Faulheit. Sein Tod wurde sehr bedauert, und er wurde mit großer Feyerlichkeit im Garten bestattet. Aber noch bevor er in die Erde kam, hatte Jens vom Waldhüter eine junge Ratte mitgebracht. Und das mußte man sagen: die war von a b c r Art als alle.

Der Förster sagte freilich, in seiner Jugend hätte der selbige Rater ebenso ausgefallen. Und das mochte auch richtig sein; denn man kann ja die Jugend nicht nach dem Alter beurteilen. Bestand jedenfalls das eine, daß die neue Ratte auf die Jagd ging. Der Knecht hatte vorgeschlagen, ihr nur morgens Milch zu geben und sonst nichts, bis sie eine Maus oder Ratte gefangen hätte. Und so geschah es. Wann immer sie sich nach der Morgenmilch sehen ließ, stets wurde sie gesteckt:

„Wo ist dein Mäuschen? Wo ist deine Ratte?“  
Und mit der Zeit gewöhnte sie sich so sehr daran, daß sie, sobald sie danach gefragt wurde, sofort hinlief und die Maus oder Ratte holte, die sie nicht vorher zu verpassen, sondern eben zu diesem Zweck anzubewahren pflegte. Dann bekam sie zur Belohnung ein kleines Stück Speck oder was sonst gerade im Haushalt abfiel. Konnte sie aber einmal keine Ratte oder Maus aufzuweisen, dann bekam sie auch keinen Speck. Das war so gewöhnlich, wie das Amen in der Kirche.

Das junge Fräulein kümmerte sich gar nicht mehr um diese Dinge, sondern ließ den Knecht schalten und walten. So oft ihr Blick zufällig auf das Pannelloch im Esstisch fiel, senkte sie und sagte:

„Du garstige, garstige Maus, die mich Vertrauen so schändlich betrogen hat! Ich bin gut zu dir gewesen und habe die alle Tage Futter gegeben, und du hast mir doch Fimt gestohlen! Trotzdem bin ich wieder gut zu dir gewesen und habe das Gift weggeworfen, das der Kammerjäger vor dein Mäuseloch gelegt hatte. Wie willst du mich nun zum Lohn dafür belohnen? Aber du kannst machen, was du willst. Ich glaube dir doch nicht mehr; und ich kann dir nicht helfen, wenn die neue Ratte dich eines Tages erwischt. Das ist ein ganz anderer Vursche als die alte Ratte. Sie wird dich schon kriegen, gib mal acht! Aber du hast es dir selber zuzuschreiben!“

Wenn sie so sprach — und es geschah sehr oft —, so war das sehr bitter für die kleine Maus, die hinterm Pannelloch saß und das alles mit anhören mußte, ohne sich verteidigen zu können. Sie hätte dem Fräulein ja so gern erzählt, daß sie gar nicht so böse sei. Wie gern hätte sie wieder jeden Morgen ein Stück Futter vor ihrem Mäuseloch gefunden! Denn es waren schwere Zeiten. Seitdem der Kammerjäger dagewesen war, wagte sie ja fast nichts mehr zu essen, und Hunger, es könnte ein heimtückisches Gift darin sein. Und sie konnte sich fast nirgendwo sehen lassen, weil sie auf Schritt und Tritt der neuen Ratte begegnete.

Aber die Maus konnte ja nun einmal nicht mit dem Fräulein sprechen. Auch zur Scheune getraute sie sich nicht hinüber, so gern sie ein Wort mit dem Vetter aus der Hauptkammer gewechselt hätte; als sie nämlich eines Tages durch die Abflur rinne lief, da sah die neue Ratte am andern Ende und hätte sie ja ein Paar getroffen. Drum mußte sie unsere Maus mit schmalen Kriechen und einem schlechten Gewissen begnügen. . . .

Eines Morgens verließ die Hausmaus die Försterei durch das Loch nach dem Walde hin. Sie wählte die Zeit, als die Ratte ihre Morgenmilch bekam, so daß sie einermöglichen unbesorgt sein konnte. Sie lief ein gutes Ende über den Schnee hin, bis zur Wurzel der großen Buche, wo, wie sie wußte, Vetter Waldmaus sein Nest hatte.

Dann pfiff sie dreimal auf bestimmte Art, die nur die Mäuse verstehen, und die bedeutet, daß eine Maus die andre zu sprechen wünscht. Nach einer Weile kam auch richtig die Waldmaus zum Vorschein.

„Guten Tag, Vetter,“ sagte die Waldmaus. „Was verschafft mir die Ehre? Ich habe dich ja sehr lange nicht gesehen.“  
„Guten Tag, Vetter, und schönen Dank!“ erwiderte die Hausmaus. „Es tut zu dieser Jahreszeit nicht gut, auszugehen.“

„Nein, wahrhaftig nicht, Vetter,“ sagte die Waldmaus. „Auch ich halte mich dauernd in meiner Verfassung; höchstens daß ich einmal vor die Tür gehe, um etwas frische Luft zu schnappen oder die Schalen wegzutragen. Siehst du, hier hab ich meinen Bekräftigung.“

Vor dem Mäuseloch lag ein ganzer kleiner Haufe von Eichel- und Nußschalen. Sehend warf die Hausmaus einen wehmütigen Blick darauf.

„Wieviel du schon gegessen hast!“ sagte sie. „Und unten in deiner Speisekammer hast du gewiß noch viel mehr.“

„Selber nicht allzuviel,“ entgegnete die Waldmaus. „Ich werde mich freuen, wenn ich den Rest des Winters mit halber Kost überstehe. Wenn mein eigenes Kind Rot litte, — ich könnt ihm nicht mal mit einer Nuß helfen. Es sind grauenhaft schwere Zeiten.“

„Das ist wahr. Für mich wie für dich. Du brauchst nicht zu befürchten, daß ich dich anbeteln will. Ich komme nur, um ein bißchen mit dir zu plaudern. Sollen wir nicht für ein Weisgehen in deine Wohnung gehen?“

Die Waldmaus dachte ein wenig nach. Sie hatte es nicht gern, daß die andre da unten alle die herrlichen Vorräte zu sehen bekam. . . .

„Nicht so früh am Tage, Vetter,“ erwiderte sie. „In ein bis zwei Stunden bist du willkommen, wenn du dich dann hierher getraust, der Rabe wegen. Aber jetzt ist unten noch nicht zurechtgemacht. Ich weiß, wie eigen und proper ihr Hausmäuse seid; darum schäme ich mich, dir mein Heim zu zeigen, bevor alles geputzt und in Ordnung gebracht ist. Am liebsten ist mir, du wartest bis zum Frühjahr, bis ich Großreinemachen gehabt habe.“

„Meinetwegen, meinetwegen,“ sagte die Hausmaus. „Dann bleiben wir eben hier, obwohl es einem verflucht kalt wird, wenn man so auf dem nackten Schwanz im Schnee sitzt. Ich wollte, wie gesagt, auch bloß ein bißchen mit dir plaudern. Ueber die Familie. Ich weiß nicht, ob du gehört hast, daß ein Vetter von uns aus der Hauptstadt eingetroffen ist?“

„Nein. Wie heißt er denn? Ist es ein tüchtiger Kerl?“  
„Es ist eine braune Ratte. Und sie hat sich als sehr tüchtiger Vertreter eingeführt. Sie kam in der Kolonialwarenliste an, die wir in jedem Herbst vom Kaufmann aus der Stadt bekommen. Das ist eine große Ratte, die mit den ledesten Sachen gefüllt ist, die du dir vorstellen kannst. Sie war nur aus Versehen hineingeraten, und da reiste sie mit zu uns herüber.“

„Das kann man wohl Gott eine Reise in der ersten Klasse nennen!“ meinte die Waldmaus lachend.

„Das kann man,“ sagte die Hausmaus. „Ich hätte nichts dagegen, die Welt in so einer Kiste zu durchreisen. Uebrigens ist es eigentlich kein Vetter, sondern eine Cousine, obendrein eine jungverheiratete Frau, die damals, als die Kiste ankam, gerade ihrer Albernheit entgegen sah. Sie richtete sich denn auch sofort ein gemüthliches Nest in der Scheune ein, und vier Tage davor kam die Kinderchen zur Welt.“

„Soja,“ sagte die Waldmaus. „Ja, Kinder gibt es immer genug und mehr als das.“

„Das ist wahr. Aber nun hör einmal, wie es mir gegangen ist. Anfangs war die Cousine sehr liebenswürdig zu mir, traktierte mich mit Zucker, Fimt, Mehl, Kambis und Stärke und mit allem möglichen Sachen. Na, ich nahm ihre Einladung denn auch an und aß mich satt. Hätest du das nicht auch getan?“

„Natürlich. Man soll die Leute nicht kränken, indem man ein gutes Angebot ausschlägt. Und wenn es obendrein gar eine Cousine ist, die einem ihre eignen Waren vorsetzt.“

„Na, die Ratte gehörte ja allerdings eigentlich dem Förster,“ warf die Hausmaus ein.

Aber die Waldmaus war anderer Meinung: „Wenn man die Sache so ansieht, so besäßen wir ja gar nichts. Ich rechne anders. Ich sage mir, die Bucheckern, Eichel und Nüsse hier draußen, die gehören mir, und die Speisekammer in der Försterei gehört dir. Danach muß also die Ratte der Ratte gehören, weil sie darin hier eingetroffen ist. Aber nun erzähle weiter, wie die Geschichte abgelaufen ist.“

„Sehr löblich. Vier Tage lang lebten wir also herrlich und in Frieden. Am fünften aber kamen das Fräulein und der Knecht und packten aus.“

„Acht! Da hatte die Herrlichkeit ein Ende, wo: ich mir denken kann.“

„So war es, Vetter,“ sagte die Hausmaus. „Aber wenn es nur das gewesen wäre! Nichts wärdt ewig hier in der Welt, nicht einmal eine Ratte mit Kolonialwaren aus der Stadt, — obwohl es eine so große Ratte war, wie ich sie noch nie gesehen habe. Aber als die beiden nun sahen, daß jemand in der Kiste gewesen war, da wurden sie ja natürlich sehr böse; und aus Mäusen wurde die Sache in die Höhe gehoben, verflucht du.“

„Und dabei war die Ratte die Uebelthäterin,“ sagte die Waldmaus. „Das war allerdings schlimm für dich.“

„Das war es. Sie glaubten nicht, daß noch Ratten da seien; denn sie hatten ja sehr viele vorgeschlagen, nachdem die eine den Jens in die Kiste gebissen. Und darum mußten es die Mäuse gewesen sein, versteht sich. Wie ich später gehört habe, hat das junge Fräulein, solange es konnte, für mich Partei genommen, aber der Förster wie der Knecht sagten, Mäuse und Ratten seien ein Vag.“

„Ja, das ist das Verfluchte!“ rief die Waldmaus ein. „Wenn es nur so wäre mit der Feldmaus und mir. Wir Waldmäuse müssen für die Schande der Familie büßen. — — — Da denn nun das Fräulein nicht herausgekriegt, wie die Sache zusammenhing?“

„Nein. Es ist mir überhaupt so schlecht gegangen, wie es nur gehen konnte. Sieh mal, ich hatte sie ja sagen hören, daß die Ratte nun angepackt werden solle. Und nun war da noch so viel von dem ledern Fimt, den ich so gern esse. Darum beschloß ich in der letzten Nacht, ein großes Stück in meine Wohnung zu schleppen, um etwas zu haben, wovon ich zehren konnte. Das tat ich denn auch und bekam ihn wohlbehalten durch die Abflurrinne. Aber nun war es so groß, daß ich es schlecht weiterzuschleppen konnte. Da gerangte ich es in zwei Hälften. Die eine brachte ich glücklich in mein Loch hinab und die andre bis an das Loch, aber auf einmal ging eine Tür; ich erschrak, ließ das zweite Stück los und lief weg.“

„Na, du hast es dir doch wohl nachher geholt?“ fragte die Waldmaus. „Es lag ja gerade vor dem Loch.“

„Allerdings. Aber nun höre nur, welches Pech ich hatte. Als ich in mein Loch hinabkam, schlief ich ein. Ich weiß nicht, wie das möglich war. Aber ich werde immer so schön schlaftrig, wenn ich Fimt esse. Und dann habe ich die herrlichsten Träume von Speck und allerhand ledernen Dingen. Na, ich schlief also ein und schlief und schlief und träumte. Als ich schließlich wach wurde, war es helllicher Tag, was ich ja sofort sah, als ich die Nase zum Loch hinausstreckte. Der Fimt lag da. Aber das Fräulein war im Zimmer, so daß ich ihn nicht wegnehmen wagte. Und als sie in die Küche hinausging, ließ sie die Tür offen stehen, was sie sonst nie zu tun pflegte, und in einem fort kam und ging sie. Und dann gingen sie ja an, die Kiste anzupacken; und sie trug die Sachen in den Schrank und ins Vließet. Pöthlich aber blieb sie vor meinem Loch stehen: sie hatte das Stück Fimt entdeckt. Da war sie sehr betrübt über meine Valschheit, wie sie es nannte, und sagte, sie wolle ihre Hand von mir ziehen und mir nie mehr Futter geben. Und seit jenem Tag habe ich denn auch kein einziges Stück mehr bekommen. Das ist ein großes Unglück für mich.“

„Gewiß,“ sagte die Waldmaus, „aber was ist dabei zu tun? Du kannst dich ihr ja nicht verständlich machen.“

„Nein,“ fuhr die Hausmaus fort, „das kann ich nicht. Und nun ist ein Kammerjäger dagewesen; und es ist eine neue Ratte angeschafft worden; die paßt auf wie der leibhaftige Satan. Es ist ein reines Wunder, daß ich ihr bisher entwischt bin. Ich wünschte, ich wäre tot. Mit den guten Tagen in der Försterei ist es vorbei, und sie werden nie wiederkehren. Das ist um so härter, weil man gehofft hatte, daß man es auf seine alten Tage ein bißchen gut haben würde.“

„Ja — glaube nur nicht, daß es hier draußen viel besser ist,“ sagte die Waldmaus. „Es ist ein neuer Forstlandkandidat eingetroffen, das ist ein garstiger Patron.“

„Aber, er kam zusammen mit dem Kammerjäger. Jens hat sie auf dem Bahnhof abgeholt.“

„Während aber der Kammerjäger wieder abreiste, ist der Forstlandkandidat hier geblieben und ist immer noch hier und wird wohl nie wieder wegreisen. Er will der Mäuseplage unbedingt zu Leibe gehen, wie er es nennt, und womit er also die Feldmaus meint. Bucheckern und Eichel werden früher eingesammelt, bloß damit wir verhungern sollen. Er will Ragen in den Wald lassen, das ich ihn sagen hören. Und Enten sollen eingeführt werden, als gäbe es nicht so schon genug. Und Fische und Wader und Bussarde und Stiffe und Hermeline sollen fünf Jahre lang geschont werden. Das wird eine schöne Komödie.“

„Ja,“ senkte die Hausmaus. „Es kommen schlechte Zeiten für unsere ganze Familie.“

(Schluß folgt.)

## Sozialistische Reisebriefe.

V. Dymman.

London, 6. August.

Wenn der Sozialismus nichts anderes wäre, als eine sozialmechanische Reflexerscheinung der kapitalistischen Produktionsweise, so müßte er, sofern diese Produktionsweise in allen Ländern, wo sie bereits herrscht, dieselbe ist, auch überall dieselbe Form annehmen. Dann hätten wir nicht nur einen internationalen, sondern einen kosmopolitischen Sozialismus; keine Einheit in der Rieförmigkeit, sondern eine bloße Einheitsart seiner Ausprägungen. Das letzte ist jedoch bekanntlich nicht der Fall. Zum Glück nicht, möchte ich fast hinzufügen, obwohl ich mir bewußt bin, daß die Einseitigkeit dieses Urteils im Grunde auf dem selbstthätigen Willen des Studenten des internationalen Sozialismus beruht, dessen größte Freude ja gerade im Erforschen und Erklären der nationalen Eigenarten des Sozialismus besteht. Aber wie dem nun auch sei, es ist eine Tatsache, daß es trotz der wesentlichen Uebereinstimmung des „wirtschaftlichen Unterbaus“ derartige Eigenarten gibt, und zwar manchmal in sehr ausgesprochenem Maße. Der Sozialismus ist eben auch ein Kulturprodukt — nicht bloß in dem Sinne, daß seine geistigen Ausprägungen auf allen Gebieten (trotz ihrer vielfach noch recht embryonalen Form) den höchsten Punkt der von der Nation erreichten Kulturstufe darstellen, sondern auch in dem Sinne, daß die Elemente, aus denen diese geistigen Ausprägungen zusammengesetzt sind, dem Kulturleben der ganzen Nation entstammen, so daß die Eigenart des nationalen Kulturlebens eben auch auf die Eigenart des nationalen Sozialismus abwärts.

In noch weit höherem Maße, als von der sozialistischen Gesamtbewegung, gilt dies von ihren Äußerern, zumal diese zum größten Teile den Kreisen der gebildeten Bourgeoisie entstammen. Es ist daher begreiflich genug, daß die Elemente der bestehenden, d. h. der bürgerlichen, nationalen Kultur — denn eine kosmopolitische, proletarisch-sozialistische Kultur ist erst im Entstehen begriffen — in der Geistesverfassung dieser Genossen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, im Verhältnis zu den Elementen ihrer allgemeinen, sozialistischen Ueberzeugung, die auf der Erkenntnis von wirtschaftlichen und andern von nationalen Kulturlebens unabhängigen Tatsachen beruhen. So stellt die Psyche von manchem der hervorragendsten Führer der internationalen Sozialisten eine Quintessenz der nationalen Eigentümlichkeiten der von ihm vertretenen Bewegung dar; man denke nur etwa an Bebel und Jaurès als typische Inkarnationen des deutschen und des französischen Sozialismus, ihrer nationalen Bezüge und ihrer nationalen Schwächen — in mehr als natürlicher Größe. Man mag das bedauern oder sich darüber freuen, je nachdem man selber veranlagt ist, aber die Tatsache ist zu sehr durch die Natur der Dinge bedingt, als daß sie sich an der Welt schaffene ließe. Ein Sozialist, dessen Sozialismus — und ich meine hier nicht bloß die theoretischen Ausprägungen seines Sozialismus, sondern vor allem seine sozialistische Praxis, die nicht bloß von abstrakten Erwägungen geleitet, sondern von allen den psychologischen und psychologischen Charaktereigenschaften des Mannes, wie er lebt und webt, bedingt ist — ein Sozialist, der seinen Sozialismus in diesem weiteren Sinne des Wortes von jeder Einwirkung derartiger nationaler Kultur-elemente frei ist, ist ein Phantasiegebilde, das nirgend Wirklichkeit werden kann. Es sei denn vielleicht, daß es sich um einen Menschen handelt, für den die Entwicklung zur sozialistischen Weltanschauung überhaupt erst den geistigen Eintritt in die westeuropäische Kultur bedeutet, wie man sich das etwa von einem noch nicht „assimilierten“ Juden oder sonst einem Angehörigen einer durchaus exotischen oder kulturell unentwickelten Rasse vorstellen kann. Und umgekehrt wird man oft feststellen können, daß, unter sonst gleichen Umständen, die fraglichen nationalen Eigentümlichkeiten um so ausgeprägter sind, je höher das Subjekt in bezug auf Charakter- und Geistesbeschaffenheit und moralische und intellektuelle Bildung steht.

Ich hielt diese allgemeine Vorbemerkung für notwendig, um den Leser in die tolerante und sympathisierende Geistesverfassung zu bringen, aus der heraus allein Erscheinungen wie die, die ich gleich zu behandeln haben werde, ganz begriffen, intellektuell verstanden und ästhetisch genossen werden können. Die Erscheinung, die mich gewissermaßen als Vorbildsmaterial zu dieser Exkursion in das Gebiet, sagen wir, der historisch-materialistischen Sozialstendigraphie verführte, heißt Henry Dyer's Dymman.

Die Psyche Dymmans ist ein noch weit stärkeres Verarbeitungsprodukt zum Betrachten der Tugenden und der Schwächen des englischen Sozialismus, als etwa die eines Bebel oder Jaurès für Deutschland oder Frankreich. Hier und da bietet das Bild, wie das ja bei der extremen, übertriebenen Individualisierung so vieler Dinge in England begreiflich ist, sogar beinahe karikierte Züge — man denke nur an Dymmans bekannte Deutschenreservierung. Aber um so mehr verdient er es, nicht bloß um seiner Person willen, sondern als Schlüssel zum Verständnis der wichtigsten Charakterzüge des englischen Sozialismus überhaupt zum Gegenstand einer Seelenanalyse gemacht zu werden.

Ich will damit nicht sagen, daß die Person Dymmans an und für sich eine solche Analyse nicht lohne. Im Gegenteil. Auch als Mensch betrachtet verdient Dymman es, mit den einzelnen Elementen, die der Stolz des internationalen Sozialismus sind, auf eine Stufe gestellt zu werden. Denn man darf ja wohl sagen, daß es unter den hervorragendsten Figuren unserer internationalen Bewegung einige gibt, die durch ihren Charakter, ihre Bildung und ihre Arbeitskraft zu jener Sorte von Uebermenschen gehören, das nichts anderes ist, als die Menschheit.

Zeit in ihrer höchsten heute erreichbaren Potenz — die Aristokratie der kommunistischen Gesellschaft von Morgen. Es gibt einige solcher Naturen, in denen das Feuer der sozialistischen Ueberzeugung eine Glut entfacht hat, die den Organismus eines Durchschnittsmenschen bestenfalls in kürzester Zeit verzehren würde. Eines der Merkmale dieses Zustands ist die ewige Jugend der Arbeitskraft, der Begeisterung und des Optimismus, die solchen Menschen blüht, wenigstens bis zur äußersten Grenze der physiologischen Möglichkeit — man denke wiederum nur etwa an August Bebel. Und dies ist auch mit Syndman der Fall. Auch körperlich steht er, mit der kleinen, breiten, forschigen Gestalt, der Geschmeidigkeit und Lebendigkeit der Bewegungen, dem wackelnden, kaum hier und da leicht graubraunen Vollbart, wie ein Mann aus, der vielleicht im Anfang der fünfziger Jahre steht, von dem man aber gleichzeitig sagen muß, daß er lebendiger, rühriger und munterer ist, als so mancher zwanzigjährige Jüngling. Das ist wenigstens der Eindruck, den ein jeder von ihm erhalten muß, der ihn etwa auf einem unserer internationalen Kongresse beobachtet hat — wie er unter allen englischen Delegierten der regsamste, hurtigste, und manchmal sogar (wie in Stuttgart in der Diskussion über die Kolonialpolitik) der hitzigste und lauteste ist. So fand ich ihn auch im eigenen Heim, bei den kleinen und kleinsten Aufgaben des alltäglichen Lebens. Während er sich mit mir in der lebhaftesten Weise unterhielt, führte er ein Stodwerk niedriger seine Korrespondenz; das heißt, er sprang von Zeit zu Zeit auf und die Treppe hinunter, um von seiner Typistin ein paar Briefe stenographisch aufschreiben zu lassen, kam dann gleich wieder herauf, bis es an der Zeit war, wiederum hinunterzutreten, um ein paar Unterschriften auszufertigen und einen neuen Brief zu diktieren. Während der Unterhaltung gab er auf jede Kleinigkeit acht, die überhaupt nur im Zimmer zu beobachten war; als er zum Beispiel merkte, daß ein Teelöffel fehlte, war er auch schon aufgesprungen, dieses Instrument rasch aus der Küche zu holen. Aufmerksam genüßte nicht einmal diese Beschäftigungen zur Befriedigung seines Bedürfnisses nach Betätigung und Bewegung, denn wenn er einmal zehn Minuten lang stehend redete, machte er in der Zeit zwei- oder dreimal gewöhnlichen Turnübungen mit den Beinen, indem er sie wiederholt einzog und mit kräftigen, kurzen Stoßbewegungen ausstreckte — genau so, wie ein eben mannsbar gewordener Junge, dem das Gefühl seiner jungen Vollblütigkeit keine Ruhe läßt. Dabei ist Syndman schon einigermassen über dieses Alter hinweg, denn er steht im siebzigsten Lebensjahre.

Er fand also schon im reifen Mannesalter, als er vor etwa dreißig Jahren zum Sozialismus überging und die S. D. F. gründete. Was ihn dazu bewog, waren ganz andre Gründe, als die die Arbeitermassen aus der Erkenntnis ihrer Klassenlage heraus zum Sozialismus bringen. Er gehörte den Kreisen von Bildung und Besitz an. Er stammt aus einer kleinadligen Grundbesitzerfamilie, die in einer südenglischen Grafschaft ansässig ist — einem echt angelsächsischen Stamm, dessen Söhne von jeher den höchsten und reinsten Typus der Klasse oder wenigstens der regierenden Klassen aus dieser Klasse dargestellt zu haben scheinen und die im Laufe der drei letzten Jahrhunderte meist in der überseeischen kolonialistischen und militärischen Tätigkeit eine Gelegenheit zur Betätigung ihrer Energie suchten. Danach kann man es begreifen, in wie hohem Grade Syndman ein echter Sohn Albions ist. Und zugleich wird es einem klar, wie es kommt, daß der politische Ausgangspunkt der Entwicklung, die ihn zum Sozialismus führte, nicht, wie bei den meisten weniger oder mehr sozialistisch gewordenen Akademikern, der Liberalismus, sondern der Konservatismus war. Zur Vermeidung von Mißverständnissen will ich gleich darauf hinweisen, daß der englische Konservatismus oder Toryismus, auch in der Form, wie er noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Syndmans väterlichem Hause geherrscht haben mag, etwas ganz anderes ist und vom kulturgeschichtlichen Gesichtspunkt aus gesehen unvergleichlich höher steht, als die dumme-brutale, militärisch angelegene „Besinnung“ der ostelbischen Protowagnerpatrioten. Obwohl der englische Toryismus wenigstens ursprünglich von der Vertretung derselben feudal-agrarischen Interessen ausgeht wie der deutsche Konservatismus, so läßt doch zwischen der kulturellen Bedeutung von beiden der ganze Abgrund des Unterschieds zwischen dem Jahrhunderte alten, hochentwickelten modern-politischen Leben Englands, das auch die Vertretung der politischen Interessen und Ideologien des Agrarconservatismus in die sein organisierten Formen des bürgerlichen Parlamentarismus in seiner Blütezeit hineinzwang, und dem erst kaum aus dem Mittelalter herausragenden politischen Leben der ostelbischen Landjunker deren Bildung und politische Schulung weist zur einen Hälfte auf ihren Landgütern bei der Viehzucht und zu der andern Hälfte auf den Kasernenhöfen beim Aufwachen von Rekruten erworben zu sein scheint. Aber ich will mich hier nicht auf eine Abhandlung über den Toryismus und seine Entwicklung einlassen, obgleich der Gegenstand vornehmlich genug ist. Das bloße Bestehen eines Torys wie Syndman ist zugleich das deutlichste Merkmal der geistigen Superiorität des englischen Konservatismus.

Wenn ich von „einem Tory wie Syndman“ im Präsens rede, so ist das keine stilistische Ungelegenheit. Syndman ist nicht bloß ein Tory gewesen, er ist es heute noch — wenigstens in sehr vielen Dingen, und hauptsächlich, soweit die guten Seiten des Toryismus in Betracht kommen. Denn darüber soll man sich nicht täuschen: die Ideologie des aufgeklärten Toryismus hat mehr Berührungspunkte mit dem revolutionären Sozialismus, und zwar namentlich im zeitgenössischen England, als man sich das gewöhnlich vorstellt. Dieser Zustand beruht zunächst auf der Tatsache, daß der schlimmste politische Feind der englischen Arbeiterklasse unter den heutigen Verhältnissen der Liberalismus ist. Der englische Liberalismus ist im Grunde nicht weniger arbeiterscheindlich als der Konservatismus, aber er ist außerdem bedauerlicherweise gefährlicher als dieser, weil er diese Arbeiterscheindlichkeit unter dem heuchlerischen Deckmantel eines „demokratischen“ Mandelstums verbirgt, und zwar, wie die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung seit mehr als einem halben Jahrhundert deutlich genug zeigt, mit unbestreitbarem Erfolg. Der englische Liberalismus ist das größte politische Hindernis im Befreiungskampf der Arbeiterklasse, weil er ihrer Erweckung zum Klassenbewußtsein im Wege steht, indem er sie in dem Glauben hält, sie habe ihr Teil von der Weiterentwicklung der bürgerlichen Demokratie zu erwarten. Der Liberalismus bekämpft nicht bloß die Arbeiterbewegung, er korumpiert sie. Der bürgerlich-liberale Geist der Individuellen oder zum mindesten nicht die ganze Klasse umfassenden „Selbsthilfe“, wie er im traditionellen Trade-Unionismus zum Ausdruck kommt, der selber nichts anderes ist als die Anwendung der liberalen Ideologie auf die Arbeiterbewegung, spaltet die Arbeiterklasse in eine spielerisch selbstzufriedene Privilegiertenengruppe und die große Masse eines immer tiefer im Elend verfallenden Proletariats, und entfernt sie daher vom Endziele ihres Bestrebens, der Einheit der gesamten Arbeiterklasse. Der englische Liberalismus hat die moralische Befestigung der Arbeiterführer und ihre Verwendung als Instrumente zur Korruption der Gesamtbewegung zum System erhoben. Vom Gesichtspunkte der politischen Gerechtigkeit aus verdient er es durchaus, die organisierte Deutscher genannt zu werden. Und je mehr sich die Klassengegenstände zuspitzen, um so unhaltbarer wird seine Position als Vertreter des Klassenveröhnungsgedankens, um so mehr schwindet seine innere Kraft und Energie, und zugleich der letzte Rest der logischen Konsequenz seiner Begriffe, die in immer verzweifelteren Versuchen, Gegenfächlichen vereinigen zu wollen, aufgegeben wird, wie auch der Ehrlichkeit seines Willens, der am Ende nur noch darauf gerichtet ist, den Schein einer längst verschwundenen inneren Wahr-

haftigkeit zu wahren. Insofern besteht auch darin eine Ähnlichkeit zwischen Konservatismus und Sozialismus, daß sie beide als politische Mächte im Wachstum begriffen sind; wogegen der unaufhaltsame Verfall des Liberalismus sich in einer zunehmenden prinzipiellen, moralischen und geistigen Verödung äußert, die im schärffsten Gegensatz steht zu dem Wachstum an Willenskraft, Ehrlichkeit und innerer Konsequenz des Gedankens, die Kraft der großen Entwicklungstendenzen der Gesellschaft aufkommenden Parteien — und die nächste Zukunft in England gehört zweifellos dem Konservatismus — eigen sind. Der gemeinsame Daß des Liberalismus ist wohl einer der wichtigsten Faktoren, die einen englischen Sozialdemokraten in gewisser Hinsicht dem Konservatismus ideologisch nähern können. Es gibt aber auch noch andre ideale Berührungspunkte. Der Konservatismus — natürlich rede ich hier nur von dem aufgeklärten Konservatismus der Gebildeten — wie der Sozialismus gehen beide aus der Feindschaft gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung hervor. Obwohl das Ideal des einen in der Vergangenheit und das des andern in der Zukunft liegt, so stellt doch auch dieses gemeinsame Gefühl, diese gemeinsame Kritik eine gewisse ideologische Brücke zwischen den beiden Weltanschauungen dar. Am deutlichsten kann dies vielleicht durch Beispiele auf dem Gebiete der Rhetorik illustriert werden: man denke beispielsweise nur daran, wie sehr sich in der Bewegung der Praeraphaeliten sozialistisches Zukunftsehen mit konservativem Vergangenheitsgefühl vereinigte — zwei Tendenzen, die beide in demselben Ziel vor der Mächtigkeit der idealeren Gegenwart wurzeln! Aber auch auf dem eigentlichen Gebiete der Politik gibt es ähnliche Berührungspunkte. Zum Beispiel den Daß der demokratischen Philosophie des Liberalismus. Ich meine hier natürlich nicht den Gedanken der Demokratie als einer politischen Regierungsform, sondern die liberale Auffassung einer durch das Mittel der politischen Demokratie hervorgebrachten sozialen Umwälzung — eine Auffassung, die in der Wirklichkeit nichts anderes ist, als das seltsame Kleinbürgerliche Ideal der allgemeinen Mittelmäßigkeit, und leider nicht bloß ein „Ideal“, sondern bis zu einem gewissen Grade auch eine traurige, häßliche Wirklichkeit in diesem noch immer nicht vom Spielertum emanzipierten Zeitalter. Im Gegensatz zu dieser Art der „Demokratie“ hegen Konservatismus wie Sozialismus das Ideal einer Krisokratie; denn auch für den Sozialismus ist die Verwirklichung der politischen Gerechtigkeit und der sozialen Freiheit nur das Mittel, um zu einer tatsächlichen Föhrung durch die wahrhaft „Besten“ und „Besten“ zu gelangen.

### Kunstchronik.

#### Stadtheaterfragen.

Es sei mir erlaubt, zwei Einwände zu erheben, die gegen unsere bisherigen Betrachtungen erhoben worden sind. Der eine besagt, es sei weder möglich noch klug, den modernen Spielplan mit Scholz, Ernst usw. zu besetzen; das könne weder Publikum noch Kritik aushalten. Der Einwand will nicht viel bedeuten; denn er schiebt eine Meinung unter, die nicht geküßert worden ist. Es handelt sich nicht darum, den Spielplan mit den Worten der genannten Herren zu besetzen, sondern darum, daß man im Stadtheater gewisse literarische Richtungen überhaupt nicht zu Worte kommen läßt, trotzdem sich in ihnen ein Neues ankündigt, das eines schönen Tages herrschen kann; es handelt sich darum, daß diese Richtungen konsequent ignoriert werden — demgegenüber wird verlangt und darf verlangt werden, daß diese Richtungen im Theater wenigstens zur Diskussion gestellt werden. Mögen solche Erfassungserfolge bringen — dann sind es doch Mißerfolge, die eine Erörterung ernsthafter Verlegungen heraufzwingen, nicht solche Mißerfolge, wie wir sie in den letzten Jahren in einem fort erlebt haben, die absolut uninteressant sind. So wie die Dinge jetzt liegen, sorgt die Direktion nicht dafür, daß das Publikum in genügendem Maße über die Bestrebungen orientiert wird, die im künstlerischen Leben sich durchführen wollen; sie handelt genau so wie früherzeit die Direktion Stagemann in der Zeit des ringenden Naturalismus.

Der andre Einwand führt uns sofort vorwärts. Er besagt, es gehe nicht an, bei der Erörterung der Theaterfragen einseitig das Schauspiel zu behandeln. Eine gewisse Einseitigkeit mag gern zugestanden werden; sie ist aber beabsichtigt und bei der jetzigen Lage der Dinge auch gerechtfertigt. Einmal muß bei der Vergewöhnung der Paß des Schauspiels besonders berücksichtigt werden, da hier eine ernste Konkurrenz einsehen kann. Dann aber hat gerade unter der Direktion Volkner, wo die Kommunalisierung des städtischen Theaters Fortschritte gemacht hat, zungunsten des Schauspiels eine Bewegung eingesetzt, die die Fortentwicklung auf den Stadtheaterstypus der Zukunft hin geradezu hemmt. Es ist ein Widerspruch, daß die Stadtgemeinde Herrn Volkner Erleichterungen auf Erleichterungen, Zuschüsse auf Zuschüsse gewährt, damit er das Stadtheater nicht durchaus als Geschäftsmann zu leiten braucht, und daß Herr Volkner gleichzeitig der Operette einen Spielraum gewährt, der mit den Aufgaben des Stadtheaters unvereinbar ist. Wir sind jetzt so weit, daß die Operette mit etwa der gleichen Zahl von Aufführungen aufwarten kann wie das Schauspiel, ja daß sie dies an Zahl der Aufführungen übertrifft, wenn wir ihr — wie ja nur recht und billig — das ständische alberne Weihnachtsmärchen zurechnen, mit dem wir dieses Jahr beglückt worden sind. Mit andern Worten: eine Sorte Kunst, die in einem städtischen Theater gerade noch gebildet werden sollte, dominiert!

Die Entwicklung ist hier unter der Direktion Volkner an einem Punkt angelangt, wo die allerentschiedenste Opposition einsehen muß. Und zwar gerade deswegen, weil die Aufwendung der Stadt für ihr Theater in einem fort gestiegen sind. Solange die Operette überhaupt im Stadtheater gebildet wird, wohin sie kaum gehört, ist es natürlich gerechtfertigt, daß sie in anständiger Form gepflegt wird; es geht aber auf keinen Fall an, daß sie sich auf Kosten des Schauspiels und der Oper breit macht. Jetzt liegt die Sache so, daß das Schauspiel im Grunde heimlos ist. Es gehört in der Hauptsache ins Alte Theater; aber dort sind von 302 Vorstellungen des letzten Jahres, wenn wir das Weihnachtsmärchen hinzuzählen, der Operette rund 250 Vorstellungen eingeräumt gewesen, so daß also das Haus der Charaktere eines Operettentheaters annehmen und ein diesem Charakter entsprechendes Stammpublikum sich bilden mußte, dem die Schauspielaufführungen nur eine unangenehme Unterbrechung ihres Hauptvergnügens sind. Wir stehen jetzt im Leipziger Stadtheater so: die Oper hat ihr Haus und ihr Abonnentenpublikum, und die Operette hat ihr Haus und ihr verblödetes Publikum. Das Schauspiel aber hat weder sein

Haus noch sein Publikum, es wandert aus dem Alten ins Neue, aus dem Neuen ins Alte Theater und muß froh sein, wenn es da vom Operettenpublikum, hier vom Opernpublikum gnädig aufgenommen wird.

Das ist das Ergebnis des Stagemann-Volkner'schen Regimes. Und dem Uebelstand, daß die Operette im Stadtheater überhaupt gebildet wurde und daß nicht getrennt ein Oper- und ein Schauspielhaus mit besonderem Abonnenten- und Stammpublikum existiert, hat sich unter einer Leitung, die sich nicht energisch für die Rechte des Schauspiels einsetzte, ein Kostand entwickelt, der auf die Dauer unerträglich ist.

Es ist nun einmal so, daß das Schauspiel normalerweise das Rückgrat eines gemischten Theaterbetriebes bilden muß. Jahrhundert umspannt, Nation mit Nation verbindet und eine der Säulen der künstlerischen Gesamtkultur ist. Ist es da nicht ein offenkundiger Widerspruch, daß in einem städtischen Institut ausgerechnet das Schauspiel allmählich aus seiner Mittelpunktstellung herabgedrängt und zu etwas Gebildeten wird? Was bedeutet denn die Operette, namentlich wie sie jetzt ist, für unser Kultur? Und was soll ein städtisches Theater sein — eine Kulturstätte oder ein Tingeltangel?

Aber wenn wir den Zustand, wie er jetzt ist, verurteilen, wollen wir nicht ungerade sein, wollen wir nicht vergessen, daß ein Grundfehler in der Organisation des Stadtheaters vorhanden sein mußte, damit dieser Zustand herrschend werden konnte. Es mußte zu dem Alten Theater ein Neues gebaut werden, das namentlich Opernzwecken genigte und also in der Hauptsache Opernhaus wurde, und es mußte nicht gleichzeitig reichlich gearbeitet und das Alte Theater zum Schauspielhaus gemacht werden; in dem die Operette nichts zu suchen hatte. Wir haben nun die Folgen einer eher halbherzigen Organisation zu tragen.

Aber das eine ist wohl klar: je mehr sich die moderne Vorstellung von einem wirklich städtischen Theater Bahn bricht, das als städtisches Theater eben Kulturinstitut ist, um so mehr wird sich auch die Einsicht verbreiten, daß wir neben ein städtisches Opernhaus ein städtisches Schauspielhaus zu legen haben, in dem die Operette nichts zu suchen hat; mag dann die Stadtgemeinde, wenn sie das dringende Bedürfnis fühlt, auch Tingeltangelkultur zu verbreiten, noch ein Operettentheater dazubauen — unfernweg. Die Hauptsache ist, daß das Schauspiel innerhalb der städtischen Verwaltung sein eigenes Heim bekommt und damit sein eigenes, sein Stammpublikum.

Darauf ist hinzuwirken, ebenso hinzuwirken wie auf die städtische Intendanz; beides hängt zusammen. Damit wir aber so weit kommen, ist zunächst Ernst zu machen mit der Pflege des Schauspiels unter den jetzigen Verhältnissen, ist darauf zu sehen, daß auf eine Periode einseitiger Oper- und Operettenspiele eine Direktionsführung folgt, die dem Schauspiel zu seinem Recht verhilft. Darum darf wohl allerdings bei der jetzigen Verpachtung mit allem Nachdruck und auch mit einer gewissen Einseitigkeit verlangt werden, daß besonders ins Auge gefaßt wird, ob der neue Mann instande ist, unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen das Schauspiel so zu pflegen, daß es wieder ein wichtiger Faktor im städtischen Kunstleben wird und daß das Interesse am Schauspiel wieder in alle Kreise der Bevölkerung bringt. Einseitigkeit hin — Einseitigkeit her; die Einseitigkeit ist doch wohl zu einer Notwendigkeit geworden. gm.

**Neues Theater.** Sonnabend: Fuhrmann Denckel (neu einstudiert). Sonntag, 1/7 Uhr: Carmen. Montag: Die Dollarprinzessin. — **Altes Theater.** Sonnabend: Die geschiedene Frau. Sonntag: Der Graf von Luxemburg. Montag geschlossen.

In Gerhart Hauptmanns Schauspiel: Fuhrmann Denckel, das morgen im Neuen Theater neu einstudiert in Szene geht, sind beschäftigt die Herren Decarli, Jabet, Demme, Colmar, Brägmann, Böhler, Puth, die Damen Krolewka, Schippang, Braungardt, Kunzmann usw. Die Regie liegt in Händen des Herrn Regisseur Adolf Winds. Am Sonntag nimmt das Opernensemble nach beendeten Ferien seine Tätigkeit wieder auf, und zwar mit Bizet's Oper: Carmen, die in der bekannten Neuinszenierung gegeben wird.

Als erste Novitäten erscheinen: im Schauspiel Don Juans selbes Abenteuer, Drama in drei Akten von Otto Kuntze (15. September), in der Oper am 28. August Das Tal der Liebe von Oskar Straus, in der Operette als deutsche Aufführung am 27. August Die kleine Königin von Ivan Carlul.

**Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.** Schauspielhaus. Sonnabend: Die Logenbrüder. Sonntag: Der Meisterdieb. Montag: Der Meisterdieb. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomadring). Sonnabend: Sedda Gabler. Sonntag: Pariser Schattenspiele. Montag: Pariser Schattenspiele. Dienstag: Rosmersholm. Mittwoch: Pariser Sitten.

**Vattenberg-Theater.** Sonnabend: Roderich Keller. Sonntag: 3 Kullerl. Montag: Die goldne Spinne. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Vokomotivführer Claußen. Freitag: Charleys Tante. Sonnabend: Vokomotivführer Claußen. Sonntag, 21. August: Charleys Tante.

**Reichspalast** (Theateraal; Vaudeville-Saison). Abends 8 1/2 Uhr: Der Mann einer Künstlerin; Die Schamige; Manolescu, der Fürst der Diebe; Disziplinarrrest.

**Notizen.**

Wie die Strahlen des Radiums gewogen werden. Das Wunderelement Radium scheidet im Lauf der Zeit gewisse Massen aus, die man im allgemeinen als die Emanation jenes Stoffes bezeichnet hat. Ueber diese Ausstrahlung hat der berühmte englische Chemiker William Ramsay gemeinsam mit Dr. Gray an die Pariser Akademie der Wissenschaften Mitteilungen gelangen lassen, die über Untersuchungen von merkwürdiger Feinheit berichten. Es handelte sich für beide Forscher darum, das Atomgewicht jener Emanation zu bestimmen, wozu das sicherste Mittel wiederum in der Feststellung seiner Dichte oder seines spezifischen Gewichtes gegeben ist. Unter der Voraussetzung, daß das Element ein einatomiges Gas ist, ist das Atomgewicht ohne weiteres gleich dem doppelten des spezifischen Gewichtes. Der französische Physiker Debierne hatte bereits durch ein anderes Verfahren, nämlich durch einen Vergleich der Geschwindigkeiten, mit denen verschiedene Gase durch ein kleines Loch wandern, das Atomgewicht der Emanation zu ermitteln gesucht und war zu dem Wert von rund 220 gelangt. Ramsay und sein Gehilfe fanden den klünnen Entschluß, dies unsagbar zarte Gas mit einer Waage wägen zu wollen. Nach zweijährigen Versuchen gelang es ihnen, eine Waage aus geschmolzenem Quarz herzustellen, die in einem luftverdünnten Raum einen Gewichtunterschied von einem halben Millionstel Milligramm anzeigte. Mit dieser Waage, die sicher nie ihresgleichen gehabt hat, konnte tatsächlich der Unterschied des Gewichtes einer leeren und einer mit Emanation gefüllten Glasröhre gemessen werden. Die für das Atomgewicht erhaltene Zahl war 225. Uebrigens wird der Vorschlag gemacht, dieser Emanation, die von dem Radium selbst wesentlich verschieden ist, einen besonderen Namen Niton beizulegen, der an ihre phosphoreszierenden Eigenschaften erinnern soll.

Einführung des Metermaßes in China. Die chinesische Regierung hat, der Neuen Freien Presse zufolge, ihren Gesandten in Paris, Lion, beauftragt, sich mit dem Sitz des internationalen Bureau für Maße und Gewichte in Vereinbar in Verbindung zu setzen wegen Einführung des europäischen Metermaßes in ganz China. Bisher ist das offizielle Maß in China das Tsch — 22 Zentimeter. Früher galt in jeder chinesischen Provinz ein besonderes Maß.